

Naziterror ist nicht erledigt



Foto: stasasensichte.net / flickr.com / CC BY-NC 2.0

Links!
im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Juli-August 2019

Nicht nur der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, hinter dem möglicherweise ein rechtes Netzwerk steckt, deutet darauf hin: Nazi-Terror ist eine bleibende Bedrohung. In Sachsen haben sich seit dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ weitere Terror-Strukturen gebildet: die „Gruppe Freital“, die „Oldschool Society“ oder die Gruppe „Revolution Chemnitz“. Gegen sie muss mit aller Härte vorgegangen werden – unter Beachtung ihres Netzwerk-Charakters, der Strukturermittlungen und einen verlässlichen Informationsaustausch der Behörden erfordert. Das ist eine wichtige Lehre aus dem staatlichen Versagen vor dem NSU, der weitaus mehr war als ein „Trio“.

Nach mehr als vier Jahren hat der zweite Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages, der sich mit dem NSU befasste, seine Arbeit beendet. CDU und SPD haben ein dünnes Heft als Abschlussbericht vorgelegt, das auf sächsischer Seite weder ernste Fehler erkennt noch politische Schlussfolgerungen ziehen will. Dagegen haben wir als LINKE gemeinsam mit den Grünen ein umfangreiches Sondervotum erarbeitet, das die Themen und Resultate der Ausschussarbeit erschöpfend darstellt. Wichtigstes Ergebnis: Der sächsische „Verfassungsschutz“ hat bei der Suche nach dem Trio rundweg versagt. Erstens hat das Amt viel zu wenig getan, um die 1998 untergetauchten Neonazis zu finden – obwohl die zutreffende Annahme bestand, dass sich die Flüchtigen hier aufhalten. Zweitens behielt der Geheimdienst Informationen für sich, die wichtig für die Polizei gewesen wären – etwa Hinweise, nach denen das „Trio“ einen Überfall plant und eine Waffe beschafft wird. Drittens waren die Versuche der Behörde, mit der Operation „Terzett“ an die Flüchtigen heranzukommen, stümperhaft

– und sie endeten gerade als die NSU-Mordserie begann. Andernfalls hätten die Flüchtigen womöglich gefunden und die NSU-Anschläge und -Morde verhindert werden können.

Ausgehend von konkreten Fehlern sächsischer Behörden und angesichts der Tatsache, dass neue rechtsterroristische Strukturen entstanden sind, fordern wir politische Konsequenzen. Unser Bericht schließt mit einem Katalog aus 46 Einzelvorschlägen. Zu ihnen gehört, dass sich die Staatsregierung zu ihrer Verantwortung bekennt – und die Betroffenen und Hinterbliebenen des NSU endlich entschädigt. Für das Landesamt für Verfassungsschutz sehen wir keine Zukunft: Die Behörde muss aufgelöst werden, sie hat mehr geschadet als genutzt und ist reformunfähig. Dagegen braucht der Freistaat ein Gesamtkonzept zur Zurückdrängung der extremen Rechten. Zudem muss die Zivilgesellschaft viel stärker gefördert werden.

Wir stehen nun am vorläufigen Ende einer der aufwändigsten parlamentarischen Untersuchungen, die es bisher in Sachsen gab. Einen Schlussstrich aber kann und darf es nicht geben. Den weiteren Kampf gegen Rassismus und die extreme Rechte sehen wir vielmehr als eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

• Kerstin Köditz

Mehr: bit.ly/2NLF1Ii

Den Morden des NSU fielen zum Opfer:

Enver Şimşek
Abdurrahim Özüdoğru
Süleyman Taşköprü
Habil Kılıç
Mehmet Turgut
İsmail Yaşar
Theodoros Boulgarides
Mehmet Kubaşık
Halit Yozgat
Michèle Kiesewetter

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Wer heute aus beruflichen Gründen in die Ferne geht, sucht oft zunächst Ansprechpartner bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit oder beim Deutschen Akademischen Austauschdienst. Dann geht es meist um Kurzzeitprojekte. Kaum einer Studentin oder einem Studenten fiel es wohl heute ein, sich früh gezielt darauf vorzubereiten, sein komplettes Erwerbsleben im Orient, in Afrika oder China zu verbringen. Das war früher anders. Nachdem der 1862 in Leipzig geborene Heinrich August Meißner in Dresden die Schule besucht hatte, studierte er an den Technischen Hochschule von 1881 bis 1885 Bauingenieurwesen mit der Spezialisierung auf Eisenbahn- sowie Erd-, Tunnel- und Wasserbau. Damals hatten sich viele Deutsche in Istanbul niedergelassen – auch ein Onkel des jungen Meißner. Während viele Deutsche nach Amerika gingen, sah der junge Sachse die großen Möglichkeiten, die sich einem Ingenieur im Orient boten. Dort wurden riesige neue Eisenbahnlinien geplant und projektiert. Das Osmanische Reich umfasste Gebiete, die heute zu Griechenland, Bulgarien, Syrien, dem Irak und weiteren Ländern gehören. Dort Eisenbahnen zu bauen hieß in einem Großreich beschäftigt zu sein und in territorialen Maßstäben zu denken, die in Deutschland unvorstellbar waren. Sein Ur-Urenkel Maximilian Keller, der gerade in München sein Lehramtsstudium beendet hat, brachte unlängst eine Sonderausstellung zu seinem Ahnen ins Dresdner Verkehrsmuseum. Links! sprach mit dem 1992 Geborenen über dessen Ur-Urgroßvater.

Seit wann wissen Sie um die Geschichte Ihres Ur-Urgroßvaters?

Genau kann ich das nicht sagen, aber in Familiengesprächen wurde immer wieder erwähnt, dass es einen Pascha bei uns in der Familie gab. Ernsthaft damit beschäftigt habe ich mich zum ersten Mal in meiner Abi-Zeit, weil ich mein mündliches Abitur über die Schwierigkeiten beim Bau der Bagdadbahn in Geschichte gehalten habe. Später ist daraus im Studium meine Zulassungsarbeit für das Staatsexamen entstanden.

Sie sind inzwischen fertig mit dem Studium. Waren Sie in der Türkei, um Informationen einzuholen?

Seit einem Jahr bin ich fertig – aktuell befinde ich mich im Referendariat. Ich war während des Studiums mit meinem Seminar für mehrere Tage in Istanbul. Dort ist die Idee entstanden, darüber zu schreiben, worin mich meine Dozentin unterstützt hat.

Vielleicht können Sie ein paar Worte zu Ihrer deutsch-türkischen Familiengeschichte sagen.

Meine Familie – mein Ur-Urgroßvater hat in Istanbul eine Armenierin geheiratet, deren Familie lange in der Stadt gelebt hat – ist ja nur aufgrund des Zweiten Weltkrieges aus der Türkei fortgegangen. Meine Großmutter ist noch in Istanbul geboren. Alle waren aber Deutsche. Das war nie ein Problem, bis die Türkei Deutschland den Krieg erklärt hat – der Kriegserklärung im Februar 1945 folgte die Ausweisung der Türkeideutschen. Schon 1918 hatte es eine Ausweisung der Türkeideutschen gegeben, von der

Als ein junger Sachse seine Zukunft im Orient sah

Heinrich August Meißner war einer der wichtigsten Eisenbahnbauer des Osmanischen Reiches. Ralf Richter sprach mit dessen Ur-Urenkel Maximilian Keller

auch mein Ur-Urgroßvater betroffen war. Meine Familie hat entfernte türkische Verwandte in Istanbul, die wir möglichst einmal im Jahr besuchen. Ich war bislang an die zehn Mal in Istanbul und natürlich auch in anderen Gebieten der Türkei.

Sprechen Sie Türkisch?

Meine Oma spricht noch fließend Türkisch, aber von den nachfolgenden Generationen leider niemand mehr. Ich habe versucht, mir etwas anzueignen, aber es bewegt sich doch auf einem sehr niedrigen Niveau, leider.

Es ist bemerkenswert, welche weitreichende Karriereplanung Ihr Ur-Urgroßvater betrieben hat, wenn man bedenkt, dass er schon als junger Student anfing, intensiv Arabisch und Türkisch zu lernen. Auf dem Gebiet der heutigen Türkei wurde erst 1928 die lateinische Schrift für die türkische Sprache eingeführt – Meißner lernte in Dresden also von Anfang an die arabischen Buchstaben. Wie kam er auf die Idee, Bahningenieur im Osmanischen Reich im Dienste des Sultans zu werden?

Sein Onkel hatte eine Glasfabrik im Stadtteil Pasabahce. Er hat während des Studiums seinen Onkel besucht, wo es ihm sehr gefallen hat, und so fiel sicher dort der Entschluss, nach dem Studium nach Istanbul zu gehen. Zumal ihm dort auch klar wurde, welche gewaltigen Möglichkeiten sich im Eisenbahnbau aufboten. Er lernte Arabisch und Türkisch

noch in Dresden. Zur damaligen Zeit war das sicherlich ein ziemlich außergewöhnlicher Weg. Heute dagegen ließe es sich leichter vorstellen, dass jemand Betriebswirtschaft und Mandarin studiert, weil er eine Zukunft in China sieht.

Wann kam Ihnen die Idee, eine Ausstellung in Dresden zu machen?

Als ich mich mit meiner Zulassungsarbeit beschäftigte, war das Material eher rar, denn ich stützte mich überwiegend auf Urkunden oder andere Materialien, die die Familie aus Istanbul mitgenommen hat. Man muss bedenken, dass die Familie bei der Ausweisung innerhalb von 72 Stunden die Türkei verlassen musste. Demzufolge konnte man natürlich nicht vieles mitnehmen. Eine große Hilfe war die Chronik, die der Bruder meiner Großmutter verfasst hat. Er hatte den engsten Kontakt zu meinem Ur-Urgroßvater. Ich las Peter Heigels Buch „Schotter für die Wüste. Die Bagdadbahn und ihre deutschen Bauingenieure“, 2004 im Eigenverlag erschienen. Ich habe diesen Historiker dann in München getroffen und er hatte die Idee, dass man mehr daraus machen könnte. Ein Buch oder einen wissenschaftlichen Beitrag – oder sogar eine Ausstellung.

Und dazu kam es ja dann auch ...

Heigel hatte Erfahrungen, denn er hatte bereits im DB-Museum Nürnberg eine Ausstellung zur Bagdadbahn mitgestaltet. Demzufolge konnte er das Potential ganz gut einschätzen, zudem hat er sei-

ne Kontakte spielen lassen. Er kennt Joachim Breuninger, der jetzt Direktor des Dresdner Verkehrsmuseums ist, noch aus der Zeit, als der in Nürnberg war – just als dort 2004 die Bagdadbahnausstellung gezeigt wurde. Ende 2016 haben wir in Dresden Herrn Breuninger die Idee vorgestellt und dann hat es sich recht zügig entwickelt.

Bis ich Ihre Ausstellung sah, war mir überhaupt nicht bewusst, welche Rolle der Eisenbahnbau auch in den Planungen des Deutschen Reiches spielte, den Baumwollanbau in der Südtürkei und im heutigen Irak zu fördern. Auch dass gerade hier in Dresden eine Deutsch-Levantinische Baumwollgesellschaft ihren Sitz hatte, konnte ich mir nicht vorstellen.

Ob man sich in der Bundespolitik dieser tiefen Wurzeln ökonomischer Kooperation bewusst ist? 2010 war Christian Wulff noch Bundespräsident und hat bei einem Bankett mit dem türkischen Staatspräsidenten die deutsch-osmanischen Beziehungen gelobt. Er hat als Musterbeispiel Heinrich August Meißner Pascha genannt.

Wie gelingt es, ein permanentes Bewusstsein zu schaffen für historische Persönlichkeiten wie Ihren Ur-Urgroßvater? Anders gefragt: Die Sonderausstellung im Dresdner Verkehrsmuseum endete im Juli, es gibt auch einen Wikipedia-Beitrag. Sollte es nicht auch ein Bewusstsein geben an Bildungseinrichtungen wie an der TU Dresden und an der TH in Istanbul, wo ihr Ur-Urgroßvater bis 1944 als Hochschullehrer türkische Eisenbahningenieure ausbildete?

Es gab die Vorstellung, die Ausstellung auch in die Türkei zu bringen und an das positive Erbe der deutsch-osmanischen Beziehungen anzuknüpfen. Gerade in den letzten Jahren wurde ja mehr über eine Kluft zwischen der Türkei und Deutschland geredet anstatt verbindende Elemente deutlich zu machen, die auch in der Geschichte liegen. Andererseits müsste die Ausstellung für die Türkei wohl auch in abgeänderter Form gezeigt werden.

Sie spielen darauf an, dass die Bahn nicht nur für ökonomische Zwecke genutzt wurde, also um Baumwolle zu transportieren, sondern dass auch Menschen transportiert wurden – und zwar nicht nur an die Heiligen Stätten, sondern auch zu Deportationszwecken im Zusammenhang mit den Armeniern.

Dieser Aspekt wird in der Türkei bis heute ganz anders gesehen als in Deutschland. Das wäre sicher ein Punkt, den man diskutieren müsste. Es gab die Hoffnung, dass die Ausstellung auch im nationalen Raum eine größere Aufmerksamkeit erzielen könnte. Allerdings blieb diese bislang doch auf den Dresdner Raum beschränkt.

Kann die Ausstellung außerhalb Dresdens gezeigt werden?

Das ist denkbar. Allerdings sind die Anfragen an das Dresdner Verkehrsmuseum zu richten, da dieses die Rechte zur Ausstellung besitzt.



CDU und SPD weiter tatenlos bei Armutsbekämpfung

Sozial-Skandal des Monats

Sachsens Koalitionsregierung sieht Armut bis zuletzt als Schicksal an, kritisiert *Susanne Schaper*

In fünf Jahren haben CDU und SPD nichts unternommen, um Armut in Sachsen zurückzudrängen oder deren Auswirkungen für die Betroffenen abzumildern. Es ist ein Skandal, dass die Regierungskoalition Armut offenbar als gegebenes Schicksal ansieht, gegen das sie nichts zu verrichten hätte. Dabei sind beide Parteien schuld an der Situation der vielen von Armut betroffenen Menschen in Sachsen. Die CDU, weil sie jahrelang Niedriglöhne in Sachsen als Standortvorteil vermarktet hat. Die SPD, weil sie gemeinsam mit den Grünen, FDP und CDU/CSU durch die Agenda 2010 die Axt an den Sozialstaat gelegt hat und Reichen Steuergeschenke machte, anstatt Volkspartei zu sein und der arbeitenden Bevölkerung den Rücken zu stärken.

Armut ist Ergebnis neoliberaler Politik und zeugt von Markt- und Staatsversagen. Um der SPD die Chance zu geben, in der letzten Plenarsitzung ihren letzten Versprechen Taten folgen zu lassen, haben wir den Antrag „Sozialstaat garantieren: Existenzsichernde Einkommen für alle – Armut wirksam bekämpfen!“ eingebracht. Darin forderten wir unter anderem das Ende von Hartz IV und die Einführung einer sank-

tionsfreien Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro, eine solidarische Mindestrente in selber Höhe, die Rückkehr zu einem Rentenniveau in Höhe von 53 Prozent, 12 Euro Mindestlohn und eine Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro, bis eine Kindergrundsicherung für alle Kinder eingeführt wird. Sicher sind das alles Bundesthemen, aber 12 Euro Mindestlohn hatte auch der sächsische Vizeministerpräsident Martin

Dulig gefordert. Natürlich kann das die Staatsregierung nicht selbst beschließen, aber sie könnte im Bundesrat initiativ werden.

Auch für die Landesebene haben wir Forderungen formuliert. So verlangen wir beispielsweise ein Landespflegegeld, damit pflegende Angehörige nicht finanziell schlechter gestellt werden, wenn sie nicht mehr arbeiten gehen

könnten. Weiterhin kann der Familienpass hinsichtlich der Anspruchsberechtigung und des Geltungsbereiches ausgebaut werden. Auch ein Mietdeckel in Sachsen wäre möglich, um die steigenden Mieten in den Großstädten Leipzig und Dresden in Grenzen zu halten, oder ein kostenloser oder preisgünstiger ÖPNV für Beziehende niedriger Einkommen oder von Sozialleistungen.

CDU und SPD lehnten ab. Vorerst also werden die in Sachsen von Sozialleistungen abhängigen Menschen von Kindergelderhöhungen nichts haben, werden 685.000 von Armut Betroffene weiter Entbehrungen ertragen müssen. Jedes fünfte Kind gilt als arm. Das ist ein Skandal in einer der reichsten Industrienationen der Erde. Dabei handelt es sich nicht nur um Arbeitslose: Deutschlandweit sind ein Drittel der Armen erwerbstätig. In Sachsen dürften es angesichts der jahrzehntelangen Niedriglohnpolitik sogar noch mehr sein. Ein Viertel der Armen in Deutschland ist in Rente oder Pension und fast ein Achtel (12,4 %) befinden sich in Lehre und Ausbildung. Zeit, etwas zu ändern. Doch sozial geht nur mit uns, DIE LINKE. Das hat die letzte Plenarsitzung erneut gezeigt.



„Wir lagen vor Lampedusa ...“

... und hatten 40 Migranten an Bord.“ Brechts Lied, in dem das Schiff vor Madagaskar lag, kann man danach unverändert weitersingen (Text gibt es im Internet). Ob Migrantinnen oder von der Pest bedrohte Matrosen, ihr Schicksal ist ähnlich bis fast gleich. Keiner kümmert sich um sie, bis sie verrecken.

Mich erinnert die Geschichte der Migrantinnen auf der „Sea-Watch 3“ und die Courage der Kapitänin Rackete an eine Geschichte aus meiner Kindheit, die plötzlich neue Dimensionen bekommt, für mich bis vor kurzem noch nicht vorstellbar. Die Fassade unseres Hauses, ein altes Mehrfamilienhaus aus dem 19. Jahrhundert, sollte restauriert werden. Dazu wurde ein Gerüst aufgestellt. Es war schon später Nachmittag, denn meine Mutter war schon von der Arbeit zu Hause, da arbeiteten die Gerüstbauer immer noch. Plötzlich klopfte es an eines unserer Wohnzimmerfenster im 2. Stock. Wir erschrecken kurz, dann öffnete meine Mutter das Fenster. Draußen hing, mehr als er stand, ein Gerüster, einen halben Fuß auf dem Fenstersims und mit halber Hand am Fensterkreuz festgekrallt. „Könnten Sie mich reinlassen?“ Das

war seine verzweifelte Frage. Irgendetwas war wohl schief gelaufen. Danach war aber nicht zu fragen. Meine Mutter hielt ihm ihre Hand hin, machte den Platz frei und der Mann sprang erleichtert in unsere Wohnung. Wäre es da angemessen gewesen, erst zu klären, ob das nicht vielleicht Hausfriedensbruch hätte sein können? Hätte man dafür nicht erst einen Anwalt holen sollen? War auch nicht zu befürchten, dass der etwas verstaubte Mann Schmutz und Unruhe in unsere ohnehin zu kleine Wohnung bringen könnte? Seien wir ehrlich, solche Überlegungen klingen nicht nur etwas verrückt, sie wären rechtlich auch nicht abgedeckt gewesen, noch dazu wegen der damit verbundenen möglichen Verzögerung, die schlimme Folgen hätte haben können. Unterlassene Hilfeleistung! Meine Mutter wäre strafällig geworden, hätte sie nicht sofort geholfen. Hat sie ja auch.

Und nun zurück zur „Sea-Watch 3“ und zur Kapitänin: Sie und viele andere wussten, dass sich im Mittelmeer fürchterliche Tragödien abspielen. Menschen aus Afrika sind bereit, viel, ja alles zu riskieren, um ihrer mate-

riellen Not, um der Bedrohung ihrer körperlichen Unversehrtheit, um einer oft massiven Einschränkung ihrer Rechte, um der brutalen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und dem Raub ihrer Lebensgrundlagen zu entgehen. Sie wagten eine in ihrem Verlauf nicht vorherzusehende Flucht – natürlich auch in der Hoffnung auf Hilfe und auf Begegnungen mit Mitmenschlichkeit. Eine solche war das Schiff mit Kapi-



tänin Rackete, finanziert eben von Mit-Menschen. Die Alternative zu ihrer Hilfe wäre das Ertrinken im Mittelmeer gewesen oder das Verhungern, Verdorren und Verrotten auf dem Schiff, wenn es nicht anlanden darf. Die Gefahr war real. Es sind nicht alle Menschen Mit-Menschen. Herr Salvini, der italienische Innenminister zum Beispiel nicht. Ihn stört nicht, dass von 2014 bis 2018 auf der Flucht durch das Mittelmeer 1.600 Kinder den Tod fanden, andere Politiker*innen stört das übrigens auch nicht. Sie setzen

nur Bürokratie in Gang und wollen die Toten, um andere von der Flucht abzuschrecken. 1.900 Tote an der Grenze zwischen Mexiko und den USA in den letzten fünf Jahren sollen ja auch Herrn Trump nützen. Er hat einen Grund, deshalb „aus Erwägungen der Menschlichkeit“ eine Mauer zu bauen. Mauern sind unpraktisch, das wissen wir, aus der DDR kommend, sehr gut. Das Mittelmeer ist praktischer. Das Mittelmeer braucht keine Mauerschützen. Es tötet mit naturgesetzlicher Gewissheit. Außer Seeleute wie Frau Rackete und hinter ihnen stehende Menschen greifen in den „natürlichen Prozess“, dem man Flüchtlinge überlassen will, mit helfender Hand tatkräftig ein. Und deshalb passiert jetzt etwas Unglaubliches in der langen Rechtsgeschichte und Unerhörtes seit Beginn der „Christlichen Seefahrt“. Man klagt die Lebensretter an. Man klagt sie an, das Leben von Menschen höher eingeordnet zu haben als das Papier, auf dem die Gesetze stehen. Man verhaftet sie und liquidiert damit die Mitmenschlichkeit. Verrecken lassen soll rechtskonform sein, Rettung ein Verbrechen. Noch hat es sich nicht durchgesetzt. Aber worum geht es? Es geht um die Unversehrtheit eines europäischen Wohlstandes, den immer weniger genießen können; freilich nicht wegen der Flüchtlinge, sondern wegen der Spaltung der Gesellschaft in wenige Reiche und immer mehr Bedürftige. Mögen das alle bedenken, die ihre Ferien noch im sonnigen Süden Europas verbringen.

Was bringen die Roboter?

Mit dem Referat für Politische Bildung des Stura der TU Dresden führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen einen Workshop zur „digitalen Revolution“ durch. Im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion stand das Manifest „#digitallinks. 10 Punkte für eine digitale Agenda“. Als Mitautorin saß die Bundestagsabgeordnete Petra Sitte, Obfrau der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ im Podium. Tino Heim, Soziologe an der TU Dresden, war ihr Gesprächspartner und die Berliner Journalistin Vera Linss, moderierte. In der Diskussion geriet das Manifest etwas aus dem Blick, dafür wurden aber die Folgen von Digitalisierung und Roboterisierung breit diskutiert. Die Frage, ob Technikoptimismus oder -pessimismus überwiege, wurde salomonisch beantwortet: Man könne optimistisch sein, wenn die technologische Entwicklung im Interesse der Menschen vollzogen würde. Blicke sie jedoch der Profitorientierung verhaftet, sei blinder Optimismus fehl am Platze.

Den Workshop eröffnete der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Leibiger vom Dresdner Arbeitskreis der RLS. Das erste Impulsreferat hielt Rainer Fischbach, Softwareexperte und Publizist. Den Kern der technologischen Veränderung sieht er in der informationellen Integration des Produktlebenszyklus; Hersteller, Zulieferer und Nutzer der Produkte rückten immer enger zusammen und die Flexibilität ihrer Beziehungen erhöhe sich. Die Arbeitswelt würde sich zwar verändern, von einem „Verschwinden“ der Arbeit könne allerdings keine Rede sein. Es handele sich um eine „Scheinrevolution“, die durch

die einmalig rasche Diffusion der digitalen Techniken hervorgerufen würde, die ihre Wurzel in relativ weit zurückliegenden Innovationen hätten.

Das Impulsreferat „Automatisches Subjekt oder Selbstbestimmung. Denken im Anschluss an Marx“ hielt Peggy H. Breitenstein vom Institut für Philosophie der Universität Jena. Sie betonte die Bedeutung der Marxschen Methodologie für die Analyse der gegenwärtigen Veränderungen. Sie bezweifle, dass Marx von einer „digitalen Revolution“ gesprochen hätte. Den technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt voranzutreiben sei konstitutiv für den Kapitalismus; Marx hätte auf die disruptiven Folgen der Digitalisierung verwiesen, die sich aus

der Orientierung auf Kapitalverwertung und -akkumulation ergeben. Die heutigen Regulierungen im digitalen und sozialen Bereich würden sich als „Schmiermittel“ für das Weiterbestehen der herrschenden Verhältnisse erweisen. Ohne die Überführung von Internet, Plattformen in Gemeineigentum sei die Digitalisierung nicht in eine soziale Revolution zu transformieren.

Christoph Wimmer, Berliner Sozialwissenschaftler und Journalist, widmete sich der „Digitalisierung zwischen Emanzipationsversprechen und neuen Herrschaftsformen“. Er betonte, die Technik sei nicht neutral; ihr Wesen sei vielmehr aus ihrer gesellschaftlichen Einbettung zu erschließen. Deshalb seien die Versuche, Digitalisierung als au-

tomatische Entwicklung zu einem Postkapitalismus zu erklären, wie auch die Befürchtung, die Technik sei ein schicksalhafter Herrschaftszusammenhang, dem wir ausgeliefert seien, verfehlt. Gegen diese Sichtweisen setzte Wimmer seine These von der Selbstermächtigung der Menschen.

Julia Schramm, Bloggerin und Referentin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, widmete sich der Frage nach einem digitalen Sozialismus. In Abwandlung eines Lenin-Zitats brachte sie ihn auf die Formel „Sozialismus = Digitalisierung und Demokratie“. Er schließe die Überwindung der patriarchalischen und rassistischen Grundzüge der Gesellschaft sowie der Religion des Geldes ein. Dieser Sozialismus funktioniere nicht ohne Arbeit, ersetze aber Lohnarbeit und Ausbeutung durch die „vita activa“, das „tätige Leben“ (Hannah Arendt).

Im Anschluss wurde die Runde befragt, welche Probleme der Digitalisierung stärker in den Mittelpunkt gehören. Hervorgehoben seien: Wie sehen Klassen, Klassenkämpfe und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen im digitalen Kapitalismus aus und welche Erfahrungen liegen vor? Wie könnten sich die Formen der Demokratie verändern, welche netzgestützten Formen für Diskurse, Aushandlungs- und Abstimmungsprozesse sind praktikabel? Welche psychischen Veränderungen vollziehen sich mit der Digitalisierung und welche Schlussfolgerungen sind daraus für Politik, Pädagogik und das kommunikative Handeln zu ziehen?

• Jürgen Leibiger



V. l. n. r.: Dr. Petra Sitte, Vera Linss, Dr. Tino Heim

Den Blick ins Grüne wagen

Jayne-Ann Igel sprach mit *Lars Kleba*, der den LINKEN-Landesvorstand verlassen hat

Was hat Dich so kurz vor dem Ende der Wahlperiode zum Rücktritt bewogen?

Das wichtigste Projekt in dieser Wahlperiode für mich war unsere Vorbereitung auf die Kommunalwahlen, die sind vorbei. Die Nachbereitung läuft. Dann haben wir die Herbstakademie wiederbelebt – das ist gelungen, doch für dieses Jahr werden wir das leider nicht realisieren können. Schon seit einem halben Jahr trug ich mich mit Gedanken an eine Auszeit, und es gibt auch keinen richtigen Zeitpunkt für so was, nicht in einer lebendigen Partei. Das ist wie schwanger werden :)

Ich habe jetzt zwanzig Jahre intensiver Parteiarbeit hinter mir, das hatte all die Zeit oberste Priorität für mich. War viele Jahre Mitarbeiter beim Parteivorstandes, des Landesvorstandes, bin jetzt noch Mitarbeiter einer Abgeordnetengemeinschaft, stellvertretender Vorsitzender des Kommunalpolitischen Forums und total vernetzt, habe drei Arbeitgeber, hauptamtlich. Dazu kommen Funktionen wie die als Wahlkampfleiter in Mittelsachsen seit 2017 und etliche

andere ehrenamtliche Aktivitäten. Die Reaktionen auf meine Rücktrittsankündigung reichten von Verwunderung bis zu „ja, das müsste ich eigentlich auch mal, das wäre wichtig, um wieder eine andere Perspektive zu gewinnen“. Ich finde es wichtig, den Blick ins „Grüne“ zu wagen, es ist ja auch Auffassung unserer Partei, Freiräume möglich zu machen, für mehr Zeit mit der Familie oder für Bildung und Kultur ... Im Politikgeschäft ist das so nicht vorgesehen respektive es ist untypisch, und das ist eigentlich nicht gut, bis zur Erschöpfung zu arbeiten (siehe Merkel). Wenn man zurückschauen kann, geht man an vieles entspannter ran. Das finde ich wichtig und es würde uns auch in unserer politischen Arbeit helfen. Wir sollten uns selbst nicht immer so ernst nehmen, öfter miteinander lachen.

Es gab aber auch Unzufriedenheit mit der Arbeit im Vorstand?

Die Auszeit nehme ich nicht, weil ich frustriert wäre. Im Großen und Ganzen bin ich zufrieden mit meiner Arbeit, konnte die mir wichtigen Aufgaben um-

setzen. Aber ich sehe auch Baustellen in Landesvorstand wie Landesverband. Ich finde, dass es mit den Kommunikationswegen nach wie vor nicht so richtig klappt. Wir müssen alle mehr miteinander statt übereinander reden und unsere Beschlüsse ernst nehmen. Und dann auch mal losmachen. Es gibt immer so viele Bedenken, mal was anzufassen, wir drehen uns dabei oft im Kreis. Das betrifft z. B. auch den Beschluss, mehr Frauen für den Kommunalwahlkampf zu

gewinnen, umgesetzt haben wir ihn leider nicht wirklich.

Du bist ja einer der Aktiven im Landesvorstand wie Landesverband, in politischer Bildung, Kommunalpolitik, in Initiativen (KFS, Radverkehr, Bürgerbühne, coloradio). Was müsste anders laufen mit der Verortung der Linken in der Gesellschaft?

Wir leben in einer Blase, reden nur mit uns selber, trauen uns zu wenig, diese Debatten auch in die Gesellschaft oder in Initiativen hineinzutragen – wir müssen raus aus unserem Sitzungssozialismus, in andere Zusammenhänge hinein. Das KFS macht ja z. B. Bildungsangebote für neue Kommunalpolitiker*innen, seit Jahren kommen Leute aus anderen Parteien zu unseren Veranstaltungen.

Was wirst Du jetzt tun?

Ich will mal Zeit in Projekte investieren, die ich seit Monaten und Jahren vor mir herschiebe. Mein Bandprojekt braucht Starthilfe, ich will mehr Radio machen als bisher und endlich mal ausschlafen :)



Jour fixe steht für streitbaren Diskurs unstrittig aktueller Themen. Diesem Credo verpflichtet, widmete sich seine 46. Auflage dem Feld der Digitalisierung. An gleichsam minervischer Stätte des Reclam-Museums präsentierte der unkonventionelle Denker Christoph Türcke sein unkonventionelles Buch „Digitale Gefolgschaft. Auf dem Weg in eine neue Stammesgesellschaft“. Die von Manfred Neuhaus eingangs verteilten Vorschusslorbeeren, der Leipziger Philosoph mache mit seinen Publikationen Schlagzeilen, löste der eloquente Gast mühelos ein. Von Moderatorin Monika Runge souverän begleitet, wob er einen rhetorischen „Flickenteppich“ (O-Ton) aus Leseproben und Kommentar. Welch ansteckendes Denk- und Formulierungsvergnügen, wenn der Autor bildungssatt durch Zeit und Raum philosophierte, das animierte Publikum zunächst zurück in die archaische Stammesgesellschaft entführte, um mit kühn-originären, eben unkonventionellen, Gedankensprüngen bei der digitalen Herdengemeinschaft von heute und morgen zu landen.

Unkonventionell schon der begriffliche Einstieg in diese Zeitreise. Türcke benutzt den inzwischen generell als Menschenrecht gehandelten Terminus „Inklusion“ in den „Koordinaten der Digitalisierung“, um auf die gefährdete Lebensfähigkeit aufmerksam zu machen, die allen drohe, die von der neuen digitalen Stammesgesellschaft ausgeschlossen seien. Gefahren drohten aber auch jenen, die blindlings als Follower in den Sog der Digitalhegemonen wie Facebook, Google oder Twitter gerieten, weil deren verkürzte Mitteilungen und vergrößerte Weltansichten zu archaischer Clan-Gefolgschaft auf modern-digitalen Kraftfeldern führten. Die direkt an die Nutzer abgehenden, in

Zurück in die Zukunft?

Jour fixe folgt Christoph Türcke in die digitale Stammesgesellschaft. Von *Wulf Skaun*



jeder Hinsicht grenzenlosen digitalen Informationslawinen, vorbei an Staat, Parteien, etablierten Medien und Verlagen, unterminierten den öffentlich-rechtlichen Diskurs. Schlimmer: Vermeintlich radikale Basisdemokratie entpuppte sich als die von Eigeninter-

essen bestimmte Diktatur der Digitalkonzerne, deren Plattformen ihre Gefolgschaft bis in Suchtexzesse hinein abhängiger machten als politisch-doktrinäre Gewalt. Indem sie ihren High-Tech-Dschungel in Strukturen, Funktionen und Methoden vervollkommeten, erschufen sie immer neue Blasen und Echokammern, die die eigenen Meinungen bestätigten, von der Realität aber oft weit entfernt seien. Türcke ging in seiner Anklage so weit, diese von den Internet-Plattformen geformte Weltansicht aus nichtigen, überflüssigen, banalen, falschen Informationen begründe eine neue Weltordnung, zumal sie immer stärker staatliche und gesellschaftliche Hoheitsaufgaben an sich rissen.

So viel Fluch, so wenig Segen? Gäbe es, so Reaktionen aus der Gesprächsrunde, nicht genügend prominente Stimmen jenseits bloßer Schwarzmalerei? Des Wissenschaftsjournalisten Ranga Yogeshwars Optimismus, man könne doch wählen zwischen der digitalen Welt dominanter Geschäftsmacherei und der digitalen Welt demokratischen gesellschaftlichen Miteinanders der Völker, teile er jedenfalls nicht. Diese Freiheit sei ein Trugschluss, „denn

diese beiden Welten sind eine“, hielt Türcke dagegen. Dennoch gäbe es in der digitalen Gegenwart auch aus seiner Sicht „Lichtblicke“. Die online-Enzyklopädie Wikipedia sei dafür ein beredtes Beispiel. In der angeregten Diskussion zog der unkonventionelle Denker schließlich noch einen „Lichtblick“-Joker, dem das verblüffte Auditorium geballte Aufmerksamkeit schenkte. Mit der 3D-Drucktechnik, Stichwort Selbstversorgung, definierte der Philosoph eine Produktivkraft, die eine Vergesellschaftung der Produktion nicht nur über bloße Verstaatlichung hinaus, sondern jenseits kapitalistischer Produktionsweise bewerkstelligen könne. Die high-technokratische Diktatur der Digitalplattformen im neoliberalen Kapitalismus unterliege, so seine verwegene Vision, einer gesellschaftlichen Transformation in profitbefreites Produzieren der Selbstversorger.

An dieser Stelle sei nachgetragen, dass Türcke seine „Digitale Gefolgschaft“ eine Streitschrift nennt. Auch in der Jour-fixe-Gemeinde fanden nicht alle seine Überlegungen uneingeschränkte Zustimmung. Einige Skepsis waltete auch gegenüber seiner digitalen Selbstversorger-Idee, die den (kapitalistischen) Staat auf ungeahntem Wege abschaffen könnte. Zumal der Philosoph einräumte, dabei werde es nicht ohne harte Auseinandersetzungen und Kämpfe abgehen. Konkretere Vorstellungen würden aber erst möglich, wenn diese gesellschaftliche Option des Umgangs mit dem digitalen Potenzial verwirklicht werde. Dennoch: Der starke Applaus für den hellsichtigen Gast bekundete, was mancher auf dem Nachhauseweg dankbar als Gewinn des Abends verbuchte – unkonventionelle Denkanstöße auf dem noch weithin geheimnisvollen Feld der digitalen Zukunft.

„Kritische Neuausgabe“ von Lenins „Staat und Revolution“

In seinen berühmten „Notizheften“ – einer 2011 mit dem Preis der Leipziger Buchmesse bedachten Sammlung philosophischer Gedankenskizzen – fordert Henning Ritter, „diskreditierte Ideen wenn nicht zu verteidigen, so doch so stark zu machen, daß verständlich wird, warum sie einmal eine so kräftige, vielleicht sogar verhängnisvolle Wirkung entfalten konnten.“ Mit ähnlichen Argumenten hatte Christoph Türcke 1992 für eine Relektüre der Schriften Lenins plädiert: Dabei gehe es nicht um kritiklose Rehabilitation, sondern um „Gerechtigkeit – und Einspruch gegen den Gedächtnisverlust bei der neuen deutschen Vergangenheitsbewältigung, wo über der berechtigten Frage, wer alles mitgemacht hat, zunehmend vergessen wird, wogegen sich das ganze verunglückte Sozialismusprojekt eigentlich richtete.“

Für die überfällige Relektüre liefert die Kritische Neuausgabe von zwei Schlüsseltexten Lenins eine profunde Grundlage. Es handelt sich um die 1916/1917 im Schweizer Exil notierten Exzerpte „Der Marxismus über den Staat“ und das auf dieser Grundlage im Spätsommer 1917 in der legendären Laubhütte

am Rasliw See verfasste Werk „Staat und Revolution“. Der Verlag 8. Mai hatte 2016 eine nun bereits in zweiter Auflage vorliegende Kritische Neuausgabe von Lenins Imperialismusanalyse veröffentlicht. Er war gut beraten, neben den bisherigen Herausgebern Wladislaw Hedeler und Volker Külöw auch den Leipziger Historiker und langjährigen Mitarbeiter an der Marx-Engels-Gesamtausgabe Manfred Neuhaus ins Boot zu holen. So entstand eine Ausgabe nach modernen editionsphilologischen Prinzipien mit sorgfältig kommentierten Texten, fern von angemaßter parteipolitischer Deutungshoheit. Dafür waren aufwändige Recherchen in Archiven und Bibliotheken in Russland und der Schweiz unerlässlich. Hervorzuheben ist auch der Anteil von Daniel Neuhaus: Ohne ihn wäre es nicht möglich gewesen, das Buch in der vorliegenden typografischen Gestaltung vorzulegen.

Den Auftakt bilden zwei Essays: Der Rechtsphilosoph Hermann Klenner brilliert mit „Lenin als ‚Klassiker‘. Recht und Unrecht von und in ‚Staat und Revolution‘“, während der Historiker Wolfgang Küttler das Werk im Kontext von

Lenins Konzeption des Übergangs zum Sozialismus analysiert. Für die Lenin-Philologie dürfte völlig neu sein, wie mit diakritischen Zeichen die textgenetischen Beziehungen zwischen dem „blauen Heft“ und „Staat und Revolution“ dokumentiert werden. Außerdem erläutern die Herausgeber Anspielungen des Autors, dokumentieren Übersetzungsvarianten, beleuchten seine Arbeitsweise und rektifizieren Quellen, wofür wenigstens ein Beispiel erlaubt sei: Aufmerksamen Lenin-Lesern dürfte die Textpassage, ein „geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft“ (S. 204), auch deshalb noch erinnerlich sein, weil in allen bisherigen Ausgaben im Dunkeln blieb, auf wen sich der Autor hier bezog. Wie die Herausgeber nun erstmals beweisen können, zitiert Lenin indirekt Wilhelm Bracke, den Adressaten von Marxens Gothaer Programmkritik.

Ein umfang- und inhaltsreicher Anhang wird durch Nikolai Bucharins Besprechung zu „Staat und Revolution“ aus der Zeitschrift „Kommunist“, Lenins Entgegnung darauf und Julius Mar-

tows Artikel „Marx und das Problem der Diktatur des Proletariats“ eröffnet. Beeindruckend und für die Forschung neu ist, wie Herausgeber Hedeler und Külöw die Geschichte der Entstehung und Veröffentlichung des Werkes sowie den Personenkreis, mit dem Lenin dabei in Verbindung stand, im Spannungsfeld der innerparteilichen Auseinandersetzungen der Bolschewiki darstellen. Last but not least veranschaulichen 65 Illustrationen vor allem aus Moskauer und Zürcher Archiven die Darstellung der Herausgeber.

Alles in allem handelt es sich um einen Meilenstein im editorischen Bemühen um moderne Ausgaben der Werke Lenins.

• Dr. Rainer Holze

Wladimir Iljitsch Lenin: Der Marxismus über den Staat. Staat und Revolution. Kritische Neuausgabe mit Essays von Hermann Klenner und Wolfgang Küttler herausgegeben und kommentiert von Wladislaw Hedeler, Volker Külöw und Manfred Neuhaus, Verlag 8. Mai Berlin 2019, 423 S.; ISBN: 978-3-931745-24-0.

Nicht ohne Stolz informierte der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich die interessierte Öffentlichkeit im Juni 2016, wenige Tage vor den Sommerferien, dass Geschichte in Sachsens Schulen wieder ein „verpflichtendes“ Unterrichtsfach sei. Was er als eine bildungspolitische Neuerung präsentierte, erweist sich jedoch als Rückkehr zu einer altbewährten Praxis. Mit der Teilnahme am Geschichtsunterricht in Klasse zehn der Oberschule – und nur um diesen geht es hier –, revidierten die Koalitionäre von CDU und SPD einen Beschluss, den zehn Jahre zuvor selbst gefasst hatten. Seitdem konnten die Zehntklässler in der Oberschule zwischen Geografie und Geschichte wählen. Ab dem Schuljahr 2016/2017 haben Sachsens Schülerinnen und Schüler im Realschulbildungsgang wieder beide Fächer zu absolvieren.

Für die seither wieder verpflichtende Teilnahme am Geschichtsunterricht gibt Sachsens Ministerpräsident gleich auch das verpflichtende Geschichtsbild vor: „Die Jugendlichen müssen den Unterschied zwischen Freiheit und Demokratie auf der einen Seite und Totalitarismus und Diktatur auf der anderen Seite kennen und verstehen lernen“. Aus der Gegenüberstellung von Demokratie und Totalitarismus resultiert laut Tillich die „entscheidende Bedeutung“, die einer umfassenden Behandlung des 20. Jahrhunderts im Unterricht zukommt. Die Rede von einem verpflichtenden Unterricht in Geschichte ist demnach eine doppeldeutige: Verbindlich ist nicht allein die Teilnahme am Fachunterricht für die Schülerinnen und Schüler, sondern auch das Geschichtsbild, das ihnen vermittelt wird.

Für das „Jahrhundert der Extreme“ liegt dem Geschichtsunterricht folgende Erzählung zugrunde. Kurz gefasst geht sie so: Der Sturz der Diktaturen in Mittel- und Osteuropa 1989/90 beendet eine Epoche des „europäischen Bürgerkrieges“, die 1917 mit der Oktoberrevolution in Russland begonnen hatte. In einem sieben Jahrzehnte währenden Kampf der Ideologien und politischen Systeme trägt schließlich die liberale Demokratie den Sieg über ihre totalitären Gegenspieler – Faschismus und Kommunismus – davon. Seitdem steht sie weltweit beispiellos da. Das Ende der Geschichte, das Zeitalter universaler Demokratie, ist angebrochen. Die Deutschen, die zu Beginn des europäischen Bürgerkrieges auf der falschen, der nationalsozialistischen Seite gestanden hatten, haben mit der Überwindung der Teilung und der „Wiederherstellung der Einheit“ ihren Teil zum Sieg der liberalen Demokratie über ihren totalitären Gegenspieler beigetragen. Stolz auf ihre historische Leistung können vor allem die Ostdeutschen sein.

Auf dem Kontrast zur Diktatur in der DDR gründet die Demokratie in Sachsen ihr Selbstverständnis. Insbesondere die sächsischen Christdemokraten fühlen sich dem Gründungsmythos des Bundeslandes verpflichtet, wonach Sachsen das Ursprungsland der national-demokratischen Revolution von 1848 gewesen ist. In Leipzig sei es gewesen, wo zum ersten Mal der Ruf er-

Rechte Parteien-geschichte

Jochen Mattern über Geschichtsunterricht und Geschichtsbilder in Sachsen



Foto: LastHero / flickr.com / CC BY-SA 2.0

tönte: Wir sind *ein* Volk! Dieses Erbe ist der Union Ansporn, sich im nationalen Empfinden von niemandem übertrumpfen zu lassen.

Der antitotalitäre Konsens ist jedoch brüchig geworden. Als Legitimationsquelle für die Landespolitik funktioniert er nicht mehr. Nach 25 Jahren CDU-Herrschaft ist die demokratische Aufbruchsstimmung der friedlichen Revolution, obwohl diese von der herrschenden Politik ständig in Anspruch genommen wird, nichts geblieben. Im Gegenteil: Die Unzufriedenheit mit der Landespolitik nimmt Ausmaße an, die in den Ruf nach einem zweiten 1989 münden. Hinzu kommt eine Kontextualisierung der sog. friedlichen Revolution. Ohne die Vor- und die Nachgeschichte zu betrachten, kann das Ereignis gar nicht angemessen beurteilt und gewürdigt werden. Gerade die Nachwendezeit ist bisher kaum untersucht worden. Die Folgen der Revolution lassen diese in einem zwiespältigen Licht erscheinen. Und so erweist sich das ritualisierte Beschwören der „blühenden Landschaften“ im Unterschied zur hässlichen DDR für viele Ostdeutsche als wenig glaubwürdig.

Um der „mangelnden Identifikation mit der parlamentarischen Demokratie“ abzuwehren und die patriotische Gesinnung im Lande zu stärken, insbesondere unter den Jugendlichen, beschloss die Landesregierung im März 2016 eine „Maßnahmepaket“ mit dem sprechen-

den Titel: „Für ein starkes Sachsen“. Es soll das Vertrauen der Bevölkerung in die sächsischen Verhältnisse erneuern. Mit der Aufgabe, staatliche Politik zu legitimieren, erfährt der Geschichtsunterricht jedoch einen Funktionswandel. Die Landesregierung verbindet mit einem verpflichtenden „Kernfach“ Geschichte einen staatsbürgerlichen Anspruch.

Die AfD würde all dem nicht widersprechen. Auch sie spricht von einem „positiven Identitätsgefühl“, das der Geschichtsunterricht zu fördern habe. Auch sie versteht Geschichte als eine Rechtfertigung politischen Handelns. Weswegen auch die AfD Geschichte als ein schulisches „Kernfach“ betrachtet. Allerdings setzen die Nationalkonservativen in ihrer Geschichtspolitik andere Akzente als Christ- und Sozialdemokraten. Die AfD bevorzugt eine intensivere Behandlung des 19. Jahrhunderts in der Schule. „Auf das 19. Jahrhundert und die Befreiungskriege“ will die Partei „einen deutlichen Schwerpunkt“ legen. Im Programm zur Landtagswahl in Sachsen 2014 heißt es: „Die Grundlagen unseres Staates wurden in den Jahren 1813, 1848 und 1871 gelegt. Unsere Nationalsymbole sollen im Unterricht erklärt werden. Das Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen soll wie in den USA selbstverständlich sein.“ (Zur Klarstellung sei vermerkt, dass der Plural Befreiungskriege sich nur auf den antinapoleonischen Befrei-

ungskampf beziehen kann; denn weder die Revolution von 1848 noch der Krieg gegen Frankreich 1871 waren ein Befreiungskrieg.)

Trotz der unterschiedlichen zeitlichen Schwerpunktsetzung durch AfD und CDU – das 19. Jahrhundert rückt die Entstehung des deutschen Nationalstaates, dem Kaiserreich Bismarcks, in den Mittelpunkt, das 20. Jahrhundert dagegen die Überwindung der Extreme und der deutschen Teilung – stimmen beide Parteien darin überein, dass die Bundesrepublik mit der Wiedervereinigung zu nationalstaatlicher Normalität zurückgekehrt ist. Worum es den Nationaldemokraten beider Parteien geht, das ist „die herrschende Deutungsdominanz der ‚Achtundsechziger‘ in Medien, Wissenschaft und Schule und die damit verbundene Diskreditierung wertorientierter patriotischer Positionen zu überwinden.“ So steht in einem CDU-Antrag an den Landesparteitag 2005. Und beschlossen haben die nationalkonservativen Christdemokraten damals schon eine Kampfansage an die 68er Kulturrevolutionäre: „Im Gefolge der ‚Kulturrevolution‘ von 1968“ und der dadurch verursachten Zerrüttung unserer Gesellschaft wurde der Begriff ‚Patriotismus‘ stigmatisiert, mit dem historisch belasteten ‚Nationalismus‘ gleichgesetzt und als rechtsextrem oder zumindest reaktionär diskreditiert. Multikulturalismus und eine europäische postnationale Identität sollten die nach Orientierung in einer globalisierten Welt suchende deutsche Gesellschaft zusammenhalten.“

„Deutscher Patriotismus im vereinigten Europa“ nennt sich der Beschluss, den der Parteitag der sächsischen Union gefasst hat. Damit erweisen sich die Sachsen als eine „konservative Avantgarde“. Deren Ungeist nimmt die „Patriotischen Europäer“ vorweg, die seit 2014 immer montags in Dresden das Abendland verteidigen, und AfD-Strategen wie Marc Jongen, der für eine „Entscheidung des Kulturbetriebs“ plädiert. Und er bildet die Grundlage für einen Aufruf vom Januar 2018. Unter dem Titel: „Für eine bürgerliche Wende“ fordert der CSU-Politiker Alexander Dobrindt zu einer „konservativen Revolution“ auf: „Das 21. Jahrhundert muss zeigen, dass die linken und rechten Ideologien des 20. Jahrhunderts überwunden sind. Die geistige Verlängerung des Sozialismus über die Ideen von 1968 sollte zu Ende gehen. Wir wollen 1968 hinter uns lassen. Wir brauchen den Aufbruch einer neuen Bürgerlichkeit, die sich ihrer Werte und Freiheit bewusst ist. Wir brauchen den Aufbruch in eine neue, konservative Bürgerlichkeit, die unser Land zusammenführt, unsere Wertegemeinschaft stärkt und unsere Freiheit verteidigt. Auf die linke Revolution der Eliten sollte unbedingt eine konservative Revolution der Bürger folgen.“

Wozu braucht es da eine AfD?, fragt sich der besorgte Bürger. Die geistig-moralische Wende, die Helmut Kohl ausgerufen hat, als er 1982 Bundeskanzler wurde, aber nie verwirklichen konnte, ist doch zumindest in Sachsen gelungen. Parteipolitisch ist die Neue Rechte zwar gespalten, im Geiste ist man sich jedoch einig.

Lößnitz ist eine kleine Stadt im Erzgebirge. Auf dem Marktplatz mit Rathaus und Kirche ist es zehn nach zwölf. Pünktlich erklingt vom Glockenturm der St. Johankirche das alte Frühlingslied „Nun will der Lenz uns grüßen“. Ein schöner Klang, zelebriert von 23 Glocken eines 1938 im thüringischen Apolda gegossenen und 1939 in Lößnitz geweihten Glockenspiels. Viermal täglich erklingen Melodien. Nun könnte man sie genießen, den Glockengießern Respekt ob ihrer Kunst zollen, dem Glockenverein, der Kirche und der Stadtverwaltung dankbar sein. Weggehen und sich keine Gedanken machen. So verhielten sich jedenfalls während der vergangenen Jahre, inklusive DDR-Zeit, Stadträtinnen und Stadträte, Kirchenvertreter und Gemeindeglieder, die Pfarrer und die Verwaltung samt Bürgermeister.

„Ein Volk, Ein Reich, Ein Führer“

Das Problem ist, dass alle Genannten wussten, welche „Leichen“ sie auf dem Kirchturm haben. Bekanntlich verkünden Glocken auch die Sprüche, die in diese eingegossen sind. Für das Lößnitzer Glockenspiel heißt das: „Ein Volk, Ein Reich, Ein Führer“. Eine andere Glocke lässt jublieren: „Wir danken in dieser Stunde dem Allmächtigen, dass er uns auf dem Wege in der Vergangenheit gesegnet hat und bitten ihn, dass er auch in Zukunft unseren Weg zum Guten geleiten möge. Adolf Hitler am 23.10.1938“. Und die Glockengießer huldigen ihrem „Führer“: „Im Jahre 1938, als unter Adolf Hitlers Führung Österreich die Ostmark Großdeutschlands wurde und Sudetenland heimkehrte ins Reich, gegossen von Franz Schilling & Söhne, Apolda“ – verziert mit Hakenkreuzen. Auf den Webseiten der Stadt und des Glockenvereins ist dies nicht erwähnt. Im Gegenteil: Die Stifterin des Glockenspiels erfährt eine Huldigung.

Dem „Führer“ treu ergeben

Clara Pfauter, geborene Colditz, wurde 1875 in Lößnitz geboren. Anlässlich des 700jährigen Bestehens stiftete sie für rund 30.000 Reichsmark 1938 ihrer Heimatstadt das Glockenspiel. Es sollte auf den Rathauturm. Jedoch hätte es dieser nicht tragen können, und man entschied sich für den Turm der St. Johankirche. Die Stadt blieb Eigentümer des Instruments. Mit großem Aufwand wurde das Carillon am 28. Mai 1939 in Anwesenheit von Clara Pfauter geweiht.

Die Sprüche und Botschaften auf den Glocken kommen nicht von ungefähr. Pfauter war eine glühende „Nationalsozialistin“. 1914, nach dem Tod ihres Ehemanns Rudolf Hermann Pfauter, übernahm sie die Geschäftsführung der Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabrik Hermann Pfauter. Anfangs allein, bis 1930 ihr Sohn Dr. Ing. Michael Pfauter die Geschäftsführung übernahm. Clara Pfauter wirkte weiter in der Geschäftsführung. Michael Pfauter, NSDAP-Mitglied Nr. 1132730, Ing. Wilhelm Pfauter, Beiratsmitglied der IHK Chemnitz, NSDAP-Mitglied Nr. 1133255 und die Brüder Ing. Georg Pfauter und Ing. Hermann Pfauter, vermutlich ebenfalls Mitglieder der NSDAP, waren Mitgesellschafter der Firma. Über die Mitgliedschaft von Clara Pfauter in der Partei ist bisher nichts

Nazi-Glockengeläut für Jerusalem

Stadtverwaltung Lößnitz im Erzgebirge, Kirchgemeinde und Evangelische Landeskirche Sachsen verschwiegen Nazi-Symbolik auf Glockenspiel. *Text & Foto: Jonny Michel*



bekannt. Für damalige Verhältnisse sind das nüchterne Zahlen, wäre da nicht die komplette Geschichte dieser Firma.

Zwangsarbeiter schufteten für Familie Pfauter

So unterhielt sie drei Lager für Zwangsarbeiter, Protektorsangehörige und, entgegen jeglichen Kriegsrechts, französische Kriegsgefangene. Zwangsarbeiter waren etwa in einer ehemaligen Bahnhofsgaststätte in Chemnitz-Reichenhain untergebracht. Bei „Disziplinverstößen“ gab es Meldungen an die Gestapo. Nach der Bombardierung von Chemnitz beherbergte die Familie in ihrer Villa in Chemnitz-Harthau eine SS-Gruppe, die aller Wahrscheinlichkeit nach Erschießungen von Widerständlern vornahm. Damit beteiligte sich die Familie an den Verbrechen der Faschisten. Ihre Firma, eingestuft als „kriegswichtig“, sollte 1944 im Rahmen der Aktionen der „Untertage-Verlagerung“ in die „Rabensteiner Felsendome“, ähnlich dem KZ Dora bei Nordhausen, umgelagert werden. Die mit dem Decknamen „Seezunge“ bezeichnete Aktion konnte jedoch aufgrund des Kriegsverlaufes nicht verwirklicht werden. Nach dem Krieg und dem Volksentscheid zur Enteignung von Kriegsbrechern wurde auch die Maschinenfabrik Pfauter enteignet. Die Familie ging in die Westzonen und baute in Ludwigsburg eine neue Firma auf.

Weltglockengeläut mit Nazi-Botschaften

Obwohl die Gremien bestens über das Glockenspiel und die Familie Pfauter Bescheid wussten, wurde alles unter den Teppich gekehrt. Die Landeskirche Sachsen hatte im Rahmen der Diskus-

sion der Kirchen in Thüringen und Sachsen-Anhalt betont, es gebe in Sachsen keine „Nazi-Glocken“. Die Mitteldeutsche Kirchenzeitung „Glaube + Heimat“ hingegen brachte das Carillon von Lößnitz ins Spiel. In der „Freien Presse“ vom 17. April 2019 bestätigte der Archivar der Bergstadt Matthias Rockstroh die Existenz solcher Glocken. Der Stadt sei alles bekannt, jedoch werde das Thema bewusst nicht öffentlich gemacht. Dazu passt, dass sich Lößnitz 2012 am Apoldaer Weltglockengeläut beteiligte. Ungefähr alle fünf Jahre wird solch ein Geläut veranstaltet, bei dem die Glockenklänge in weitere Städte der Welt per Video übertragen werden. So erklangen „Nazi-Glocken“ 2012 in Jerusalem ...

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen

Während in den anderen beiden mitteldeutschen Ländern wenigstens in geschlossenen Gremien diskutiert wird, schweigen die Lößnitzer. Allerdings verschweigt auch die Evangelische Kirche Mitteldeutschland, in welchen Kirchen der drei Länder noch Glocken mit Nazi-Symbolik läuten. Lediglich DER SONNTAG, Wochenzeitung für die Evangelisch-Lutherische Landeskirche, schreibt folgendes: „Im Streit um Kirchenglocken mit Nazi-Symbolik hat sich die Bischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), Ilse Junkermann, gegen deren Verbleib ausgesprochen. ‚Die Glocken sind schrecklich und müssen weg‘, sagte sie der ‚Thüringer Allgemeine‘ [...]. Zu dem Gespräch am Freitagnachmittag war auch der Vorsitzende der Jüdischen Landesgemeinde, Reinhard Schramm, eingeladen. Auch er beharrt auf eine Beseitigung der Hit-

ler-Symbole.“ Angebote lägen auf dem Tisch. Er verstehe nicht, dass es dazu unterschiedliche Meinungen geben könne, erklärte Schramm. Und die Zeitung schreibt weiter: „Die EKM hatte wiederholt erklärt, sehr sensibel mit dem Thema umzugehen. Die Standorte der Kirchen würden nicht öffentlich gemacht, um einen Missbrauch ausschließen zu können. Für die Entscheidung – die letztlich allein bei den Kirchgemeinden liege –, ob die Aufschriften abgeschliffen, die Glocken stillgelegt oder eingeschmolzen und neu gegossen werden sollen, bräuchten die Gemeinden Zeit.“ In Sachsen ist man von solchen Diskussion weit entfernt und Lößnitz bereitet das Weihejubiläum für den Tag des offenen Denkmals im Herbst vor. So teilt auf Anfrage der Pfarrer der Kirchgemeinde Lößnitz-Affalter, Raphael Weiß, mit: „Im Zuge der Debatte in der thüringischen Landeskirche, bei der auch die Situation bei uns in Lößnitz durch die Presse ging, war der Ton leider nicht immer sachlich und auch die Faktenlage häufig nicht ganz klar. Wir führen zurzeit intensive Gespräche mit der Stadt Lößnitz, in welcher Form die Thematik im Zuge des Glockenspieljubiläums thematisiert werden soll.“

Kritik wächst

Der kulturpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, Franz Sodann, sieht es so: „Die Konstellation, dass ein im Eigentum der Stadt befindliches Geläut mit Nazi-Symbolik und einschlägigen Inschriften in einer Kirche installiert ist, dürfte wohl einzigartig sein. Hier sind sowohl die Stadt Lößnitz als auch die Kirchgemeinde gefordert, eine Diskussion über den weiteren Umgang mit dem Glockenspiel und dessen Geschichte öffentlich zu führen. Bis zu einer Entscheidung, wie mit dem Glockenspiel künftig umgegangen werden soll, hielt ich es durchaus für angebracht, dieses nicht mehr erklingen zu lassen. Völlig inakzeptabel wäre es jedoch weiter so zu tun, als gäbe es die Nazi-Symbolik nicht. Mit der Veröffentlichung in der Presse ist eine weitere öffentliche Thematisierung und ein offensiver Umgang damit unumgänglich, um alten und neuen Nazis nicht ein unkommentiertes ‚Ausflugsziel‘ zu ermöglichen. Schon deshalb kann das weitere Betreiben des Glockenspiels und das Begehen des Jubiläums der Weihung ohne eine öffentliche Thematisierung der Rolle und des Handelns von Stadt, Kirche und auch der Stifterin in der Zeit des Faschismus nicht akzeptiert werden.“ Für Silvio Lang, 1. Sprecher des VVN-BdA – Landesvorstandes Sachsen steht fest: „Sowohl ganz persönlich als auch im Namen des VVN-BdA Sachsen e.V. drücke ich mein absolutes Unverständnis und eine klare Ablehnung über den Umgang der Stadt Lößnitz und der Kirchverwaltung mit dem Sachverhalt und der Personalia Clara Pfauter aus.“

Fazit

Neofaschisten stehen auf den Wahllisten. In dieser Situation „beglücken“ Glocken eines Carillons die Menschen mit Botschaften aus finsterner Zeit. Es ist dringend geboten, öffentlich darüber zu debattieren – nicht erst, wenn der nächste Lenz grüßen lässt.

Erinnerungskultur in Dresden

Jürgen Stäbener erinnert an den Dresdner Maiaufstand 1849

Der Dresdner Maiaufstand vom 3. bis zum 9. Mai 1849 jährte sich zum 170. Male. Dieser letzte Versuch, die politischen Ergebnisse der Revolution von 1848/49 in Sachsen zu sichern, führte zum offenen Bürgerkrieg auf den Straßen.

Auch mit dem verzweifelten Versuch, aus dem Zeughaus Waffen und Munition zu erlangen, um die ungleiche Machtprobe auszutragen, bewirkten die vordringenden Arbeiter, Handwerksgehilfen und Bürger, unterstützt von der bewaffneten Turnerwehrgesellschaft, dass die Regierungstruppen mit acht Kompanien des in Dresden stationierten ersten Infanterie-Regiments „Prinz Albert“ am 3. Mai in Stellung gingen, um nicht nur das Dresdener Schloss abzusichern.

Weitere drei Kompanien desselben Regiments sowie 60 Mann Fuß-Artillerie mit vier Geschützen, insgesamt rund 350 Mann, positionierten sich im Zeughaus. Genauso wurde die Neustädter Hauptwache von Artilleriemannschaften besetzt. Für die Kasernen, das Militär-Hospital und die übrigen militärischen Einrichtungen waren etwa 100 Mann Infanterie und Pioniere zuständig.

Der Kommandant der Besatzung am Zeughaus ließ Artillerie- und Geschützfeuer eröffnen, als das Zeughaus von den Massen gestürmt wurde. Trotz der zum Massenmord aufgestellten Geschütze begann die allgemeine Erhebung, aber auch das ungeheure Gemetzel. Innerhalb kürzester Zeit entstanden 108 Barrikaden in der Innenstadt. Die vorrückenden sächsischen und preußischen Truppen warfen bis zum 9. Mai mit größter Härte und Brutalität den Aufstand nieder.



Sächsische und Preußische Truppen am Dresdner Neumarkt. Barrikaden der Aufständigen. „Hotel de Saxe“, Moritzstraße, „Hotel Stadt Rom“ (v.l.n.r)

170 Jahre später, am 9. Mai 2019, erinnerten über 50 Dresdner am Massengrab für die Gefallenen auf dem Alten Annenfriedhof an der Chemnitz-Straße. Bereits 20 Jahre nach dem Massaker fasste der Stadtrat den Beschluss, die Grabpflege zu übernehmen. Rund 70 Jahre später wurde durch Stadtratsbeschluss ein Obelisk zu Ehren der Gefallenen des Maiaufstandes 1849 errichtet. Nun fand zum ersten Mal eine wahrhafte Gedenkfeier statt.

Ein Massaker ist ein Massenmord unter besonders grausamen Umständen, häufig im Zusammenhang mit Motiven wie Hass oder Rache. In kriegerischen Konflikten versteht man darunter die politisch motivierte Tötung von Zivilpersonen, Soldaten oder paramilitärischen Kräften nach deren Kapitulation. Massaker sind somit Massenmorde, die von bewaffneten Einheiten ohne militärische Notwendigkeit außerhalb der eigentlichen Kriegshandlungen verübt werden. Sie dienen der Verbreitung von Terror oder der Abschreckung oder sie sind als systematische Strafaktion organisiert.

Ein Großteil der Todesopfer des Dresdener Maiaufstandes wurde auf dem Alten Annenfriedhof in der Südvorstadt beerdigt. Dazu wurden sechs Grabstellen zu einem gemeinschaftlichen Grab hergerichtet. In über drei Metern Tiefe begrub man drei Reihen Leichen übereinander. Von diesen insgesamt 47 Beigesetzten waren nur 24 namentlich bekannt. Die meisten Toten stammten nicht aus Dresden.

Weitere Leichen wurden in anderen Dresdener Friedhofsmassengräbern beigesetzt. Die leichte Infanterie hatte sechs Tote und zwölf Verwundete zu beklagen. Die gesamten Verluste der sächsischen und preußischen Truppen werden mit 31 Toten und 94 Verwundeten angegeben. Die genaue Anzahl der getöteten Aufständischen ist nicht bekannt. Man spricht von etwa 250 Toten und 400-500 Verwundeten.

Lyrisches

Urlaub

*Gedankenflüge flügelarm
mein Hirn in Sommerpause*

Zu Hause

*Balkongeflüster
Grillgeplänkel
Nachbarschaft
dabei zu sein*

• Janina Niemann-Rich

Räudige Bilanz

*Nicht nur einige schwarze Schafe
unter Zeitarbeitsfirmen
schwarze Schafsherde*

Was auf der Hand liegt

*Kapitalismus und Demokratie
Marktwirtschaft und sozial
beides passt wie die Faust aufs
Auge*

• Jürgen Riedel

Nun, nach 170 Jahren, ist der Entschluss gereift, dass Besucherinnen und Besucher alljährlich der Gedenkfeier am Massengrab für die Gefallenen des Dresdener Maiaufstandes beiwohnen werden.

Nun, nach 170 Jahren, ist der Entschluss gereift, dass Besucherinnen und Besucher alljährlich der Gedenkfeier am Massengrab für die Gefallenen des Dresdener Maiaufstandes beiwohnen werden.

Ein Höhepunkt im antifaschistischen Widerstand

In der Nazidiktatur entwickelte sich eine antifaschistische Widerstandsbewegung, in der Kommunisten – sie stellten den Hauptanteil –, Sozialdemokraten, Christen und bürgerliche Demokraten kämpften. In der UdSSR hatten sich auf Initiative deutscher Kommunisten das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ gebildet. Nach der Stalingrader Schlacht, der Schlacht im Kursker Bogen, dem Vorrücken der Roten Armee auf die deutsche Grenze und der erfolgreichen Landung in der Normandie war die Zerschlagung Hitlerdeutschlands nur noch eine Frage der Zeit.

Unter diesen Vorzeichen wurde eine Verschwörung zur Ausschaltung Hitlers und seiner Führungselite in dessen Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ in Ostpreußen geplant. Generaloberst a. D. Beck, Carl Goerdeler, U. von Hassel und J. Popitz standen in enger Verbindung mit maßgebenden Kreisen des Monopolkapitals, u. a. mit dem Reusch-

Kreis, zu dem Siemens und Vögler gehörten. Zum weiteren Verschwörerkreis gehörten auch einige Militärs wie die Generäle Hoepner, von Stülpnagel und von Witzleben. Diese hatten Kontakt zum Befehlshaber der deutschen Truppen an der Invasionsfront, Generalfeldmarschall Erwin Rommel. Die Verschwörung zielte angesichts der tiefen Krise des faschistischen Regimes darauf ab, die Existenz des deutschen Imperialismus durch die Einsetzung einer Regierung aus Vertrauensleuten des Monopolkapitals und der Militäristen zu retten – in Gestalt einer parlamentarischen Monarchie oder eines autoritären Ständestaates. Die zentrale außenpolitische Aufgabe dieser Regierung sollte darin bestehen, durch einen Sonderfrieden mit den Westmächten die Besetzung Deutschlands durch die Rote Armee zu verhindern.

An der Verschwörung waren auch deutsche Patrioten aus Offizierskreisen

und aus dem Bürgertum beteiligt, die erst nach der Katastrophe von Stalingrad und der Schlacht am Kursker Bogen aktiv wurden. Dazu gehörten u. a. Claus Graf Schenk von Stauffenberg, H. J. von Moltke, F. D. von der Schulenburg, A. von Trotz zu Solz, P. Graf York von Wartenburg. Diese hatten Kontakt zu Persönlichkeiten wie J. Leber, A. Reichwein und W. Leuschner. Die Gruppierung um Stauffenberg hatte im Gegensatz zu den vorgenannten Verschwörern folgende Ziele: Sturz des Hitlerregimes, sofortige Beendigung des Krieges an allen Fronten, Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität der von Faschismus unterjochten Völker, Kontaktaufnahme mit der UdSSR und Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen, Herstellung eines Bündnisses aller demokratischen Kräfte in Deutschland.

Ausgerechnet der schwerverwundete Stauffenberg – ihm fehlten ein Arm

und ein Auge – hatte das Attentat gegen Hitler im Führerhauptquartier auszuführen. Das Attentat in der „Wolfsschanze“ scheiterte, Hitler wurde nur leicht verletzt. Auch der in Berlin der unter dem Kennwort „Walküre“ ausgeführte Militärputsch schlug fehl.

Das Geschehen nach dem 20. Juli 1944 ist bekannt: Der Krieg ging an allen Fronten weiter. Die meisten Menschenopfer und Verwüstungen erlitt das deutsche Volk in der Zeit vom 20. Juli 1944 bis 8. Mai 1945. Mit noch nie dagewesenem Terror, mit einer Flut von Todesurteilen zog das Regime alle Register, um die Macht solange wie irgend möglich zu behaupten. Allen Teilnehmern am antifaschistischen Widerstandskampf, namentlich jenen, deren Leben durch die Nazischergen vernichtet wurde, gebühren Würdigung und bleibendes Andenken.

• Winfried Steffen

Nach der mit der Annahme des Grundgesetzes vollzogenen Gründung der BRD am 23. Mai 1949 fand am 14. August 1949 die erste Bundestagswahl statt. Während die SPD 29,2 Prozent der Stimmen erhielt, erzielte die CDU/CSU mit 31 Prozent den Wahlsieg. Dem folgte bereits am 21. August die erste Beratung zur Vorbereitung der Regierungsbildung, an der in Rhöndorf auf Einladung von Konrad Adenauer 24 einflussreiche Persönlichkeiten von CDU und CSU, darunter Ludwig Erhard und Franz Josef Strauß, teilnahmen. Das Treffen diente der Erörterung der Koalitionsfrage und der personellen Besetzung der Spitzenämter der zu bildenden Bundesregierung.

Gleich zu Beginn machte Adenauer, der als Hausherr für sich den Vorsitz in Anspruch nahm, unmissverständlich klar, dass er eine Koalition mit der SPD ablehne. Die Grundtendenz der Aussprache war, es müsse aufhören, SPD und Sozialpolitik zu identifizieren. Erhard, der eine große Koalition als einen „Selbstmord der CDU“ bezeichnete, sagte dazu: „Die CDU muss als große soziale Partei auftreten“, was den „Tod der SPD“ zur Folge hätte. Auf Grund der realen Lage, nicht zuletzt wegen der angestrebten Wirtschaftspolitik der zu bildenden Regierung, kämen als Koalitionspartner nur die FDP und die Deutsche Partei in Frage. Ebenso lehnte die CSU eine Koalition mit der SPD ab, die dazu führen würde, in Bayern ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, was ihrem politischen Gegenspieler, der Bayernpartei, dienlich sein würde.

In Personalfragen hatte Adenauer klare Vorstellungen. Wie in einem stenographischen Protokoll überliefert ist, war es seine eindeutige Absicht, Kanzler zu werden. Für dieses Amt, erklärte er, die erforderliche Autorität zu haben, die Erfahrungen in staatlicher Arbeit und „stärkere Ellenbogen als ich früher geglaubt hätte“. Als Bundespräsident schlug er, ohne sich einer breiten Unterstützung seiner Partei sicher zu sein, den FDP-Vorsitzenden Theodor Heuss vor. Zu dem Einwand eines bayrischen Vertreters, dass Theodor Heuss nicht gerade kirchenfreundlich eingestellt sei, erklärte Adenauer rigoros: „Aber er hat eine sehr fromme Frau, das genügt.“

Schwieriger als erwartet

Prof. Dr. Kurt Schneider über die erste Regierungsbildung in der Bundesrepublik

NEUES DEUTSCHLAND

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

4. Jahrgang / Nr. 221 Berlin, Mittwoch, 21. September 1949 Ausgabe B / Einzelpreis 1,50 Pf.

Die Antrittsräte eines Prokretors

Die Antrittsräte eines Prokretors... (Text continues with political commentary on the formation of the government)

Adenauer in Hitlers Fußtapfen

Bonner Kolonialregierung verkündet das amerikanische Programm der erneuten Faschisierung Westdeutschlands... (Text discusses Adenauer's policies and their perceived similarity to Nazi-era actions)

Währungsplan im Marshallplan-Lager

USA noch nicht befristet / Bevin sprachlos / Arbeiterklasse rüdet zur Abwehr... (Text reports on the Marshall Plan and currency issues)

Gespaltenes Land

Die Antrittsräte... (Text continues with commentary on the political situation)

Kette der Beweise schließt sich

USA-Spion Allan Dulles weist die Völkermörder... (Text reports on the Dulles case and international relations)

Gespaltenes Land: Titelkopf der Tageszeitung „Neues Deutschland“ vom 21. September 1949.

Dass Ludwig Erhard, der „Erfinder der sozialen Marktwirtschaft der CDU“, Wirtschaftsminister werden sollte, blieb unbestritten.

Nach der Rhöndorfer Tagung, die zu keiner Entscheidung befugt war, erwies sich die Regierungsbildung schwieriger und langfristiger als zuvor gedacht. Der Christliche Gewerkschaftsflügel versuchte, doch noch eine Koalition mit der SPD durchzusetzen. Doch während die

Führung von CDU/CSU entschieden für die uneingeschränkte Fortführung des vom Frankfurter Wirtschaftsrat eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurses eintrat, erklärten die Richtlinien der SPD für deren Politik im kommenden Bundestag, das 16-Punkte Programm vom 30. August 1949, dass die soziale Gerechtigkeit das notwendige Fundament für eine lebenskräftige Demokratie sei und daher die „politische und wirtschaftliche Entmachtung des gro-

Ben Eigentums und der Manager durch Sozialisierung der Grundstoff- und Schlüsselindustrie“ unumgänglich sei. Dafür „mit allen zu Gebote stehenden Kräften einzutreten“ sowie „jede andere Politik mit der gleichen Entschiedenheit zu bekämpfen“, sei ihr fester Wille.

Am 7. September traten die 402 Abgeordneten und die acht Westberliner Abgeordneten ohne Stimmrecht zur konstituierten Sitzung des ersten Deutschen Bundestags zusammen. Gegen erheblichen Widerstand wurde Theodor Heuss erst im zweiten Wahlgang als Bundespräsident gewählt. Kurt Schumacher hatte als Kandidat eine eindeutige Niederlage erlitten. Zum Bundestagspräsident wurde Erich Köhler, der ehemalige Vorsitzende des Frankfurter Wirtschaftsrates, gewählt.

Am 15. September erfolgte mit einer Stimme Mehrheit die Wahl von Konrad Adenauer zum Bundeskanzler. 202 Abgeordnete hatten für ihn, 142 gegen ihn gestimmt, 44 hatten sich der Stimme enthalten, eine Stimme war ungültig. Die entscheidende Stimme kam von einem Abgeordneten der Bayernpartei, der den Beschluss seiner Fraktion, sich der Stimme zu enthalten, nicht gefolgt war.

Besonders schwierig erwies sich die Formierung des Kabinetts, dem ursprünglich acht Bundesminister angehören sollten. Nach langem Tauziehen – zuletzt hatte noch am Vorabend der Wahl des Bundeskanzlers die FDP überraschend das Finanzministerium beansprucht – erhöhte sich vor allem aus koalitionspolitischen Rücksichten die Zahl der designierten Bundesminister auf 13. Einige wussten bis zum Tag ihrer Vereidigung, am 20. September nicht, ob sie auch ernannt würden. „Mancher hatte den Smoking bereit gelegt“, war zu lesen, „ohne ihn zu gebrauchen.“ Mit der Vereidigung des Bundeskanzlers und der Bundesminister durch den Bundestagspräsidenten Erich Köhler gehörten letztlich im ersten Kabinett Adenauer fünf Minister der CDU, je drei der CSU und der FDP sowie zwei der DP. Damit war die komplizierte Regierungsbildung abgeschlossen.

Am Tag darauf trat das Besatzungstatut in Kraft.

rat gelang es der Gestapo, Mitglieder dieser Gruppe zu inhaftieren, darunter im Januar 1943 auch Wilhelm Beuttel. Der „Volksgerichtshof“ verurteilte im Juni 1944 Wilhelm Knöchel, Willi Seng, Alfons Kaps, Alfred Kowalke und Wilhelm Beuttel zum Tode. Am 27. Juli 1944 erfolgte ihre Hinrichtung.

Im anfangs genannten Brief heißt es weiter: „Wenn ich daran denke, wie wir so oft gemeinsam der Matthäus-Passion gelauscht haben und ... auf der Tribüne des Konzertgebäudes der Schlusschor von Beethovens Neunter Symphonie losbrauste, dann wird mir doch ein wenig weh ums Herz. „Alle Menschen werden Brüder.“ Ja, dafür habe ich gelebt und gekämpft von frühesten Jugend an.“

• Prof. Dr. Kurt Schneider

Vor 75 Jahren hingerichtet: Wilhelm Beuttel

„Dieser Brief ist das letzte Lebenszeichen und Liebeszeichen von mir“, schrieb Wilhelm Beuttel angesichts seiner bevorstehenden Hinrichtung seiner bevorstehenden Hinrichtung seiner Lebensgefährtin Maria: „Heute, am 27. Juli, 15 Uhr, wird mein Kopf, der so viele liebe Gedanken für Dich barg, in den Sand rollen.“

Geboren am 10. August 1900 als Sohn eines Lederarbeiters in Friedberg/Hessen, erlernte er das Schneiderhandwerk. Sein Vater war Mitglied der SPD. Er und seine Ehefrau, eine Tabaksarbeiterin, sorgten dafür, dass ihr Sohn Wilhelm frühzeitig mit Schriften au-

gust Bebels vertraut wurde. 1917 trat er siebzehnjährig in die USPD ein und schloss sich 1920 mit deren linken Flügel der KPD an. Er wurde im Bezirk Hessen Funktionär der kommunisti-



schen Jugend und danach Organisationsleiter für den KPD-Bezirk Hessen-Kassel. Von 1929 bis 1931 besuchte er die Leninschule in Moskau. Anschließend war er Organisationsleiter für den

KPD-Bezirk Hessen-Frankfurt und gehörte zeitgleich bis zur Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft 1933 als Abgeordneter dem Hessischen Landtag an.

Zunächst in Hessen für die KPD illegal tätig, übernahm er Anfang 1934 die Leitung der Roten Hilfe in Berlin und organisierte die Unterstützung für die Familien eingekerkelter Antifaschisten. Nach der Verhaftung seines Mitarbeiters Rudolf Claus musste er im Herbst 1934, verfolgt von der Gestapo, aus Deutschland fliehen. In Paris leitete er bis 1938 die Schulung der Partei.

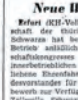
1942 kehrte Wilhelm Beuttel als Beauftragter des ZK der KPD nach Deutschland zurück, wo er der illegalen antifaschistischen Widerstandsgruppe Wilhelm Knöchel angehörte. Durch Ver-



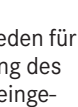
Die Fahrt...



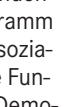
Haupters...



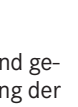
Neue W...



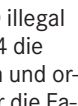
UN-Vollversam...



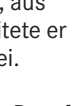
Amerikanische Abstammung...



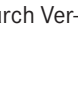
KPD-Bezirk...



Zunächst in...



1942 kehrte...



Durch Ver-

Terminübersicht

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN

Chemnitz, 5. bis 11. August

■ Theoriefestival

Kantine Luxemburg*

Mit Roswitha Scholz, Bini Adamczak und vielen anderen.

Subotnik, Vetterstraße 34, Chemnitz

Vom 5. bis zum 11. August soll im Subotnik erneut unser Festival stattfinden. Anlässlich ihres 100. Todestages liegt in diesem Jahr der inhaltliche Fokus auf Rosa Luxemburg und ihrer Zeit. In Vorträgen, Filmen, Lesungen und vielem mehr wollen wir uns ihrem Leben und Denken annähern. Aber auch für andere Themen wird es Raum geben.

Workshop-Reihe

Chemnitz, 27. Juli, 10-18 Uhr

■ Workshop

Vereinsbuchhaltung*

Mit Rico Knorr (Mathematiker). Eine gemeinsame Veranstaltung von plus humanité e.V. und der RLS Sachsen. RLS Sachsen, Rosenplatz 4, Chemnitz

Dresden, 10. August, 10-18 Uhr

■ Workshop

Vereinsbuchhaltung 1*

Mit Rico Knorr (Mathematiker). Eine gemeinsame Veranstaltung von plus humanité e.V. und der RLS Sachsen. WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden

Im Vordergrund des Workshops „Vereinsbuchhaltung I“ steht die Vermittlung der grundlegenden Fähigkeiten, um selbst als Schatzmeister*in in einen Verein zu managen oder bei der Projektarbeit die vereins- und steuerrechtlichen Fallstricke zu umgehen.

Das steht inhaltlich auf dem Programm:

- Was ist ein Verein? – Satzung, Vereinsregister, Gemeinnützigkeit
- Steuern bei Vereinen
- Vereinsbereiche: Ideeller Bereich, Zweckbetrieb, Vermögensverwaltung und Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb
- Grundlagen der Buchhaltung: Wie sieht ein guter Buchhaltungsordner aus?
- Buchen und Dokumentation der Buchhaltung
- Übliche Zahlungsvorgänge: Fahrtkosten, Honorare, Auslagererstattung, Spenden, Mitgliedsbeiträge, Rechnungen, Ersatzbelege
- Finanzakquise und Projektbuchhaltung
- Haftungsfragen im Verein und Bildung von Rücklagen

Der Schwerpunkt liegt auf kleinen, eingetragenen gemeinnützigen Vereinen, die einfache Buchführung machen. Mit „klein“ sind Vereine mit einem steuerpflichtigen Jahresumsatz von unter 35.000 € oder einem Gewinn von unter 5.000 € im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gemeint.

Die Teilnahme ist kostenlos, aber auf 20 Personen beschränkt, damit die Methoden gut funktionieren.

Verbindliche Anmeldung bitte via Mail an [prinzessin\[at\]linxx\[punkt\]net](mailto:prinzessin[at]linxx[punkt]net).

Wenn du für die Teilnahme am Workshop eine Zertifikat bekommen möchtest, schreib dies bitte in die Mail mit deinem vollständigen Namen.

Christel-Hartinger-Preis für Zivilcourage und beherztes Engagement

Die Literaturwissenschaftlerin Dr. Christel Hartinger (1941–2016) war eine beherzte, kluge und tapfere Frau. Mit ihrem leidenschaftlichen und uneigennützigem Engagement für Frieden, Gerechtigkeit und aufrechte Menschlichkeit hat sie Generationen von Menschen unterstützt, ermutigt und zur aktiven Einmischung in Gesellschaft, Kunst und Alltag angestiftet. Ihrem Andenken ist dieser Preis gewidmet, der in guter Brechtscher Manier nicht die Ehrung der Toten, sondern die tätige Besserung der Verhältnisse zum Ziel hat.



Und so verleiht die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen den „Christel-Hartinger-Preis für Zivilcourage und

beherztes Engagement“. Der Preis kommt Gruppen und Einzelpersonen projektbezogen zugute, die im Geiste eines aktiven solidarischen Humanismus vor Ort mit hohem persönlichem Einsatz und Mut Menschen unterstützen, die in Not sind und unter Diskriminierungen zu leiden haben. Der Preis ist mit 1.000 Euro dotiert.

Vorschläge für den Christel-Hartinger-Preis für Zivilcourage und beherztes Engagement 2019 können bis zum 15. Juli 2019 an info@rosalux-sachsen.de oder per Post an die RLS Sachsen,

Demmeringstraße 32, 04177 Leipzig geschickt werden. Der Vorschlag sollte den Namen der Person oder der Gruppe sowie deren Kontaktdaten enthalten. Die Begründung des Vorschlags sollte neben den oben beschriebenen Angaben nicht länger als eine A4 Seite sein. Die vorgeschlagene Person oder Gruppe sollte in Sachsen tätig sein oder in Sachsen leben.

Das Kuratorium entscheidet über die Vergabe des Preises. Die Verleihung findet am Sonnabend, den 31. August um 14 Uhr in Leipzig statt.

RosaKunstpreis 2019 der RLS Sachsen

Die RLS Sachsen vergibt im Zweijahresrhythmus alternierend zum Wissenschaftspreis den RosaKunstpreis für Arbeiten auf dem Gebiet der politisch engagierten, zeitgenössischen Kunst. Er umfasst die Bereiche Literatur, bildende und darstellende Kunst, Musik sowie kulturelle Bildung. Ein Schwerpunkt soll auf der Förderung von interdisziplinären Projekten liegen, wobei besonders Frauen* und aus Frauen* bestehende Gruppen und Kollektive berücksichtigt werden und Projekte und Werke sich auf aktuelle Themen beziehen. Eine Altersbeschränkung gibt es nicht. Mit dem

Kunstpreis werden bereits bestehende künstlerische Projekte und Werke prämiert. Die Einreichenden sollten ihren Wohnsitz oder ihren Arbeits- und Engagementmittelpunkt in Sachsen haben.

Alle Unterlagen bitte in ein PDF zusammenfassen, die ihr mit „Name, Vorname“ benennt, nicht größer als 5 MB. Die Datei sollte folgendes enthalten:

- eine Seite Beschreibung der Arbeit/des Projektes bzw. Erläuterung der Initiative, Motivation, Zielstellung, Historie des Projektes
- Bildmaterial zur Arbeit/zum Projekt
- ein kurz gefasster Lebenslauf bzw. Informationen zu den Mitgliedern Eurer Gruppe bzw. zur Geschichte Eures Kollektivs

Der RosaKunstpreis 2019 beträgt 1.000 €. Die Bewerbungsfrist endet am 31. August 2019. Die Arbeit kann in Dateiform von den Künstler*innen selbst oder von Dritten eingereicht werden.

Der RosaKunstpreis wird im Januar 2020 verliehen. Das Kuratorium wird

sich zuvor bei den Ausgewählten melden. Wir freuen uns auf Eure Bewerbungen!

Kontakt zu Fragen und zur Einsendung? E-Mail: [info\[at\]rosalux-sachsen.de](mailto:info[at]rosalux-sachsen.de)



Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 03.07.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 05.09.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Den Finger am Fieberpuls unserer Zeit

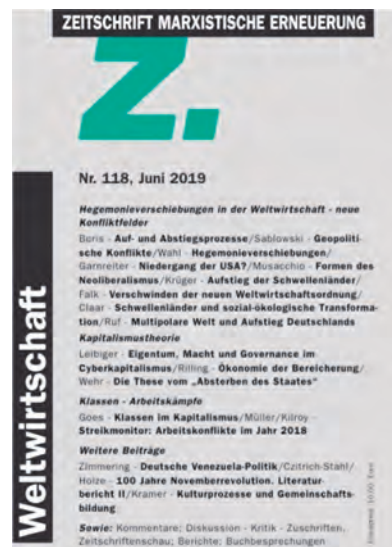
Z 118 analysiert Positionskämpfe um die Hegemonie in der Weltwirtschaft. Von *Wulf Skaun*

„Ich glaube nicht, dass sie dort den Kapitalismus wiederherstellen.“ Dieses vorsichtige Fazit zog der nach eigenem Bekunden „kritische Kommunist“ Theodor Bergmann aus Quellenstudium und Vor-Ort-Recherchen noch in seinem 2017 erschienenen Buch „Der chinesische Weg“. Was für den Hohenheimer Gelehrten zumindest noch eine offene Frage war, ist für das Gros marxistischem Denken verpflichteter linker Gesellschaftswissenschaftler längst unabweisbare Tatsache: Die Volksrepublik China kennzeichnet real existierender Staatskapitalismus. Der Ökonom Jörg Goldberg und andere begründen diese Zuschreibung primär mit der auch dort präferierten Akkumulation von Kapital, bereits von Rosa Luxemburg als ein prägendes Charakteristikum kapitalistischer Produktionsweise definiert.

In der Juni-Ausgabe der Zeitschrift Marxistische Erneuerung (Z 118) zum Schwerpunktthema „Hegemonieveränderungen in der Weltwirtschaft – Neue Konfliktfelder“ geht es zwar nicht vordergründig um die Genese des „chinesischen Weges“, doch kommt kaum einer der Beiträge daran vorbei, wenn die Rolle der neuen ökonomischen und politischen Großmacht Asiens im Kontext globalen Vormachtstrebens im Weltkapitalismus analysiert wird. Im Vordergrund stehen dabei die bipolaren Beziehungen mit den USA als Nachweltmarktführer. Z 118 offeriert die wichtigsten Erkenntnisse und Reflexio-

nen über dieses mehrdimensional-widersprüchliche Konkurrenz-Verhältnis, vorgetragen auf einem von der Redaktion veranstalteten wissenschaftlichen Kolloquium im März dieses Jahres.

Zur Sprache kommen selbstverständlich weitere, darunter auch pointiert europazentrierte, Globalaspekte des Hegemonie-Themas. Wer die ziemlich unübersichtliche gegenwärtige Weltlage besser verstehen will, insbesondere das sich verändernde Feld der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung mit ihren macht- und profitorientierten Positionskämpfen, findet in den Konferenzbeiträgen vielfältig begründete, auch streitbare, Erklärungen und Prognosen über diese äußerst komplexe Problematik. Die dabei von einigen Autoren fakten gestützt abgegebenen Warnrufe, die erbitterten globalen Hegemoniekämpfe könnten eine akute menschenlebensgefährdende Kriegssituation heraufbeschwören, mögen manchem als Alarmismus gelten. Angesichts eines unberechenbaren, aggressiven Trumpismus kann man der Z-Redaktion aber wohl uneingeschränkte Anerkennung zollen, mit ihrem Schwerpunktthema wieder einmal den Finger am Fieberpuls unserer Zeit zu haben. Dokumentiert werden in der vorliegenden Ausgabe die Beiträge von Dieter Boris, Thomas Sablowski, Peter Wahl, Franz Garnreiter, Rainer Falk, Simone Claar und Werner Ruf.



Wie gewohnt unterbreitet auch das Juni-Heft informative Leseangebote in allen Standard-Rubriken. In der Kolumne Kapitalismus-Theorie widerlegt der „Links!“-Lesern vertraute Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Leibiger anhand detaillierter Untersuchungen der Eigentums- und Machtverhältnisse die von Paul Mason und anderen vertretene These, das Internet brächte postkapitalistische Formen eines Gemeineigentums hervor. Thomas Goes kritisiert in der Sparte Klassen und Arbeitskämpfe die in Z 116 von Nicole Mayer-Ahuja und Klaus Dörre unterbreiteten Gedanken zur neuen Klassenformierung als zu einfach bzw. wenig überzeugend.

Sein eigener Vorschlag zur Strukturierung von Klassen im Gegenwartskapitalismus stützt sich auf Grundideen des marxistischen Klassenbegriffs. In der Z 115 hatten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze den ersten Teil ihres großen Literaturberichts zur Novemberrevolution 1918 vorgelegt. Nun lassen sie eine Übersicht zu neueren Gesamtdarstellungen, Regionaluntersuchungen und Dokumenten der Erinnerungskultur folgen. Auffällig sei dabei eine „Zunahme von Publikationen mit einem linken, von der klassischen Partei- und Verbands geschichtsschreibung unabhängigen Hintergrund“. Inhaltlich finde die Diskussion um die Träger der Revolution stärkere Beachtung.

Wie immer wartet auch die Nummer 118 mit profunden Buchbesprechungen auf. Die mit hohem Sachverstand und ehrlichem Überzeugungseifer verfassten Rezensionen erfüllen verlässlich ihre Kompass-Funktion, auf Schriften und Texte aufmerksam zu machen, die für einen problembewusst-aktuellen Diskurs unter entschiedenen Linken unentbehrlich sind. Sie tragen so ihren Teil dazu bei, auch die aktuelle Z-Ausgabe zu einer lohnenden Ideenbörse des freien Geistes zu machen.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, N. 118 (Juni 2019), 240 Seiten, Einzelheftbezug 10 Euro. Bestellungen über redaktion@zme-net.de oder www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Ein Film, den alle sehen sollten

„Der Marktgerechte Patient“ ist kein „gewöhnlicher“ Streifen, den man sieht und vergisst. Das ist auch kein Film, den man im stillen Kämmerlein betrachtet und dann zur Tagesordnung übergeht. Dies ist ein Film, der in Gemeinschaft gesehen werden und diskutiert werden will, und zwar von jedermann bzw. jeder Frau von 14 Jahren an. Die ihn gemacht haben und vertreiben, wollen, dass so viele Menschen wie irgend möglich ihn sehen. Es handelt sich um einen „Film von unten“, finanziert von einfachen Menschen, nicht von großen Privatinvestoren oder Fernsehanstalten aber unterstützt von linken Organisationen wie attac aber vom DGB, von ver.di oder der Partei DIE LINKE. Deshalb gibt es für jeden, der die DVD kauft oder sich die Film-Datei unter www.der-marktgerechte-patient.org herunterlädt, gratis ein Vorführlizenz für eine nicht-kommerzielle Veranstaltung. Katja Kipping zum Beispiel wird den Film am 19. August von 18 bis 20 Uhr in der Filmgalerie Dresden e.V. aufführen.

Der Film zeigt ein Gesundheitswesen, das immer weniger den Kranken und immer mehr „privaten Investoren“ dient. Möglich wurde dies mit dem Umbau des Gesundheitssystem

seit 2003, seither bekommen immer mehr Menschen nicht die nötige Behandlung. Jede Krankheit hat nun ihren Preis und es hat ein Wettlauf begonnen um die Patienten mit den „profitablen“ Krankheiten. Der Film zeigt am norddeutschen Beispiel, wie selbst viele Schwerverletzte von Kliniken „abgewiesen“ werden und dass selbst nach schwer erkrankten Patienten niemand mehr schaut. Ursächlich ist die Ökonomisierung und Zwangsprivatisierung



des Gesundheitswesens, in dem lieber operiert – auch amputiert – wird als Menschen so zu behandeln, dass sie ihre Lebensqualität ohne Operation bestmöglich erhalten können. Dass dies alles so gekommen ist, verdanken wir den „Reformen“ der Schröder-Fischer-Regierung. Darum ist es wichtig, dass diesen Film alle sehen – nicht nur Wähler von Linken, sondern auch die von Sozialdemokraten und Grünen.

Bislang wurde viel über die Verantwortung der rot-grünen Regierung für Hartz IV geredet und von der PDS seinerzeit auf die Formel gebracht: „Armut per Gesetz“. Untergegangen ist bislang weitgehend, dass Hartz IV nicht das einzige Verbrechen am Sozialstaat war. Denn mit der Einführung der „Fallpauschalen“ gab es einen Paradigmenwechsel hin zu einem profitorientierten „Wirtschaftssystem“. Weg also von der alten Ärzte-Frage, wie können wir dem Patienten am besten helfen, und hin zum reinen Kassen-Kalkül: An welchen Krankheiten und Behandlungen verdienen wir am meisten? Was sich im Gesundheitssystem quasi bislang weitgehend „unter dem Radar“ seit 2003 abgespielt hat, ist mindestens ebenso schlimm, wenn nicht noch katastrophaler als die Einführung von Hartz IV.

Verschiedene Kommunalpolitiker versuchen zumindest in ihren kommunalen Krankenhäusern zu retten, was zu retten ist vom altem Ärzte-Ethos. Doch solange das von rot-grün eingeführte System nicht durch ein Gesundheitssystem ersetzt wird, das sich am Wohl der Patienten orientiert statt am Wohl von Pharmakonzernen und einer „Gesundheitsindustrie“ vor allen Dingen aus Privatkliniken, so lange bleiben das Soziale und mithin der „gewöhnliche“ Patient auf der Strecke. An manchen Stellen ist der Film etwas holprig geschnitten und am Anfang ist der Ton etwas blechern, da man auf eine Nach-Synchronisation verzichtet hat – das Werk lebt aber auch von der wunderbaren sonoren Stimme von Rolf Becker.

Wer sich die Datei selbst herunterladen oder die DVD kaufen möchte – mit einer Vorführlizenz für eine nicht-kommerzielle Veranstaltung – bezahlt 29,75 Euro. Wichtig ist, dass dieser Film zu Aktionen führt – entweder dass man sich in einem lokalen Bündnis für Pflege engagiert oder in Gewerkschaften oder Demonstrationen unterstützt, die sich für eine Vergesellschaftung des Gesundheitswesens stark machen.

• Ralf Richter

Über Blues ist mittlerweile viel geschrieben worden, besonders über seine Charakterzüge – geprägt von tiefster Traurigkeit, unsäglichem Leid, trotzigem Aufbegehren. Ein ganzes Genre als schmerzlicher Aufschrei gegen Rassismus, Unterdrückung und Ausgrenzung der afroamerikanischen Bevölkerung, aufklärend über Einzelschicksale und nah an alltäglichen Begebenheiten und Gefühlswelten – Liebesaffären, Einsamkeit, Flucht ins Drogenmilieu, Alkoholsucht. Doch auch Hoffnung wird thematisiert – schnörkellos erzählt und widergespiegelt.

Taj Mahal ist unumstritten ein Pionier der dritten Bluestradition. Er hat das oben beschriebene Leid nicht unbedingt am eigenen Leibe erfahren müssen; für ihn spiegelt sich mehr die Liebe als Grundmauer seiner Form von Blues. Obwohl Blues und Soul seine musikalischen Wurzeln sind, strahlt Mahals Musik eine bis dahin ungewohnte, entspannte Sanftheit aus, von glückseliger Spielfreude voller Optimismus gekennzeichnet. Dabei sei mir die Bemerkung erlaubt, dass er hie und da sehr gekonnt eine scharfe Prise Sarkasmus in seinen Interpretationen aufblitzen lassen kann, gepaart mit einem lakonischen Hauch von Selbstironie. So sieht man auf dem Cover seines Debütalbums „Taj Mahal“ von 1968 einen scheinbar sorgenfreien Taj im Liegestuhl liegen, der fröhlich wirkt und mit seiner Gitarre ein Lied singt, umgeben von herumflatternden Paradiesvögeln und bunten Schmetterlingen. Die Szenerie spielt vor einem riesigen Maschendrahtzaun, hinter dem eine einsame weiße Villa steht, vereinsamt, vielleicht gar unbewohnt.

Dass der „große Bluesman“ (immerhin fast zwei Meter hoch gewachsen) allerdings auch gesanglich ausrasten konnte, beweisen mehrere seiner Alben aus den frühen Siebzigern, die vergleichbar sind mit Werken von Otis Redding oder Wilson Pickett in Höchstform.

Henry St. Clair Fredericks, so sein bürgerlicher Name, kam am 17. Mai 1942 in New York zur Welt. Seine Kindheit verbrachte er in Springfield, Massachusetts, wo er nach dem Schulabschluss Tiermedizin studierte. Er entstammt einem bildungsbürgerlichen Hause und wurde wie viele in seiner Generation schon früh mit den Klängen von Blue und Jazz vertraut. Seine Eltern hörten viel Klassik, Gospel und Jazz, sie spielten auch selbst Klavier und sangen die Songs ihrer Idole. Schnell wuchs das Interesse ihres Jungen, der begann, sich immer stärker über die Ursprünge dieser Musik zu informieren – bis heute ist er ein Feldforscher im Bereich der afroamerikanischen Folkmusik geblieben. Letztlich verdankte er seinen Eltern sein Interesse an der Geschichte und Entwicklung dieser Musik.

1963 siedelte er nach Santa Monica um, wo er den jungen Ryland Cooder kennenlernte, einen hochtalentierten Gitarrenvirtuosen, mit dem er kurzerhand die Band „The Rising Sons“ ins Leben rief. Sie galt rasch als Geheimtipp und bekam einen Studietermin bei COLUMBIA. Leider kam es noch nicht zur Veröffentlichung einer Langspiel-

Großer Bluesman mit breitem Repertoire

„Taj Mahal“ bezeichnet nicht nur ein berühmtes indisches Mausoleum, sondern auch einen herausragenden Bluesmusiker, weiß *Jens-Paul Wollenberg*



platte – erst 1992 brachte das Plattenlabel „Legacy“ diese Sessions auf der CD „RISING SONS – featuring Taj Mahal and Ry Cooder“ heraus. Einige dieser Songs wurden auf Mahals Debütalbum „Taj Mahal“ neu eingespielt, unter Mitwirkung der Gastmusiker Ry Cooder an der Rhythmusgitarre bzw. Mandoline. An dieser Scheibe wirkten weitere Größen dieser Zeit mit, wie Jesse Edwin Davis, Bill Broadman, Gary Gilmore und Charles Blackwell.

1968 war es Taj Mahal vergönnt, als junger Bluesmusiker beim Newport Folk Festival aufzutreten, das eigentlich mehr weißen Bluegrass-Barden bzw. Folksängern vorbehalten war. Sein Auftritt ließ die Folkwelt aufhorchen und machte ihn bekannt. So wurden sogar die Rolling Stones auf ihn aufmerksam, die ihn für „Rock and Roll Circus“ am 11. Dezember 1968 einluden. Diese extravagante Show mit Superstars wie Jethro Tull, The Who, Marianne Faithfull,

John Lennon, Eric Clapton, Mitch Mitchell, Yoko Ono, Ivry Gitlis, Nicky Hopkins und Rocky Dijon wurde als BBC-TV Special aufgeführt und live mitgeschnitten. Wegen rechtlicher Ungenauigkeiten gab es jedoch Probleme mit der Ausstrahlung. Erst 1995 erschien die Show auf CD und DVD. „Ain't that a lot of love“ sang Taj Mahal und fiel damit aus dem Rahmen dieser etwa skurrilen, fast peinlich wirkenden Veranstaltung. Seine Devise lautete stets Ehrlichkeit, Bescheidenheit und Qualität. Im Grunde genommen ist er sich immer treu geblieben, kommerzieller Erfolg schien ihm unwichtig, obwohl er ein Millionenpublikum begeisterte. Im Laufe seiner Karriere erarbeitete er ein breites Repertoire mit einer beträchtlichen Spannweite zwischen Folk, Blues, Soul, Reggae, Karibik, afrikanischer Folklore, Kinderlied, Protestsong und vielem mehr. Nachdem er sich speziell der schwarzen Kultur widmete, brachte er sich das Spielen zahlreicher, teils sehr exotisch wirkender Instrumente bei. Auch holte er sich für die Aufnahmen der in den 1970ern produzierten Platten „Music Fuh Ya“ oder „Happy Just Be Like I Am“ Musiker ins Studio, die solche Instrumente meisterhaft beherrschten – etwa Kwasi „Rocky“ DziDzournu an den Congas und an den Gung-Ko-Gwee (afrikanisches Glockenspiel), Andy Narell und Robert Greenidge an den Steel Drums. Mahal, dessen Lieblingsmusik eine Zeitlang die der Karibik war – sein Vater hatte jamaikanische Wurzeln –, lebte mit seinen Söhnen sogar zehn Jahre lang auf Hawaii. Als er die Insel Kauai dann verließ, hatte er schon wieder viele neue Ideen in seinem Koffer.

Doch vorher bewies er ein weiteres Mal sein leidenschaftliches Bluesfeeling auf den Alben „Like Never Before“ (1991) mit Dr. John Hall And Oate und den Pointer Sisters, „Dancing The Blues“ (1993) mit Etta James und „Phantom Blues“ (1996) mit Eric Clapton, Bonnie Raitt, John Porter, „Sir“ Harry Bowens und Mike Campbell. 1997 begann er, seine Musik mit hawaiianischen Elementen zu fusionieren, holte sich gestandene Kollegen von der Insel ins Studio und produzierte die Alben „Sacred Island“ und „Hula Blues“, die 1998 erschienen und die er auf unzähligen Tourneen präsentierte. So gastierte er mit der „Hula Blues Band“ 2001 bei Tanz- und Folkfest Rudolstadt, wo man ihn euphorisch feierte. Auch das Album „Hanapepe Dream“ von 2003 war noch stark von karibischen Klängen geprägt.

Es ist ihm hoch anzurechnen, dass er nie den Boden unter den Füßen verloren hat, dass er sich keinerlei modischen Tendenzen unterwarf. Nicht nur riesige Konzerthallen will er füllen, sondern auch kleinere Clubs, in denen er auf Augenhöhe mit dem Publikum agieren kann. Er ist immer noch weltweit unterwegs, produziert ab und zu neue CDs und wird immer wieder gern als Gastmusiker für Bluesprojekte auch jüngerer Kollegen engagiert. So gastierte er neben Rosanne Cash, Robert Randolph, Jaci Velasquez und Robby Brooks Moore auch auf dem jüngsten Album von Keb' Mo', das am 14. Juni 2019 auf den Markt kam und das übrigens sehr empfehlenswert ist.

Juli-August 2019

Sachsens Linke

Aktuelle Informationen
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



Fleißige Kandidat*innen

Bei der anstehenden Landtagswahl haben wir 79 Kandidatinnen und Kandidaten – 60 Direktkandidat*innen, von denen 41 auch auf der Landesliste kandidieren und 19 Kandidierende, die nur auf der Liste antreten. Wir sind schon wieder mittendrin im Wahlkampf.

Die Kandidierenden haben schon vor Start der heißen Wahlkampfphase einiges zu tun. So hat der MDR einen groß angelegten Kandidaten-Check gemacht, für den alle einen Fragebogen ausfüllen mussten und anschließend für einen kurzen Videodreh in ein Studio des MDR eingeladen waren. Unsere fleißigen Kandidierenden haben dabei insgesamt *bella figura* abgegeben: Wirklich alle haben den Fragebogen ausgefüllt und beim Videodreh haben bis auf zwei, die sich auch persönlichen Gründen entschuldigt haben, wirklich alle mitgemacht.

Dazu organisiert die sächsische Landeszentrale für politische Bildung in jedem Wahlkreis ein Kandidat*innen-Forum, lokale Zeitungen wollen Interviews führen, die Ortsverbände planen Veranstaltungen und auch Portale wie „Abgeordnetenwatch.de“ bitten um das Ausfüllen von Fragebögen und setzen auf gepflegte Profile. Nebenbei werden fleißig durch zahlreiche Genoss*innen diverse Wahlprüfsteine beantwortet und unser Wahlkampfmaterial produziert.

Schön ist, dass wir im Wahlkampf auf Hilfe von außerhalb setzen können: Zahlreiche einzelne Genoss*innen aber auch Landesverbände haben dezidiert ihre Hilfe im Wahlkampf angeboten, übernehmen teilweise sogar die Fahrt- und Übernachtungskosten.

Bei so viel Engagement und Leidenschaft lässt sich also unabhängig vom Wetter sagen: Der Sommer wird heiß, packen wir es an!



Wider die Mythen

Was im Landeswahlausschuss geschah. Von *Antje Feiks*

Als erstes möchte ich Euch einen Erfolg vermelden: Die Landesliste unserer Partei ist ohne Beanstandungen vom Landeswahlausschuss zugelassen worden. Ein herzliches Dankeschön an alle, die am reibungslosen Ablauf mitgewirkt haben. Ohne euch wäre das alles nicht möglich.

Am 5. Juli hat der Landeswahlausschuss außerdem entschieden, auf der Landesliste der AfD nur die ersten 18 Bewerber*innen zuzulassen. Das resultiert daraus, dass die AfD schwerwiegende Fehler bei der Aufstellung der Liste gemacht hat. Das Wahlgesetz sieht sehr klare Regelungen vor und die AfD war offenkundig nicht in der Lage, sich an diese Regelungen zu halten. Nun stilisieren sich die Rechtsradikalen als Opfer der „etablierten Altparteien“.

Daraus erwächst für uns, liebe Genossinnen und Genossen, die wichtige Aufgabe, dieser falschen Darstellung gemeinschaftlich entgegenzutreten. Sowohl in den eigenen Familien, bei Freunden, an Infoständen, einfach überall. Deshalb will ich Euch hier gern ein paar Argumente liefern, die wir nutzen müssen:

1. Wer ein Regierungsprogramm verfasst, selbst Gesetze schreiben will, sollte in der Lage sein, diese auch zu lesen und obendrein zu verstehen.

2. Der AfD wurde in den letzten Jahren am „Fall Samtleben“ in einer Wahlanfechtung der Landtagswahl 2014 durch den Wahlprüfungsausschuss und beim Gang durch die Instanzen bis zum Verfassungsgericht des Freistaates sehr deutlich vor Augen geführt, was bei der Vorbereitung von Listenaufstellungen zu beachten ist. Sich jetzt so hinzustellen, als hätten sie von nichts gewusst und würden dies zum ersten Mal tun, ist eine Unverschämtheit.

3. Die Landeswahlleitung steht allen Parteien mit Rat und Expertise zur Seite, um Wahlen rechtskonform vorzubereiten. Und alle Parteien haben bei der Landeswahlleitung die Möglichkeit, sich zu informieren und beraten zu lassen. Auch wir machen regelmäßig Gebrauch davon.

4. Selbst Kleinstparteien sind in der Lage, rechtskonforme Landeslisten aufzustellen, und die haben weit weniger Mitstreiter*innen und sitzen im Gegensatz zur AfD nicht im Landtag.

5. Selbst wenn eine eingereichte Landesliste Mängel aufweist, haben die einreichenden Parteien die Möglichkeit der Nachbesserung und es ist schier absurd, wenn man diese Möglichkeit nicht nutzt. Ein Schelm, wer Böses bei dieser Vorgehensweise der AfD denkt. Die einen sprechen von Absicht, die anderen von Dämlichkeit.

Der Landeswahlausschuss, der mehrheitlich aus Juristen besteht, hat sehr genau abgewogen. Dem Wahlausschuss kommt keine politische Wertung zu, sondern er hat zu prüfen, ob die Landeslisten der Parteien die strengen Vorgaben erfüllen. Der Landeswahlausschuss ist zu dem Schluss gekommen, dass das bei der AfD nur in Teilen der Fall war und hat seinerseits nach Möglichkeiten gesucht, im Sinne der stattgefundenen Wahlversammlungen zu entscheiden. Dies mündete dann in einer sog. Teilzulassung. Dazu außerdem noch ein paar Informationen:

■ Die AfD hat nicht eine Versammlung (mit Unterbrechung) gemacht, sondern zwei, um ihre Landesliste aufzustellen. Damit gab es weder eine durchgehende Versammlungsleitung noch Personen, die an Eides statt versichern konnten, dass alle Bewerber*innen die gleichen Möglichkeiten der Vorstellung hatten. Selbst die Vertrauenspersonen

sprachen in der Wahlversammlung teilweise noch von „zwei Versammlungen“.

■ Die AfD hat drei Landeslisten eingereicht: eine von Platz 1-18, eine von Platz 19-61 und eine von Platz 1-61. Die zuletzt eingereichte Liste mit den Plätzen von 1-61 wurde entsprechend des Wahlgesetzes als Grundlage der Behandlung im Wahlausschuss genommen.

■ Mit der Einreichung dreier Listen gab es schwerwiegende Diskrepanzen bei den Versicherungen an Eides statt. Der Wahlausschuss kam nach langer Abwägung und Einbeziehung aller Argumente zu dem Schluss, die Plätze 19-61 zu streichen und damit die Liste mit den Plätzen 1-18 zuzulassen.

Selbstverständlich liegt die Vermutung nahe, allen anderen Parteien hätte man diesen Irrsinn nicht durchgehen lassen. Allerdings halte ich es auch für absolut richtig, dass der Landeswahlausschuss bei bereits angedrohten Wahlbeschwerden seine Möglichkeiten und den Rechtsrahmen entsprechend so auslegt, damit die Entscheidung vor Gericht mindestens von Bestand ist. Und, liebe Genossinnen und Genossen: **Wir haben ein sehr gutes Wahlprogramm beschlossen und sollten unsere Themen in den Vordergrund rücken, anstatt uns an anderen abzarbeiten.** Dass uns seit dem 26. Mai das Herz schwer ist und eine gewisse Ernüchterung eingezogen ist, weiß ich. Aber, liebe Genossinnen und Genossen: Eine schwermütige und ernüchterte Partei wählt kaum jemand. Deshalb lasst uns fröhlich und mutig auf die Straßen und Plätze und in die Säle zu den Podien ziehen und erklären, was wir wollen – eine andere und vor allem bessere Gesellschaft. Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen.

Leserbriefe

Zu „Staat und Kirchen haben gemeinsame Aufgaben“, Sachsens Linke! 6/2019, S. 12

Reichtum ist das größte Hindernis, nach dem Willen Gottes zu leben

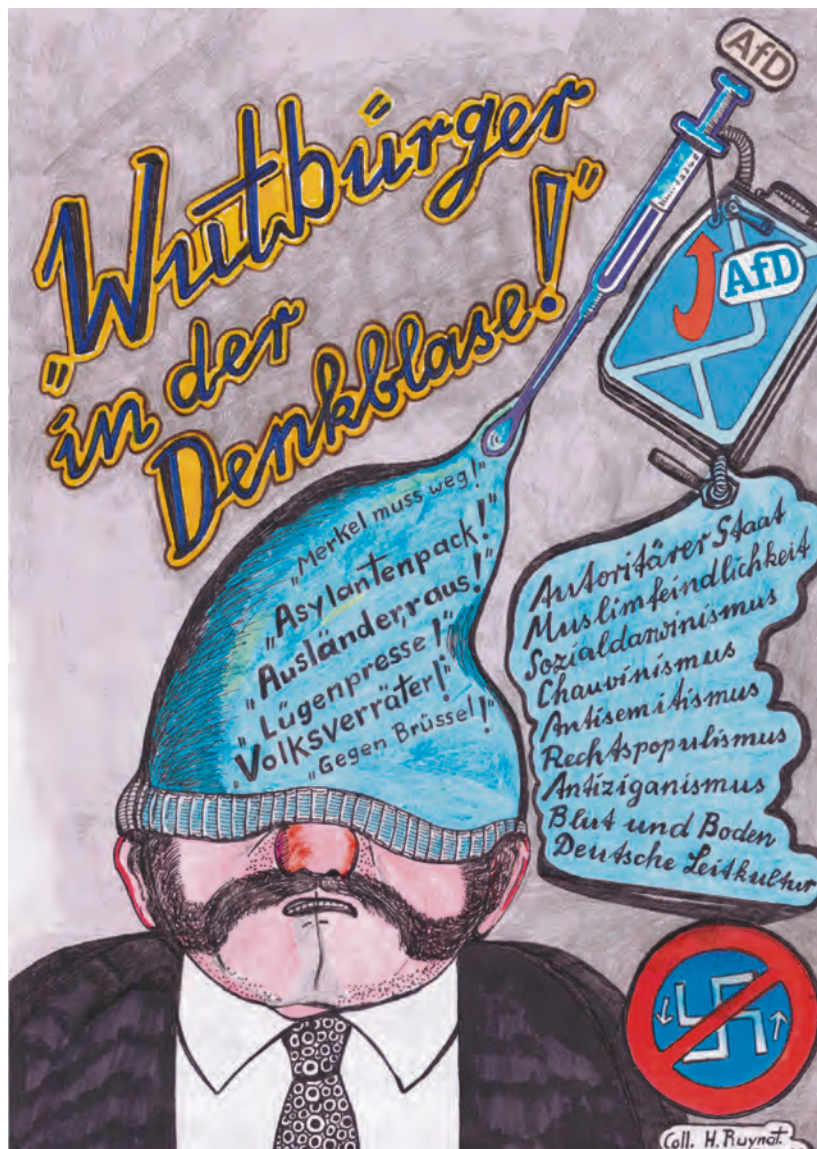
Jesus verwies darauf, dass die Mächtigen ihre Bevölkerungen unterdrücken und dass dies unter seinen Anhänger*innen nicht der Fall sein soll. Er lehrte die Liebe, insbesondere zu den am meisten Benachteiligten, wie z. B. Armen und Fremdlingen, als höchstes Gebot. In diesem Zusammenhang kritisierte er ständig die Reichen und das Streben nach Reichtum und zeigte, dass dies das größte Hindernis ist, entsprechend dem Willen Gottes zu leben. Somit sind die Aufgaben der Kirchen eher dem Staat entgegengesetzt. Sie gehen eher in die Richtung, die Diakon Frank in Bezug auf das Pfingstfest nennt. Zustimmung würde ich auch, dass dies auch von vielen Nichtgetauften im Sinne Jesu verwirklicht wird. Wieso sagt er anschließend auf die Frage nach dem Widerstand gegen menschenfeindliche Positionen, dass die Bischöfe sich bei Pauschalverurteilungen zurückhalten? Zeigt nicht gerade der gemeinsame Widerstand gegen menschenfeindliche Positionen, dass Pauschalverurteilungen lediglich Ausdruck einer Spalte- und herrsche-Politik und unzutreffend sind? Warum verurteilt er die SED pauschal als „offensiv kirchenfeindlich“ und unterstellt auch Teilen der LINKEN pauschal kirchenfeindliche Tendenzen? Könnte es nicht eher sein, dass Teile der Kirchenhierarchien sich mit dem kapitalistischen Staat identifizieren (siehe Überschrift) und deshalb alle Richtungen bekämpfen, die ähnliche Ziele wie Jesus verfolgen? Auch Jesus hat die religiösen Führer seiner Zeit und ihre Privilegien kritisiert. War Jesus somit kirchenfeindlich? Sollten nicht vielmehr die Kirchen zusammen mit den LINKEN und sonstigen Linken gemeinsam die Ziele Jesu umsetzen und damit die Vorbehalte abbauen?

• Uwe Schnabel, Coswig

Zu „Das war wohl nüscht mit Europa“, Sachsens Linke! 6/2019, Seite 10

Ist die „Republik Europa“ nicht mit einer EU des Kapitals vereinbar?

Bei welchem Versuch der Linken, ein unliebsames Staatswesen zu ersetzen, wurde nach einer Republik verlangt, insbesondere, wenn sich der Staat selbst als Republik verstand? Wurde nicht eher Sozialismus, Kommunismus oder eine wirkliche Demokratie verlangt? Ist nicht sogar eine „Republik Europa“ mit der EU des Kapitals/der Konzerne und einem EU-Nationalismus sehr gut vereinbar? Fiel der LINKEN nicht auf die Füße, dass sie sich nicht grundsätzlich deutlich von den anderen Parteien unterschied? Sie ist zwar die einzige Friedenspartei im Bundestag, hat mit ihren Positionen zu Russland und Venezuela aber viele Friedensbewegte vor den Kopf gestoßen. Viele, die die EU des Kapitals kritisieren,



gingen eher nicht zur Wahl oder haben die PARTEI oder eine linkere Partei gewählt. Außerdem: Schließt die Republik Europa Russland als gleichberechtigten Partner mit ein? Wäre nicht eine Losung „Für Demokratie, Frieden und soziale Gerechtigkeit – gegen die militaristische EU der Konzerne“ besser?

• Rita Kring, Dresden

Zu den Vorgängen im Kreistag des Erzgebirgskreises

Antifaschismus als Grundhaltung in der LINKEN

Bereits im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des neuen Kreistages im Erzgebirge war Irritierendes in der regionalen Presse und dem neuen Deutschland zu lesen. Stefan Hartung, Kreisrat der rechtsextremen NPD, beanspruchte als demokratisch gewählter Vertreter seiner Partei einen Sitz im Kreiszweckausschuss. Hierfür wurde eine Vergrößerung des Ausschusses von 18 auf 24 Mitglieder*innen erforderlich. Landrat Frank Vogel (CDU) sieht laut Medienberichten der Freien Presse die Ausgrenzung des Vertreters der NPD aus den Ausschüssen trotz des Status eines demokratisch gewählten Kreis-

rats kritisch. In Erwartung einer Klage wurde seinerseits dazu geraten, dem Ansinnen des rechtsextremen Hartung stattzugeben und den Ausschuss zu vergrößern. Nun wäre zu erwarten gewesen, dass eine Fraktion der LINKEN im Kreistag entschieden gegen dieses Vorgehen stimmt. Doch dem ist keineswegs so. Der Freien Presse ist lediglich die Äußerung des Fraktionsvorsitzenden Frank Dahms zu entnehmen, dass eine Ausgrenzung nichts bringe. Wenigstens die Grünen und die SPD haben in Teilen gegen diesen Antrag gestimmt. Unsere Überzeugung ist antifaschistisch und wir waren der Meinung, dass dies auch das Credo ist, welches unsere Partei eint. Es ist irrelevant, ob eine eventuelle Klage der NPD die Zustimmung der Kreisräte ersetzen würde, es ist ebenso nicht von Belang, ob die Mehrheit auch mit den Stimmen der Linken nicht zustande gekommen wäre. Zwar ist die NPD in unser Kreisparlament durch den Willen der Bürger*innen mit 2,2 Prozent gewählt worden, jedoch ist die Kreistagsfraktion der LINKEN es ihren Wähler*innen genauso schuldig, deren Meinungen zu vertreten. Faschismus und antidemokratische Gesinnungen sind entschieden zu verneinen und dieses Feld darf nicht den Kolleg*innen der SPD und der Grünen überlassen werden, gerade im Erzgebirge. Es bleibt für die kommende Ausschussarbeit zu hoffen, dass zumindest die Kreisrät*innen der LINKEN zumindest hier den rechtsradikalen Phrasen beherzt entgegengetreten.

• Die Genoss*innen des OV Oberes Erzgebirge

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 03.07.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 05.09.2019.



Wahlkampf unter der Gürtellinie

In Gohrisch hat sich im Zuge der Bürgermeisterwahl Unglaubliches abgespielt.

Anja Oehm von der BO Oberes Elbtal blickt zurück

Der malerische Tourismusort Gohrisch gehört zur Verwaltungsgemeinschaft Königstein/Sächsische Schweiz. Was sich hier im Umfeld der Bürgermeisterwahl am 26. Mai 2019 abspielte, dürfte einzigartig sein. Im Mittelpunkt: der Kandidat der LINKEN Maik Günther, 38 Jahre alt, Papiermacher. Nach 15 Jahren als Gemeinderat und auch als stellvertretender Bürgermeister hatte er bei der Neuwahl als Einziger Lust auf das Ehrenamt. Weil wir ihn als tatkräftigen, zuverlässigen, freundlichen, empathischen Menschen schätzten, nominierten wir ihn gemeinsam mit den Freien Wählern. Weder die Befürchtung, für den im Ortsteil Cunnersdorf seit Jahren tobenden „Abwasserkrieg“ um vermeintlich zu hohe Gebühren noch für die Unzufriedenheit mit seinem Vorgänger in Mithaftung genommen zu werden, hielten ihn davon ab, sich in allen Orten der Gemeinde vorzustellen. Er machte sich und seine Wahlziele mit Flyern in alle Briefkästen bekannt und er machte keine unhaltbaren Wahlversprechen. Gern hätte er sich mit Kontrahenten gemessen, nur wollte sich weit und breit kein anderer Bewerber finden. Die langweiligste Wahl, die man sich vorstellen kann, schien vorab entschieden. Schien ...

Irreführende Flugblätter und Falschbehauptungen

Wenige Tage vor dem Gang an die Wahlurne tauchten plötzlich Flugblätter im Ort auf. Darin wurde, teils anonym, mit üblen Falschbehauptungen gegen Maik Günther Stimmung gemacht. „Wer Günther wählt, wählt Königstein!“, lautete der Titel eines Flugblattes. Wider besseres Wissen wurde ihm unterstellt, eine Eingemeindung voranzutreiben. Die Sächsische Zeitung hingegen hatte am 2.5.19 Maik Günther in der Titelseile zitiert: „Ich will, das Gohrisch eigenständig bleibt.“ Er wolle Steuererhöhungen vornehmen, lautete ein anderer Vorwurf – was ein Bürgermeister gar nicht kann, weil dafür der Gemeinderat zuständig wäre. Maik Günther habe keine Kompetenz, keine Zielstellungen, keine Erfahrung, und erst recht zu wenig Zeit für das Amt, weil er im 3-Schicht-Job tätig sei. Auf den Flugblättern las man:

Christian Naumann, 01824 Gohrisch Schreiben Sie bitte diesen Namen auf den Wahlzettel zum Bürgermeister und streichen Sie den Namen von Maik Günther.

Dadurch wurde auf einmal ein anderer, der 69jährige Kriminalkommissar a. D. Christian Naumann, der sich gerade aus dem Gemeinderat verabschiedet hatte, gepusht. Von wem auch immer ... Der scheidende 78jährige Bürgermeister Heiko Eggert hat-

te zuvor im Amtsblatt auf der Titelseite ausdrücklich darauf hingewiesen, dass man anstelle des einzigen offiziellen Kandidaten auch eine andere Person auf den Stimmschein schreiben könne. Die z. T. vierseitigen A4-Flugblätter erschienen aber in jeder Hinsicht so bösartig und hanebüchen, dass Maik Günther auf eine Gegen-darstellung verzichtete, um das alles nicht noch aufzuwerten. Von Ange-

denunziatorischen Flugblätter abgegeben. Christian Neumann will an den Flugblättern nicht mitgearbeitet haben, gab aber gegenüber der SZ zu, davon gewusst haben. Statt selbst zu kandidieren, hat er Dritte einen Wahlkampf „unter der Gürtellinie führen lassen. Kein guter Stil für einen, der Bürgermeister werden möchte.“ (SZ 6.6.2019). André Hahn, selbst Gohrischer und als linker Bundestagsabge-

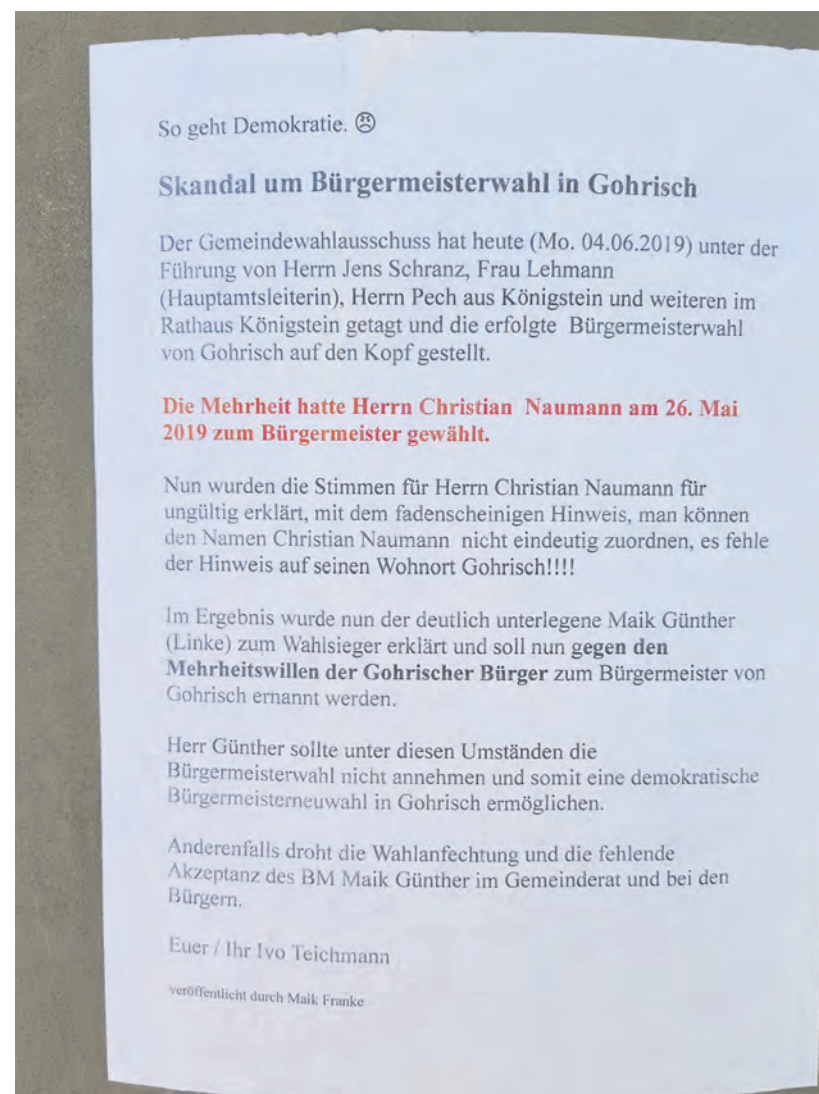
lesen, auf dem darauf hingewiesen wurde, hätte genügt. Also Kehrtwende in einer „komplett verrückten Bürgermeisterwahl“ (SZ vom 6.6.2019). Völlig schockiert verließ Maik Günther die Sitzung des Gemeindevwahlausschusses, die ihn plötzlich zum Sieger erklärt hatte. „Demokratisch ist es eindeutig, aber menschlich eine schwierige Situation für mich“, gab er zu. Die Schmutz-Kampagne gegen ihn hatte ihm zugesetzt. Er ahnte wohl, dass seine Widersacher keine Ruhe geben würden.

Prompt erschien unmittelbar danach ein Aushang an der Litfaßsäule auf dem öffentlichen Parkplatz des ersten Flugblattautors in der Gohrischer Ortsmitte. Hauptamtsleiterin und Gemeindevwahlausschuss (mit namentlicher Nennung) hätten die erfolgte Bürgermeisterwahl von Gohrisch „auf den Kopf gestellt“. Der Mehrheitswillen der Bürger würde missachtet. „Herr Günther sollte unter diesen Umständen die Bürgermeisterwahl nicht annehmen Andernfalls droht die Wahlanfechtung und die fehlende Akzeptanz des BM Maik Günther im Gemeinderat und bei den Bürgern.“ Dann wurde es noch seltsamer: Der Aushang war unterschrieben mit „Euer / Ihr Ivo Teichmann.“ Ivo Teichmann ist jedoch kein Gohrischer. Er ist Kreisrat für die AfD, kandidiert gerade für den Sächsischen Landtag. War es der Plan, in Gohrisch durch die Hintertür den ersten AfD-Bürgermeister im Osten zu installieren, der als offizieller AfD-Kandidat wohl nicht gewählt worden wäre?

„Der Verlierer heißt Gohrisch“

Maik Günther wird das Amt nun aber auch nicht antreten. Dass nur gut ein Drittel der Gohrischer ihn unterstützte, ist für ihn keine ausreichende Legitimation. Seine Widersacher mobben dennoch weiter in den sozialen Netzwerken gegen ihn – er versucht, es nicht an sich ran zu lassen. Er braucht das Amt des Bürgermeisters viel weniger, als es ihn gebraucht hätte. Obwohl menschlich tief enttäuscht, versteckt er sich nicht. Schließlich wurde er ja dennoch als einziger Linker in den Gemeinderat gewählt. Zu den Schostakowitsch-Tagen in Gohrisch gönnte er sich mehrfach den Kunstgenuss, mischte sich unters Volk. Und die Einheimischen grüßten ihn freundlich, hielten ein Schwätzchen. So wie immer. Als sei das alles nur ein böser Spuk gewesen ...

Voraussichtlich erst im Januar wird es nun Neuwahlen geben. Die blamablen Schlagzeilen waren eine schlimme Negativ-Werbung für den Tourismus-Ort. „Der Verlierer heißt Gohrisch“ titelte die Sächsische Zeitung. Das trifft leider zu!



Eines der denunziatorischen Flugblätter

sicht zu Angesicht kam von den Einheimischen kaum etwas Negatives über. Mehr Zuspruch als Ablehnung – Maik, bitte mach das, wir unterstützen dich! Der Ort brauche endlich einmal eine langfristige Perspektive.

Dann der Wahltag. Nach der Auszählung stand fest: Lediglich 37,3 Prozent der Wähler hatten Maik Günther ihre Stimme gegeben. Die Mehrheit der Gohrischer jedoch entschied sich für Naumann, der mit 50,6 Prozent zum überraschenden Gewinner gekürt wurde. Viele Wähler hatten also genau das, was auf den Flugblättern gefordert wurde, getan. Beachtenswert: Bei der Auszählung der Briefwahl lag Maik Günther vorn. Diese Wähler hatten ihre Stimme vor der Verteilung der

ordneter Unterstützer Maik Günthers, prangerte eine „bewusste und in meinen Augen vorsätzliche Irreführung der Wählerinnen und Wähler“ an.

Kehrtwende und Verwaltungsmitarbeiter am Pranger

Nur, dass man gewissenhaft sein muss, wenn ein ohnehin zweifelhaftes Verfahren rechtsgültig sein soll, hatten viele Bürger nicht im Blick. Stimm-scheine mit den handschriftlichem Vermerk „Neumann“, „Herr Neumann“ u.a. wurden bei einer Neuauszählung vom Wahlvorstand für ungültig erklärt, da neben dem Namen eine zusätzliche Bezeichnung erforderlich ist, um ihn eindeutig einer Person zuordnen zu können. Den Wahlschein richtig zu

Die Kreistagsfraktion ist konstituiert

Im Vorstand: Frank Dahms (Vorsitzender), Thomas Weikert (stellv. Vorsitzender), Karoline Loth (Finanzverantwortliche)

Frank Dahms, Harald Wendler, Andreas Rössel, Herbert Kragl, Holger Zimmer, Dr. Barbara Drechsel, Kathleen Noack, Thomas Weikert, Mathisa Brunner, Siegfried Opitz, Karoline Loth: Am 12.6. haben sich die Kreisräte der LINKEN zur konstituierenden Sitzung getroffen. Neben der Wahl des Fraktionsvorstandes und der Ausschussbesetzung wurde über die Ausrichtung der Fraktion diskutiert. Dazu erklärt der wiedergewählte Fraktionsvorsitzende Frank Dahms: „Nach einem bitteren Wahlabend, an dem sich der Rechtsruck weiter fortgesetzt hat, halten wir elf Kreisräte der LINKEN an einem solidarisches und weltoffenen Erzgebirgskreis fest. Wir danken allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Bereitschaft und Unterstützung im Wahlkampf. Vor dem Hintergrund der Entwicklung war es in diesem Jahr ungleich schwerer, ein Mandat zu erringen. Unsere erste Sitzung verlief konstruktiv und es wurden die ersten Weichen gestellt.“



Holger Zimmer, Kreisrat und Kreisvorsitzender, ergänzt: „Unsere verkleinerte Fraktion muss vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mehr leisten. Wir werden unsere Arbeit im Kreistag besser ‚verkaufen‘ und mehr mit den

Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. DIE LINKE im Erzgebirge geht mit einem klaren Kurs in den Landtagswahlkampf. Unser Ziel ist ein demokratisches, soziales und friedliches Sachsen in Europa.“

Wahlforen der Landeszentrale für politische Bildung

Wahlkreis ERZ 2

10. Juli, 19 Uhr, u.a. mit Rico Gebhardt im Kulturzentrum Eibenstock, Otto-Findeisen-Str. 1

Wahlkreis ERZ 4

11. Juli, 19 Uhr, u.a. mit Antje Feiks, Haus des Gastes „Erzhammer“ Annaberg-Buchholz, Buchholzer Str. 2

Wahlkreis ERZ 5

12. August, 19 Uhr, u.a. mit Kathleen Noack in der Stadthalle Marienberg, W.-Mehnert- Straße 3

Wahlkreis ERZ 3

15. August, 19 Uhr, u.a. mit Holger Zimmer im Ring Center Schwarzenberg, Neustädter Ring 2

Wahlkreis ERZ 1

27. August, 19 Uhr, u.a. mit Susann Schöniger in der Oberschule

Neukirchen, Hauptstraße 56

20. August, 19 Uhr: „**Olbernhauer Stadtgespräch**“ u. a. mit Kathleen Noack im Theater Variabel

26. August, 16 bis 21 Uhr: **Bodo Ramelow im Erzgebirge**

31. August, 10 bis 15 Uhr: **Familienfest der LINKEN** rund um den „Dicken Heinrich“ in Zschopau, Schlossplatz am Schloss Wildeck

Jüngste Aktionen der Linksjugend [‘solid] Erzgebirge

Am 4. Mai fand der 2. Global Marijuana March der Linksjugend [‘solid] Erzgebirge in Annaberg-Buchholz statt. Demonstriert wurde für die Legalisierung von Cannabis als Genussmittel, die auf Aufklärung und wissenschaftliche Erkenntnisse setzt. Es ist unumstritten, dass Alkohol die gefährlichere Droge ist. Und nicht jede_r, der/die kiff, greift auch zu anderen Drogen. Ein Verbot von Substanzen führt nicht zu deren Verschwinden. Konsument_innen ist es egal, ob eine Substanz verboten ist und Dealern geht es auch nur um Profit. Qualitätskontrolle oder Jugendschutz sind beim Verbot ausgeschlossen, ebenso Aufklärung bei problematischem Konsumverhalten.

Fridays for Future Annaberg-Buchholz hatten am 24. Mai ihre erste Demonstration. Daran beteiligte sich auch die Linksjugend. Die Demo war mit 180 Teilnehmer_innen ein voller Erfolg. Eine Rettung des Planeten vor Umweltzerstörung und Klimawandel wird es aber mit dem Kapitalismus nicht geben, denn hier regieren Profit und Konkurrenz, für die Natur und Mensch ausgebeutet werden. Daher fordern wir System Change not Climate Change!

Der jährliche feministische Protest gegen den Schweigemarsch in Annaberg-Buchholz fand am 25. Mai statt. 400 Feminist_innen nahmen unter dem Motto „Leben schützen! Abtreibung legalisieren!“ an Demonstration und Straßenfest teil. Auch wir als Linksjugend waren mit einem Infostand dabei. Organisiert wurde der Protest vom Bündnis Pro Choice Sachsen, welches sich für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung der Frau einsetzt und die mittelalterliche Sichtweise der Fundamentalist_innen bekämpft, welche Abtreibungen (auch im Fall von Vergewaltigungen) komplett verbieten wollen. Verbote von Schwangerschaftsabbrüchen führen eben nicht dazu, dass keine Abtreibungen mehr stattfinden, sondern zwingen zu unsicheren und lebensgefährlichen Methoden.

• Martin Uhlig

Wir sind gewählt!

Das sind die neuen Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte der LINKEN im Erzgebirge:

Annaberg-Buchholz

Frank Dahms, Gerd Schlott

Amtsberg

Evelyne Franke

Aue-Bad Schlema

Heide-Marie Bamler, Rolf Niemann, Andreas Rössel

Breitenbrunn

Anke Leischker

Burkhardttsdorf

Angela Hähnel

Ehenfriedersdorf

Herbert Schönherr

Eibenstock

Bianka Brenner

Gelenau

Torsten Steidten

Geyer

Gabriele Goldacker, Matthias Langer, Uwe Langer

Gornsdorf

Dr. Barbara Drechsel, Ute Fritzsche

Grünhain-Beierfeld

Rosemarie Frey

Johanngeorgenstadt

Elke Scheichert, Christian Saffert

Lauter-Bernsbach

Katrin Dörfel, Herbert Kragl, Jürgen Weißflog

Löbnitz

Sandy Geisler-Hähnel, Peter Eichler, Christoph Schlick

Lugau

Monika Vogt, Dietmar Gutsche, Susann Schöniger

Marienberg

Irene Albrecht, Alfred Woznitza

Niederwürschnitz

Katrin Klenner, Steffen Kaddereit

Neukirchen

Angela Tappert, Jürgen Rupf

Oelsnitz

Friedlinde Merten, Mathias Brunner

Olbernhau

Bernd Brückner

Pockau-Lengefeld

Gerd Glöckner

Schneeberg

Andrea Schrutek, Stefan Schrutek

Schwarzenberg

Annelore Liebchen, Hubert Protzel, Gisela Schmidt

Stollberg

Silke Freund, Mirko Hohenhausen, Siegfried Opitz

Ortschaftsrat Beutha

Mirko Hohenhausen

Ortschaftsrat Hoheneck

Jürgen Schäfer

Thalheim

Wolfgang Haehnel, Karoline Loth

Thum

Frank Schubert

Zschopau

Jürgen Hetzner, Kathleen Noack, Anja Schreiter

Zwönitz

Hans Kleinhempel, Heike Oelschlägel, Jürgen Tesche

Der heißeste Tag im Juni

Zwei starke Stimmen für soziale Gerechtigkeit: *Sahra Wagenknecht und Sabine Zimmermann* auf dem Zwickauer Kornmarkt



V.l.n.r.: Rene Hahn, Heiko Döhler, Sahra Wagenknecht, Sabine Zimmermann, Alexander Weiß, Thomas Koutzky.

Am 26. Juni traten Sahra Wagenknecht und Sabine Zimmermann in Zwickau auf dem Kornmarkt auf. Bis zum Auftritt von Sahra Wagenknecht ging Sabine Zimmermann, Bundestagsabgeordnete aus Königswalde, auf die Besucherinnen und Besucher zu und diskutierte mit ihnen über Probleme in der Region. Mit der Livemu-

sik zweier Freiberger Musiker verging die Zeit sehr schnell. Um 17 Uhr stand Sahra Wagenknecht dann auf der Bühne und begeisterte die rund 300 Menschen im Publikum mit einer der Hitze entsprechenden flammenden Rede zu Themen wie Niedriglohnpolitik, Rüstungswahn, Rentenpolitik und die Erhaltung des Friedens am Golf.

Als Kreisvorsitzender DIE LINKE Zwickau möchte ich mich bei allen bedanken, welche durch ihre Hilfe diesen schönen und wichtigen Nachmittag ermöglicht haben – aber auch bei allen Gästen, die bei dieser Hitze durchgehalten haben. Ihr wart großartig.

• Heiko Döhler, Kreisvorsitzender

Ein Tag, so wunderschön wie heute

Ursula Stein über den 19. Spieletag am 2. Juni 2019

Anlässlich des Internationalen Kindertages laden die Stadtwerke in jedem Jahr die Kinder der Stadt Glauchau und Umgebung zum Feiern ein. Ortsverbände, Parteien, Vereine, GWG, DRK, Volksbank, Sparkasse Chemnitz und viele andere Gruppen beteiligen sich an der Vorbereitung und Durchführung. Zum 8. Mal nahm der Ortsverband DIE LINKE. Glauchau teil. Schon Monate vor diesem Kinderfest

sammelten junge und ältere Genossen Anregungen, suchten nach Ideen, um einen erlebnisreichen Tag zu gestalten.

Wir luden ein zum Reiten, Ringwerfen, Sackhüpfen, zum Ballwurfspiel, zum Balancieren auf dem Spannseil. Im Rahmen unserer Initiative „Fairtrade Towns“ bemalten die Kids fair gehandelte Stofftragetaschen mit eben-

solchen Farben. Unsere kleinsten Besucher bastelten Armbänder aus Liebesperlen. Rege wurde unser Stand besucht und den Augen der Kinder sah man die Freude. Nach vier Stunden Engagement gingen die Kinder, Freunde, Pferdeführer, die Pferde und alle anderen Beteiligten glücklich und zufrieden nach Hause. Für uns steht schon jetzt fest: Am 20. Spieletag sind wir wieder dabei!

Rainbowflash in Zwickau

Am 17. Mai fand auch in Zwickau der alljährliche internationale und sachsenweite Rainbowflash statt. Als Zeichen gegen Homophobie ließen die Teilnehmer bunte Luftballons in den Himmel aufsteigen. Unter der Schirmherrschaft des LSVD Sachsen versammelten sich LINKE, FDP und SPD. Schöner Effekt: die wieder gestiegene Teilnehmer- und Besucherzahl. Wermutstropfen: Es fanden gleichzeitig zwei gleichartige Veranstaltungen an verschiedenen Orten statt. Daran werden wir arbeiten. Smash Homophobia!

• Mike Hirsch, Glauchau



Gesamtmitgliederversammlung der Parteigruppe im Zwickauer Oberland

Wir Mitglieder der Parteigruppe Zwickauer Oberland hatten uns zur ersten Versammlung nach der Europa- und Kommunalwahl Thomas Dzudzak eingeladen, der als Landesgeschäftsführer unserer Partei Die Linke in Sachsen eine erste Analyse vorstellte. Das Interesse war nach den uns nicht zufriedenstellenden Wahlergebnissen in beiden Wahlen verständlicherweise beträchtlich.

Thomas sprach schnörkellos und kritisch die bisher analysierten Ursachen und stellte u.a. fest, dass DIE LINKE landesweit in der Europa- und Kommunalwahl nicht wirklich wahrgenommen worden sei, dass sie in Sachsen 76.000 Stimmen und im Kreistag ein Drittel der Mandate verloren hat.

Er machte aber auch deutlich, dass die zweite Wahlrunde dieses Jahr, die Landtagswahl, eine neue Herausforderung darstellt, die wir gemeinsam mit einem starken Ergebnis meistern müssen.

Ich habe im Anschluss an die Ausführungen des Landesgeschäftsführers meine Einschätzung zur Europa- und Kommunalwahl im Zwickauer Oberland dargelegt und dabei viele Gedanken und Kritiken angeführt. Eine rege Diskussion der Genossinnen und Genossen setzte die Mitgliederversammlung fort.

Nachfolgend aufgeführte Positionen wurden unter anderem als Gründe bzw. Ursachen für das unbefriedigende Abschneiden unserer Partei im Zwickauer Oberland genannt: Menschen wollen klare Aussagen zur Asylpolitik von der Parteispitze (siehe Sahra Wagenknecht); die Stellungnahme der Parteivorsitzenden nach der Europawahl beschäftigte sich zu wenig mit unserem Abschneiden, sondern mit dem der SPD; hinzu kommt der Umgang mit Sara Wagenknecht. Die Bevölkerung unterscheidet nicht mehr zwischen Bundes- und Kommunalpolitik, unser Ruf als Kümmererpartei ging weitgehend verloren.

Es wurde aber auch deutlich, dass das Empfinden der Parteimitglieder zu den verschiedenen Fragen und Positionen durchaus unterschiedlich ist. Dies ist verständlich, da wir in einer Zeit leben, die uns einiges abverlangt – an Standfestigkeit, Mut sowie flexiblem Handeln und Denken, ohne unsere Grundpositionen aufzugeben.

• Silvia Bauer

Ein Tag mit Katja Kipping

Anlässlich ihrer Sommertour konnten wir unsere Parteivorsitzende Katja Kipping durch unseren wunderbaren Landkreis begleiten. Wir starteten bei der Teigwaren Riesa GmbH, wo wir beeindruckende Beschäftigte trafen, die trotz aller Widerstände die Gründung eines Betriebsrates durchgesetzt haben.

Dann ging es nach Meißen, wo wir im Auftrag unserer Bundestags- und der Landtagsfraktion Spendenschecks an den Verein Ein Haus für Vieles e.V. übergeben haben, damit das diesjährige Kinderferienlager wieder Kindern aus finanziell schlechter gestellten Familien offen stehen kann – zusammen mit einer Spende unserer Landtagsabgeordneten Kerstin Lauterbach insgesamt 1.100 €. Es ist wunderbar, wie dieser Verein im Ehrenamt so viel leistet.

Danach trafen wir in der Meissner Schwerter Privatbrauerei auf den Geschäftsführer Eric Schäffer und seinen Braumeister, die uns über den Werdegang des Unternehmens, die Probleme mit der zunehmenden Bürokratie und ihre Sicht auf die Diskussionen um die Marke Meißen unterrichteten. Wunderbar war es zu erleben, dass es einem Unternehmen tatsächlich um regionale Wirtschaftskreisläufe, Verankerung

in der Stadt und mal nicht um unendliches Wachstum gehen kann. Vom Bier ging es dann zum Wein aufs Weingut Marienberg, wo uns die wortgewaltige Winzerin Anja Fritz zum „Kaffeeklatsch mit Kipping“ empfing. Sie hat quasi aus dem Nichts ein Kleinod erschaffen und uns sowohl für das Land, als auch für den Bund einige Hausaufgaben mit auf den Weg gegeben – etwa zum Fachkräftemangel.

Bestätigt wurde diese Problematik durch die Unternehmer*innenfamilie Ingolf und Carola Brumm – zwei Menschen, die trotz vieler Niederschläge,

Angriffe und Anfeindungen bewiesen haben: man muss Mensch bleiben und die Klappe aufmachen. Selbiges taten wir und die zahlreichen Bürger*innen dann auch bei unserer Abendveranstaltung zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Wir haben uns sehr darüber gefreut, wie offen alle diskutiert haben und eines ist klar dabei herausgekommen: das BGE bietet die Chance, unser Land sozialer, gerechter und vor allem Demokratischer zu machen. Wir bleiben dran!

• Tilo Hellmann, Erik Richter, Daniel Borowitzki, Karl Sternberger



Erzählt mir doch nicht, dasset nich jeh!

„Das ist es, was Sozialpolitik im besten Falle erreichen kann: daß Menschen, vom Staat ausreichend unterstützt, ermutigt und gefördert, für ihr eigenes Leben und für die Probleme ihres gesellschaftlichen Umfelds Verantwortung fühlen und wahrnehmen.“ So beendeten Franz Sodann und ich unsere diesjährige Lesung aus Regine Hildebrandts Buch „Was ich denke“ zum Literaturfest Meißen. Erstaunlich, wie wenig Regine auch nach 25 Jahren an Aktualität verloren hat. Was hätte sie uns wohl heute zu sagen? Wahrscheinlich: „Nun macht ma hinne, ick hab nich ewich Zeit!“ Ihre Zeit war tatsächlich viel zu kurz. Es ist nun an uns, dass wir endlich in die Puschen kommen und gegen die Spaltung in unserer Gesellschaft etwas tun. Ich bin bereit!

• Tilo Hellmann

Wir können auch jung!

Die Kommunalwahl ist kaum vorbei, schon folgt der Landtagswahlkampf. Im Kreis Meißen treten Uta Knebel, Tilo Hellmann, Erik Richter und Daniel Borowitzki als Direktkandidaten an. Daniel Borowitzki sprach mit Erik Richter.

Erik, wie ist es für Dich, zum ersten Mal zu kandidieren?

Sehr aufregend! Der Wahlkampf bedarf einiger Planung, um alles neben einem Vollzeitjob hinzubekommen. Der Rückhalt, den ich von einigen Genossinnen und Genossen bekomme, hilft sehr. An dieser Stelle möchte ich Manuel Matzke ml ein dickes Dankeschön aussprechen!

Du bist das neue junge Gesicht der Riesaer LINKEN. Wie reagieren die Menschen darauf?

Tatsächlich reagieren die meisten Menschen um mich herum erfreut! Das hätte ich so nicht gedacht. Viele meinen, dass es junge Gesichter braucht. Dabei ist mit Jung nicht zwingend das Alter gemeint, sondern eher die frischen Ideen und die nötige Packung Motivation.

Nimmt man Dich trotz Deines Alters ernst?

Respekt sollte vom Alter unabhängig sein. Natürlich gibt es überall die Generation, die das Gefühl hat, dass man als junger Mensch ihnen die Show stiehlt. Da muss man durch Handeln überzeugen. Die Jungen können von den Älteren und die Älteren von den Jungen lernen.

Hast Du auch schon negative Erfahrungen gemacht?

Wo Licht ist, ist Schatten. Solche Situationen helfen, sich zu reflektieren. Denn wenn das Selbstbild und das Bild, das andere von einem haben, nicht übereinstimmen, ist man unglaubwürdig.

Du warst auch zum ersten Mal auf einer LVV und hast dort kandidiert. Wie hat sich das angefühlt?

Ich war die Tage zuvor super aufgeregt! Ich kannte die LVV ja bisher nur aus Erzählungen. Da hieß es, dass es ein „Hauen und Stechen“ gäbe. Daher war ich ein wenig enttäuscht, dass dieses Szenario weitestgehend ausblieb. Der eigentliche Schauplatz war jedoch nicht auf der Bühne, sondern Drumherum. Man konnte genau sehen, wer für wen Sympathie oder Antipathie empfand. Da wurden beispielsweise bei Reden oder wichtigen Abstimmungen dazu der Raum verlassen. Sowas ist kleinlich und hat mit „Fortschritt und Zusammenhalt“, wie das Motto lautete, nicht viel zu tun. Dennoch war es eine sehr interessante und lehrreiche Veranstaltung. Man konnte super netzwerken und hat viele nette Menschen kennengelernt.

Was hast Du Dir für die nächste Zeit vorgenommen?

Das Hauptaugenmerk liegt auf dem Wahlkampf. Dort heißt es, möglichst viele Stimmen für DIE LINKE zu erreichen! Die Umfragewerte zeigen ja eine sehr starke blaue Tendenz und das dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Weiterhin möchte ich wichtige Arbeit an der Basis leisten. Es gibt viel zu tun!

Uta Knebel stellt sich den Bauern

Ländlicher Raum – Phrase oder Aufgabe? Im Wahlprogramm erscheint der Begriff an 21 Stellen. Hauptsächlich zu Themen, die sich Städter gut vorstellen können, weil diese auch in der Stadt vorkommen – wenn auch weniger problematisch: Wohnen, Schul- und Berufsbildung, Kunst und Kultur, Daseinsvorsorge, Energie und Kohleumstieg, Breitbandversorgung.

Am 20. Juni trafen sich in Peritz – auf Einladung eines Getreidegroßhändlers – Landwirte aus dem Wahlkreis 37 mit politischen Fragen zur Landtagswahl. Vertreter von FDP, SPD und DIE LINKE stellten sich. Nicht erschienen war ein Vertreter der Grünen. Rund 100 Landwirte brachten Unmut über Politik zum Ausdruck. Sie unterscheiden kaum nach Europa-, Bundes- und Landesebene. Sie wollen leben und arbeiten – und erwarten das auch von den Parteien. Planbare Politik ist von größter Bedeutung vor dem Hintergrund teurer Investitionen, die in der Landwirtschaft notwendig sind. Nun klingt ja „Planwirtschaft“ nicht so gut. Eine unsichere Zukunft für die Landwirtschaft aber vertreibt junge Leute. „Was kann die Politik tun, dass unsere Kinder hier eine Zukunft haben? Wann wird etwas für den ländlichen Raum wirklich getan?“ Zurzeit fassen viele im ländlichen Raum unsere Offensive „Ländlicher Raum“ als Phrase, um nicht zu sagen als Hohn auf.

Der AfDler suchte mit oberflächlichen Marx-Kenntnissen die Ursachen aller Nöte in der Monopolisierung in der Landwirtschaft. Welche Lösung er anbieten kann, wenn seine Partei in Regierungsverantwortung stehen sollte, ließ er offen. „Es ist halt, wie es ist.“ Ökonomisch bemerkenswert fand Uta Knebel die Aussagen bezüglich preiswerter Getreidekäufe in der Ukraine mit den Folgen für unsere Erzeuger-Preise, zu denen die Bauern finster schwiegen. Die Reform der Grundsteuer (Regelungen auf Landesebene) war noch nicht bei den Landwirten angekommen. Darüber, was das für sie bedeuten wird, können wir sie informieren, sobald Aussagen der Landesregierung vorliegen.

Persönliche Begegnungen am Rande und nach der Veranstaltung zeigten, dass wir als Gesprächspartner ausdrücklich gesucht werden. Ein Gefühl der Bedrohung vermittelt den Landwirten allerdings plakative Aktionen auch unserer Partei gegen Glyphosat. Sie fordern Alternativen, die es auch gibt. Hier könnten wir mit offensiver Aufklärung punkten.

Dank guter persönliche Gespräche nach der Podiumsrunde wird Uta Knebel den Dialog persönlich fortsetzen. Ein Päckchen Visitenkarten in ihrer Mappe ruft nach Dauerkontakt. Nicht jeder Kandidat ging damit nach Hause.

• Reinhard Heinrich

Lust auf DIE LINKE? Sei dabei!

Kreisvorstandsklausur stellt die Weichen für den Landtagswahlkampf

Am 1. September 2019 findet die Landtagswahl in Sachsen statt. Gemeinsam haben wir auf unserer Kreisvorstandsklausur am 29. Juni 2019 den Landtagswahlkampf vorbereitet. Mit fünf Wahlkampfteams in den Wahlkreisen 52 bis 56 starten wir ab 23. Juli 2019 die Plakatierung im Kreisverband Bautzen. Wer Zeit und Lust hat, mit uns LINKEN den Wahlkampf aktiv zu gestalten, ist herzlich eingeladen. Wir kämpfen für eine starke linke Fraktion im Sächsischen Landtag. Bessere Bildung, Pflege, Gesundheit, Klimaschutz und Beseitigung der Armut sind wichtige Aufgaben für die Landespolitik – Deshalb am 1. September 2019 mit beiden Stimmen DIE LINKE wählen!

Öffentliche Wahl-Veranstaltungen im Landkreis Bautzen

■ 1. August, 18 Uhr: Bildungsforum mit MdL Marion Junge und MdL Cornelia Falken im Stadttheater Kamenz

■ 15. August, 18 Uhr: Buchlesung „Gottlose Type“ mit Bundestagsvize-

präsidentin Petra Pau im Bürgerbüro DIE LINKE. Kamenz, Grüne Straße 1

■ 21. August, 18 Uhr: Wahlforum der SZ mit Marion Junge in der Stadtwerkstatt Kamenz

■ 25. August, 10 Uhr: Politfrühschoppen mit MdB Katja Kipping im Biergarten La Piazza Kamenz

■ 27. August, 18 Uhr: Wahlforum der SZ mit Heiko Kosel im Steinhaus Bautzen

■ 28. August, 18 Uhr: Wahlforum der SZ mit Ralph Büchner im Bürgerzentrum „Braugasse 1“ Hoyerswerda

■ 29. August, 17 Uhr: Wahlforum des DGB im Stadttheater Kamenz

■ 30. August, 17-19 Uhr: Friedensfest mit MdB Caren Lay und Rockpoet Tino Eisbrenner auf dem Marktplatz Kamenz

■ 31. August, 11-15 Uhr: Familienfest mit Gregor Gysi in Hoyerswerda



Sommertour und Bürgerforum mit Katja Kipping in Bernsdorf

Der 5. Tag der Sommertour von Katja Kipping führte in die Lausitz nach Bernsdorf.

Im Waldbad Bernsdorf begrüßte uns das Betreiberpaar Familie Gläßer und wir diskutierten gemeinsam über die Situation im ländlichen Raum, speziell auch über die der öffentlichen Bäder.

Im Anschluss folgte das Treffen mit dem Geschäftsführer der KRABAT-Mühle Schwarzkollm gGmbH Tobias Zschieschick. Er berichtete authentisch und eindrucksvoll über das Engagement von hunderten ehrenamtli-

chen Helferinnen und Helfern, um die Kulturprojekte und Festspiele rund um die sagenumwobene Krabat-Mühle zu einem weit über die Grenzen der Lausitz bekannten und beliebten kulturellen Anziehungspunkt zu entwickeln.

Den Abschluss der Sommertour bildete das Bürgerforum im Bernsdorfer Gasthof „Grüner Wald“, wo Katja vor etwa 80 Gästen zur Situation nach den Kommunal- und Europawahlen sprach, aber auch über Wege hin zu neuen Mehrheiten in Sachsen und im Bund.



Wiedergutmachung für zerstörte sorbische Sprach- und Kulturräume!

Im Juli stimmte der Landtag gegen den Antrag der Linksfraktion „Handlungsstrategie zur Stärkung der Rechte der Sorbinnen und Sorben – Chance für die Entwicklung der Lausitz als Kompetenzregion für europäische Minderheitenpolitik im Strukturwandelprozess nutzen“ (Drucksache 6/17599). Dazu erklärt **Heiko Kosel, Sprecher für nationale Minderheiten:**

Wir wollen, gerade angesichts des Strukturwandels, auf offene Fragen bezüglich der Minderheitenpolitik hinweisen und zum Nachdenken anregen. Die brüske Ablehnung der Staatsregierung hat uns irritiert, zumal wir mit unserem Impuls auch einer Position des Ministerpräsidenten gefolgt sind. Kretschmer hatte am 4. Juli 2018

in Bautzen erklärt, dass er zwar nicht glaube, dass die Staatsregierung eine Novelle des Sorbengesetzes noch in dieser Wahlperiode anfangen werde, aber dass man sich schon jetzt Gedanken machen könne, was geändert werden müsse.

Der Handlungsbedarf ist groß. Während in den letzten fünf Jahren das Sorben/Wenden-Gesetz in Brandenburg zweimal substantiell novelliert wurde, ist in Sachsen das bloße Nachdenken über Reformbedarf unerwünscht. Unerwünscht ist auch eine Evaluierung des sorbischen Schulwesens – obwohl die Anwerbung tschechischer Pädagogen für das sorbische Bildungswesen mit einem Fiasko endete, anders als die Anwerbung polnischer Interessenten in Brandenburg.

Während in Brandenburg bereits die Vorbereitung der zweiten Direktwahl des dortigen Sorbenrates läuft, wird in Sachsen auch die nächste Wahl des Sorbenrates nur fremdbestimmt durch den Landtag erfolgen. In Brandenburg hat die Domowina das Verbandsklagerecht, in Sachsen nicht.

Schließlich der Strukturwandel in der Lausitz: Hier dürfen die Projekte zur Revitalisierung der sorbischen Sprache und Kultur nicht einer Konzentration auf vermeintlich harte Standortfaktoren zum Opfer fallen. Es muss auch dringend zum Grundsatz für weitere Verhandlungen werden, dass die Wiedergutmachung bergbaubedingter Zerstörung sorbischer Sprach- und Kulturräume zu einem wesentlichen

Bestandteil des Strukturwandels in der Lausitz wird.

Erfreut haben wir zur Kenntnis genommen, dass die Staatsregierung nach Einreichung unseres Antrages ihren 2. Maßnahmenplan zur „Ermutigung und zur Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache“ verabschiedet hat. Auch das Versprechen eines festen Sitzes für die Sorben im MDR-Rundfunkrat und die Einrichtung einer sorbischen Sprachschule für Erwachsene nehmen wir mit Freude zur Kenntnis, aber damit ist unser Antrag noch lange nicht erschöpft, denn er geht weit über diese Punkte hinaus.

Somit bleibt dem 7. Landtag ein langer sorbenpolitischer Aufgabenzettel.

Tür öffnen für kritische Parteidebatte in der LINKEN

Erklärung von *Sprecherinnen und Sprechern Landesweiter Zusammenschlüsse* der sächsischen LINKEN nach den Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai 2019

Die Ergebnisse unserer Partei bei der Europa- und den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019 haben uns schockiert. Sie kamen allerdings nicht unerwartet und die Ursachen sind in vielfacher Hinsicht hausgemacht. Die Wahlergebnisse liegen in Sachsen mit 11,7 Prozent (Europawahlen) bzw. 11,2 Prozent (Kommunalwahlen) deutlich unter denen für die sächsische PDS 2002 (17,7 Prozent), als diese mit vier Prozent die Bundestagswahlen katastrophal vergeigte.

DIE LINKE befindet sich in einer gefährlichen Krisensituation, die von der Parteiführung ignoriert bzw. mit rot-rot-grünen (richtiger: grün-rot-roten) Träumereien sogar noch verstärkt wird. Erfreulicherweise hat es nach dem 26. Mai 2019 aus der Partei diverse kritische Wortmeldungen zum Ausgang der Wahlen und zum gegenwärtigen Zustand der LINKEN gegeben. Mit einem Reader, in dem wir einen Großteil dieser uns bekannten Texte veröffentlichen, wollen wir insbesondere im Landesverband Sachsen dazu beitragen, eine kritische Debatte über die Ursachen dieser Entwicklung zu befördern. Wir setzen uns dafür ein, dass der nächste Bundesparteitag der LINKEN noch in diesem Jahr und nicht erst im Frühjahr/Sommer 2020 stattfindet. Wir müssen nach den drei ostdeutschen Landtagswahlen – und im Vorfeld einer möglichen vorgezogenen Bundestagswahl – die existenziellen strategischen Fragen diskutieren, die für uns auf der Tagesordnung stehen.

Im besonderen Maße besorgniserregend für die gesellschaftliche und politische Entwicklung ist das Ergebnis der AfD, die stärkste Partei in Sachsen wurde. Gemeinsam mit der demokratischen Zivilgesellschaft sind wir aufgefordert, Nationalismus und Rassismus konsequent entgegenzuwirken. Wir sind uns bewusst, dass diese Entwicklung im Wesentlichen ihre Ursachen in der Missachtung der Rechte der Ostdeutschen nach dem Anschluss der DDR, dem Ausbleiben „der blühenden Landschaften“ und der jahrzehntelangen Kahlschlags-Politik der CDU haben. Diesen bleibenden tiefen Verletzungen haben wir LINKEN in Ostdeutschland in den letzten Jahren weniger und weniger Beachtung geschenkt. Das haben Millionen von Menschen, deren Lebensgrundlage durch die Verbrechen der Treuhänder, und durch die Hartz-IV-Gesetze zerstört worden ist, als Anpassung betrachtet.

Als Partei haben wir die Verpflichtung, konsequent für mehr soziale Gerechtigkeit im Besonderen für die lohnabhängig Beschäftigten und sozial be-

nachteiligten Menschen zu kämpfen. Es muss dabei deutlicher werden, für welches eigenständige Gesellschaftskonzept wir als linke Kraft bundesweit und in Sachsen stehen. Mit dem in unserer Partei anwachsenden Streben nach Regierungs- und Koalitionsfähigkeit geht im Gegensatz zu diesen Erwartungen die Gefahr einher, unser Profil als sozialistische Partei weiter abzuschwächen oder gar zu entsorgen.

Als LINKE in Sachsen, dem Bundesland mit der stärksten Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, sind wir besonders gefordert. Wir müssen nachvollziehbare politische Lösungsvorschläge anbieten, die für die Mehrheit der Menschen – insbesondere die lohnabhängig Beschäftigten – in ihrem Alltag relevant, realistisch und umsetzbar sind. Nur dafür erhalten wir ihr Vertrauen und ihre Unterstützung. Leider müssen wir resümieren, dass dies uns in den letzten Jahren immer weniger gelungen ist. Allzu oft wurden vordergründig Personaldiskussionen geführt, die mehr mit internem Machtgerangel zu tun hatten als mit politischem Meinungsstreit. Allzu oft zielten unsere Politikangebote nur auf eine urbane intellektuelle Klientel – zu

„Niedergang hat alte und neue Ursachen“

Erklärung der Mitgliederversammlung vom Liebknecht-Kreis Sachsen am 14. Juni 2019 (Auszug)

„(...) Die derzeitige Führung der LINKEN ist offensichtlich nicht in der Lage, der Partei eine tragfähige strategische Orientierung für linke Politik zu geben. (...) Auch in Sachsen ist die derzeitige innerparteiliche Situation sehr unbefriedigend. Die Partei wirkt nach dem Wahldesaster vom 26. Mai geschockt, von der Landespitze und dem Spitzenkandidaten gingen und gehen kaum Impulse aus, die drohende Wahlniederlage abzuwenden und den Landesverband in seiner ganzen Breite zu mobilisieren. Es passiert eher Gegenteiliges: das Aufstellungsverfahren für die Landesliste, der Listenvorschlag und dann die Wahl der Landesliste auf der LVV am 6. April in Leipzig offenbarte gravierende strategische und personelle Defizite der sächsischen LINKEN. Fachliche Kompetenz bei landespolitischen Schwerpunktthemen, berufliche Vernetzung mit der Gesellschaft und strömungsübergreifender Pluralismus spielten faktisch keine Rolle. (...)“



unkonkret und irrelevant für die Mehrheit der Menschen. Auch unser friedenspolitisches Profil wurde immer weniger thematisiert, und das angesichts der zunehmend aggressiven Politik gegen die Russische Föderation. Solch eine Gleichgültigkeit gegenüber wichtigen Themen unserer Wählerschaft muss endlich ein Ende haben. Als eine existenzielle Aufgabe der Mobilisierung für einen erfolgreichen Landtagswahlkampf sehen wir die Motivation der Mitglieder in unserem Landesverband an. Nach unserer Auffassung ist es eine unerlässliche Voraussetzung für eine Trendumkehr, dass alle Mitglieder und Strukturen des Landesverbandes gleichberechtigt zusammen wirken müssen. Zwei Vorschläge dazu:

1. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre die stärkere Einbeziehung der Landesweiten Zusammenschlüsse/Strömungen in die Beratung und Diskussion von Beschlüssen sowie in die Entscheidungsfindung im Landesvorstand. Als Landesweite Zusammenschlüsse und Strömungen möchten wir uns mit unserer Kompetenz und inhaltlichen Ausrichtung mehr einbringen. Die Zusammenschlüsse/Strömungen in unserer Partei sind mehr als nur Nischen und Bewahrer linker Traditionen und Werte, auf die wir in der jetzigen Zeit allerdings gezielter zurückgreifen sollten.

2. Darüber hinaus ist mittelfristig die wesentlich stärkere Einbindung der Basis in die politischen Entscheidungsprozesse des Landesverbandes unerlässlich. Der Prozess wurde mit der Kampagne „Basis ist Boss“ zwar eingeleitet, war jedoch bislang nur be-

dingt erfolgreich. Wir schlagen nunmehr die gezielte Weiterführung dieses Prozesses vor. Unter dem Motto „Der Basis ihre Stimme“ fordern wir, dass wir die stärkere Beteiligung der Basis beim Zustandekommen von Beschlüssen und Strategien unserer Partei auch dadurch sicherstellen, dass ab dem kommenden Parteitag die Mandate auf Landesparteitagen und Landesvertreterversammlungen, Stadt- und Kreisparteitagen mit einem Quorum von mindestens 75 Prozent Genossinnen und Genossen vorbehalten sind, die keine hauptamtliche Tätigkeit in der Partei ausüben bzw. ein Parlamentsmandat innehaben oder bei einem Mandatsträger beschäftigt sind.

- Ralf Becker, Sprecher der LAG Frieden und Internationale Politik
- Gabi Eichner, Sprecherin Sozialistische Linke
- Roland Fleischer, Sprecher Kommunistische Plattform Sachsen
- Kay Hanisch, Sprecher Antikapitalistische Linke Sachsen
- Thomas Kachel, Sprecher LAG Frieden und internationale Politik
- Kathrin Kosche, Sprecherin LAG Hartz IV
- Dr. Volker Külöw, SprecherInnenrat Liebknecht-Kreis Sachsen
- Prof. Dr. Ekkehard Lieberam, Sprecher Marxistisches Forum Sachsen
- Thomas Michaelis, Sprecher LAG Betrieb & Gewerkschaft
- Jürgen Vogelsang, Sprecher LAG Deutsch-Russische Freundschaft
- SprecherInnenrat LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Weitere UnterzeichnerInnen

- Matthias Eichner, Sozialistische Linke Sachsen
- Heidi Gläß, Liebknecht-Kreis Sachsen
- Hans Jürgen Karger, Sozialistische Linke Sachsen
- Sonja Karger, Liebknecht-Kreis Sachsen
- Marianne Küng-Vilbrand, Liebknecht-Kreis Sachsen
- Dr. Helga Lemme, LAG Frieden und internationale Politik
- Felix Muster, Sozialistische Linke Sachsen
- Annett Posselt, Liebknecht-Kreis Sachsen/Sozialistische Linke Sachsen
- Dr. Dietmar G. Rode, Liebknecht-Kreis Sachsen
- Elisabeth Schällebaum, Sozialistische Linke Sachsen
- Lars Stöckner, Sozialistische Linke Sachsen
- Andreas Storch, Liebknecht-Kreis Sachsen/Sozialistische Linke Sachsen
- Frank Peter Zucker, Liebknecht-Kreis Sachsen

Die Veranstaltungen zum 1. Mai 2019 gaben mir Gelegenheit, mit verschiedenen Sympathisanten der LINKEN über unsere Politik und ihr Wirken auf die Bevölkerung zu sprechen. Bedauerlich für mich ist dabei die Feststellung, dass die LINKE durch viel Gezänk und öffentliche gegenseitige Beschuldigungen aufgefallen ist. Das kann nicht mit Pluralismus entschuldigt werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Artikel von Stefan Hartmann in dieser Zeitung, Nr. 3/2019, verweisen. Stefan Hartmann hat ausführlich in seinem Artikel – „Widersprüche in der LINKEN“ – zum Pluralismus geschrieben. Als Fazit entnehme ich seinen Ausführungen, dass es positiv sei, wenn bei der LINKEN mehrere Meinungen nebeneinander existieren. Letztendlich gibt es aber doch immer nur eine Wahrheit. Die kann nur ergründet werden, wenn die unterschiedlichen Argumente direkt verglichen und ausdiskutiert werden.

Dabei muss der Grundsatz bestimmend sein, dass die Logik der Argumente zählt und nicht die Autorität, die hinter einer Aussage steht. Zum Beispiel ist die Funktion „Mitglied des Parteivorstandes“ unerheblich bei der Beweisführung. Stefan Hartmann hat in seinem Artikel die Ausdrucksweise von Ralf Becker scharf kritisiert, die dieser bei der Bewertung von politischen Positionen von Axel Troost gebrauchte. Er fährt meines Erachtens schweres Geschütz auf, wenn er behauptet, dass Ralf Becker mit seiner Art die politische Pluralität, die „das Fundament unserer Existenz“ bildet, beseitigen würde. Sicherlich könnte man die zitierten Formulierungen als teilweise überzogen ablehnen, aber wichtig sind doch letztendlich die Inhalte. Ich habe aber beim Lesen des Artikels von Stefan Hartmann nicht nur keine eigene Meinung zu den Themen des Disputs zwischen Ralf Becker und Axel Troost gefunden, sondern nicht einmal einen einzigen Gedanken dazu.

Politische Pluralität darf nicht dazu führen, dass man mit Fakten, insbesonde-

Pluralismus – Erkenntnisgewinn oder Verwirrspiel?

Rolf Unger (Stadtverband Chemnitz, Gesprächskreis Politische Ökonomie)
über Debatten zum Gestern und Heute

re auch historischen, umspringt, wie es einem gerade am besten passt: Der Artikel von Stefan Hartmann erinnerte mich an die Diskussionen zum Parteiprogramm der neugegründeten Partei DIE LINKE (beschlossen auf dem Erfurter Bundesparteitag 2011 und durch Mitgliederentscheid bestätigt). Stefan Hartmann hatte damals als Mitglied der Grundsatzkommission der LINKEN Sachsen dafür gesorgt, dass unsere Forderungen aus dem Stadtverband Chemnitz zu einer den historischen Fakten entsprechenden Darstellung der Spaltung Deutschlands nicht in den historischen Teil des Parteiprogrammes aufgenommen wurden: Es ging um die von den West-Alliierten, angeführt von den USA, eingeführte separate Währungsreform 1948. Die im Parteiprogramm enthaltenen diesbezüglichen Formulierungen im Abschnitt „Woher wir kommen, wer wir sind“ sind eine unzulässige Vereinfachung! Es fehlt die klare Aussage, dass in einem Unrechtsakt von internationalem Ausmaß die Festlegungen des Potsdamer Abkommens zur Entwicklung Deutschlands von den West-Alliierten verlassen wurden. Hervorgehoben werden muss dabei, dass das Potsdamer Abkommen für Deutschland eine Wirtschafts- und Staatsform analog Österreichs vorsah, also einen einheitlichen, militärisch

neutralen Sozialstaat. Darauf beharrte die Sowjetunion, nicht etwa auf Sozialismus oder gar Kommunismus!

Hinzu kam der wirtschaftspolitisch schwerwiegende Fakt, dass die sowjetische Besatzungszone von den Rohstoff- und Industriemitteln des hochentwickelten Industriestaates Deutschland abgetrennt wurde. Diese historischen Fakten werden nach wie vor von den herrschenden Kreisen verschwiegen. Sie sind aber für die aktuelle Politik wichtig: Es wird immer wieder auf den Unrechtsstaat „DDR“ eingehackt, z. B. auch in der „Rot-Rot-Grünen“ Koalitionsvereinbarung in Thüringen. Ich frage mich, was die ehemalige DDR mit der jetzigen Landespolitik in Thüringen zu tun hat? Wenn die Grünen schon den Auftrag hatten, bei allen Koalitionsgesprächen das Thema „DDR“ ins Gespräch zu bringen (siehe auch NRW und Sachsen), so hätte man doch von Seiten der LINKEN fordern müssen, in einer Geschichtskommission die generelle Entwicklung in Deutschland nach 1945 aufzuarbeiten. Davor scheuen sich aber sowohl die heute herrschenden Kreise in der Bundesrepublik als auch einflussreiche Gruppierungen in der LINKEN.

Bei allem Pluralismus, den Stefan Hartmann in seinem Artikel ausführlich als

etwas Positives in der Partei darlegt, ist es m. E. doch auch erforderlich, offensichtliche Tatsachen so zu benennen, wie sie nun einmal waren. Ohne die DDR schön reden zu wollen, war sie hinsichtlich der Rohstoffreserven, der Industriepotentiale und der Reparationslasten doch erheblich gegenüber Westdeutschland nach der Spaltung 1948 benachteiligt. Diese Tatsachen haben nichts mit Überlegenheit des Kapitalismus gegenüber dem Sozialismus zu tun. Sie entschuldigen jedoch auch nicht Fehler des sowjetischen Wirtschaftssystems, dass zum bestimmenden System in der DDR nach 1948 wurde.

Die ökonomische Unterlegenheit der DDR gegenüber der alten BRD wird jedoch immerzu genutzt, um den Sozialismus-Gedanken generell zu diskreditieren, was ja für oberflächlich denkende Menschen auch leicht eingängig ist. Hinzu kommt, dass Erkenntnisse einer kritischen Bewertung der DDR-Praxis durch erfahrene Wirtschaftler nicht weitergegeben werden, auch nicht innerhalb der LINKEN.

In diesem Jahr jährt sich zum 70. Mal die Gründung der beiden deutschen Staaten. Es steht die Frage im Raum: Wie ehrlich, d. h. für mich wie umfassend werden alle Zusammenhänge, die der Staatengründung vorausgingen, genannt oder werden wieder mit Halbwahrheiten die Meinungen in die gewünschten Richtungen gedrückt? Es ist m. E. erforderlich, dass linke Kräfte, die einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einem echten Sozialstaat bewirken wollen, die oben angesprochenen Tatsachen zur Nachkriegsgeschichte wiederholt klar und deutlich in der Öffentlichkeit ansprechen müssen. In diesem Sinne vermissen ich nach wie vor von Stefan Hartmann eine klar begründete Positionierung zu den von mir genannten Fakten des Teilungsprozesses in Deutschland. Geschichtliche Fakten sind eben nicht „pluralistisch“ beliebig. Welche Standpunkte gibt es dazu noch von anderen Genossen?

Reader zur Parteidebatte

Die Debatte in der LINKEN über die Ursachen des Desasters bei den EU-Wahlen am 26. Mai hat erst begonnen, wird aber schon mit ziemlicher Schärfe geführt. Die Vielfalt der Stellungnahmen ist dabei für das einzelne Parteimitglied kaum noch überschaubar, die Kritik an der Parteiführung nimmt vernehmlich zu. Um der interessierten Parteibasis einen Überblick zum bisherigen Diskussionsstand zu ermöglichen, hat der Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS) rechtzeitig zum Landesparteitag am 22. Juni in Chemnitz als Heft 8 seiner Schriftenreihe einen Reader mit 15 entsprechenden Texten veröffentlicht, die in chronologischer Reihenfolge präsentiert werden.

Neben bundespolitisch bekannten Namen wie Thies Gleiss, Horst Kahrs, Katja Kipping, Lucy Redler, Jörg Schindler und Raul Zelik kommen auch Autoren aus Sachsen wie Antje Feiks und Tho-

mas Dudzak zu Wort; selbstverständlich fehlen nicht die Erklärungen vom LKS und den Sprecherinnen und Sprechern Landesweiter Zusammenschlüsse der sächsischen LINKEN zu den Wahlergebnissen vom 26. Mai. Die kritischsten Töne schlägt der von Hans Modrow geführte Ältestenrat an. Der „Markenkern unserer Partei als fundamentale Gegnerin des kapitalistischen Systems und als konsequente Vertreterin ostdeutscher Belange“ drohe verloren zu gehen. Das offizielle Erscheinungsbild werde, so konstataren es die Mitglieder des Ältestenrates, „durch eine Mischung von pseudo-professioneller Langeweile und links-grünen Attitüden bestimmt.“

Den Abschluss der Broschüre bildet ein Interview, das die marxistische Tageszeitung „junge Welt“ in ihrer Wochenendbeilage vom 15./16. Juni 2019

veröffentlicht hat. Der Leipziger Rechtswissenschaftler und Vorsitzende des Marxistischen Forums Sachsen, Ekkehard Lieberam, komprimiert hier in gelungener Art und Weise die Darlegungen aus seinem unlängst erschienenen Büchlein „Am Krankenbett der Linkspartei – Therapie: Mehr Marx als Murks“. Zur Frage, wie tief die gegenwärtige Krise der Partei reicht, antwortet Lieberam: „Ich vergleiche sie mit der Existenzkrise der PDS nach der Bundestagswahl 2002 (...) Ihren Status als erste Adresse des Protests gegen Prekarisierung, soziale Ungleichheit, Kriegspolitik und Umweltzerstörung hat die Linkspartei verloren. Sie wird in wachsendem Maß mit ‚denen da oben‘ gleichgesetzt. Hinzu kam zuletzt der Glaubenskrieg ohne reale Grundlage gegen Sahra Wagenknecht.“

• V.K.

Tür öffnen
für kritische
Parteidebatte in der
LINKEN
Reader

8

Viel Arbeit haben wir als Jugenddelegation in die Vorbereitung des Parteitages gesteckt, und das war auch nötig! Über 80 Seiten Programm und 186 Änderungsanträge daran wollten minutiös durchgearbeitet und auf Verbesserungsbedarf abgeklopft werden. 19 Änderungsanträge waren von uns. Diese deckten einen bunten Strauß an Themen ab, etwa die Forderung nach dem Legalisieren des Containers (also des Durchstöberns weggeworfener Lebensmittel aus Supermärkten), nach einer Grundsicherung für Azubis in Höhe von monatlich 1.050 Euro, nach der Entkriminalisierung aller Drogen auf lange Sicht, nach Schaffung und Erhalt jugendkultureller Einrichtungen (Jugendzentren, Graffitiwände, Skateparks, ...) und dem Einsatz für Jugendbeteiligungsforen, also Möglichkeiten zur Partizipation junger Menschen. Diese Forderungen gehen über die mittlerweile bereits etwas verbreiteten Jugendparlamente noch hinaus.

All diese Linksjugend-Forderungen haben durch Übernahme oder Abstimmung des Parteitages ihren Weg in das Landtagswahlprogramm gefunden. Das gilt auch für eine klarstellende Formulierung zur Forderung nach einem kosten- und fahrscheinfreien ÖPNV, zum klaren Standpunkt zur Enteignung von Wohnungskonzernen und dazu, dass wir öffentlich Maßnahmen wie U27-Quoten für kommunale Gremien diskutieren wollen (wir schlagen in unserem Landesjugendwahlprogramm eine solche Quote von zehn Prozent vor).

15 unserer Anträge wurden entweder vom Landesvorstand oder dem Parteitag angenommen, zwei zogen wir zu-

Zusammenhalt und wirklicher Fortschritt

Daniel Peisker über den Landesparteitag in Chemnitz



rück, da gleichlautende Anträge übernommen wurden und lediglich zwei wurden leider abgelehnt: Unsere Kri-

tik am Begriff der „klassischen“ Familie sowie unsere Auffassung, dass das Hauptproblem der sächsischen Polizei

nicht der Personalmangel ist, sondern eine falsche Verteilung und Aufgabepriorisierung. Aber hey, hier ist es uns gelungen, diese Themen zu setzen und die Diskussion zu befördern.

Der absolute Kracher und das unumstrittene Highlight ist für uns jedoch die Annahme unserer langjährigen Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht für alle Menschen ungeachtet ihres Lebensalters – prägnant formuliert: Das Wahlalter 0. Dass der Parteitag sich hierfür entschieden hat, stellt einen absoluten Meilenstein dar und wir danken den Delegierten für den Mut, sich mit dieser so radikalen wie richtigen Entscheidung aus der Komfortzone herauszuwagen. Es ist an der Zeit, endlich dem Grundsatz zu folgen, dass alle Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, auch die Möglichkeit zum Mitbestimmen haben müssen.

Insgesamt werten wir diesen Landesparteitag als Erfolg und in gewisser Weise auch als Honorierung der Arbeit, die viele Linksjugendliche in allen Teilen Sachsens seit vielen Jahren leisten und für unsere progressiven Positionen werben. Wir stehen hinter dem Landtagswahlprogramm und werden mit unserer eigenen Kampagne, die wir seit Monaten intensiv vorbereiten, unseren Teil zu einem guten Ergebnis am ersten September beitragen. Fühlt euch bitte alle herzlich eingeladen, an unserem Jugendkampagnenauftritt am 26. Juli in Dresden teilzunehmen ;).

Es wird ein anstrengender Sommer, aber wir haben Bock – jetzt mehr denn je! Auf geht's, ab geht's!

Das war das Pfingstcamp 2019!

Wie üblich verschlug es viele Mitglieder und Sympathisant*innen der Linksjugend Sachsen über Pfingsten nach Tschechien, wo in Doksy das inzwischen 21. Pfingstcamp stattfand. Wie jedes Jahr gab es vier Tage lang Programm mit Workshops, Vorträgen, Ständen und Musik von Black Metal über Punkrock bis Techno. Um den Aufwand, der von vielen Ehren- und ein paar wenigen Hauptamtlichen betrieben wurde, zu erahnen, hier das Pfingstcamp 2019 in Zahlen: 639 Menschen aus 13 Bundesländern (plus ein paar Nachbarstaaten) nahmen teil, es spielten 34 verschiedene Bands bzw. DJs, 41 Vorträge und Workshops wurden gegeben und dazu gab's neun Kulturbeiträge wie Lesungen, Shows oder Filmabende. Hinzu kamen mehrere Info- und Verkaufsstände, neben unseren Freund*innen vom Infoladen Zittau (am 1.9. in Zittau Yoko aka Tuomo Neumann wählen!) war es uns eine Freude, erstmals das Treibhaus Döbeln mit einem Siebdruck- und Infostand bei uns zu haben, unser Dank geht außerdem an das reich&schön Kollektiv raus, die feierwütige Menschen auch nachts mit leckerem veganem Essen versorgt haben.

Für das visuelle Erleben war auch in diesem Jahr unsere Dekocrew verantwortlich, die den post-CSSR-Flair des

Bungalowdorfes mit Lichtinstallationen, einem Wohnzimmer um Wald, dem wundervoll dekorierten After-Hour-Space, unserer neuen Kreativecke und vielem mehr unterstrich.

Das Pfingstcamp ist ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer*innen nicht zu stemmen. Allen voran danken wir der großartigen Prinzessinnen-Crew, die rund um die Uhr im Einsatz war. Nicht zu vergessen ist auch die Aufbau-Crew, die bereits am Mittwoch vor Ort war, um das auf Paletten und in Kisten verpackte Camp herzurichten. Ein Riesendank gilt zudem der Ton- und Lichttechnik, den Fahrer*innen, der Info-Café-Betreuung, der Kinderbetreuung, dem A-Team, der Safer-Camping-Struktur, der Anmeldung und und und. Ohne euch läuft nix! Wir hoffen, dass ihr es genauso genossen habt wie wir und nächstes Jahr wieder am Start seid im Land der lachenden Rehe.

Wie immer gilt: Nach dem Camp ist vor dem Camp! Wir starten bald mit der Vorbereitung für 2020. Am 14. September wird es um 13 Uhr im LinXXnet in Leipzig ein erstes Orga-Treffen geben, das wie immer für alle offen ist. Wir freuen uns über neue Köpfe und neue Ideen, um auch nächstes Jahr wieder ein tolles Camp auf die Beine zu stellen.

Wahlalter Null?

Um Missverständnissen vorzubeugen, hier eine Argumentationshilfe fürs Wahlalter 0 – also dem passiven und aktiven Wahlrecht für alle Menschen ungeachtet ihres Alters. Das wichtigste Argument: Jede Altersgrenze ist willkürlich und produziert einen Ausschluss. Stattdessen müssen alle von politischen Entscheidungen betroffenen Menschen mitbestimmen dürfen. Weitere Infos unter gleft.de/2ZV

Kinder sind zu jung und unreif, um solche Entscheidungen zu treffen.

Ab wann ist man* zu jung für etwas? Ist das nicht von Mensch zu Mensch unterschiedlich? Man* kann nicht messen, ob und wann ein Mensch reif genug ist, um wählen zu können. Bei älteren und vermeintlich reiferen Menschen misst dies auch niemand nach und das ist auch gut so.

Junge Menschen sind zu leicht zu beeinflussen.

Das sind Erwachsene nicht weniger. Junge Menschen sind, trotz der dringend zu verbessernden politischen Bildung in den Schulen, oftmals besser informiert und absolut fähig, die politische Lage zu bewerten. Außer-

dem versucht doch auch niemand, älteren Wähler_innen das Wahlrecht zu entziehen, nur weil sie weniger informiert oder gebildet erscheinen, oder?

Die wählen dann doch, was ihnen ihre Eltern erzählen!

Das ist exakt die These, mit der Mann versucht hat, Frauen ihr Wahlrecht abzuspüren. Glücklicherweise wissen wir, dass Frauen* und auch junge Menschen einen eigenen Willen haben und diesen auch äußern sollen.

Junge Menschen wählen unter Umständen besonders „extreme“ Parteien.

Abgesehen davon, dass wir uns nicht auf das absurde Spielchen der Extremismustheorie einlassen, ist es alles andere als demokratisch, Menschen aufgrund ihrer möglichen Wahlentscheidung von einer demokratischen Wahl auszuschließen. Macht ja aktuell immerhin auch niemand.

Ihr wollt also, dass Babys und Kleinkinder an die Wahlurne gezerrt werden?

Nein. Wir wollen, dass alle, die wählen gehen wollen und sich bereit fühlen, dies auch tun können.

Aufrappeln und weiter so? Reicht nicht!



EUROPEAN UNITED LEFT /
NORDIC GREEN LEFT
EUROPEAN PARLIAMENTARY
GROUP

Cornelia Ernst, eine der leider nur fünf LINKEN im Europaparlament, fordert nach der Europawahl eine echte Mannschaftsleistung

Vierzehn Tage nach der Europawahl zeigt ein Blick in die neue, linke Fraktion im Europaparlament das ganze Ausmaß der Verluste: Die beiden Spitzenkandidaten der Europäischen Linken wurden nicht gewählt. Wir haben 40 Abgeordnete und sind damit die kleinste Fraktion (Die zweite rechte Fraktion „Identität und Demokratie“, in der sich Rechtsextremisten um Le Pen, Strache, Salvini und Meuthen zusammenrotten, hat 67 Mitglieder.).

Von 1983 bis 1989 gab es eine starke kommunistische Fraktion mit bis zu 44 (!) Abgeordneten. Nach der Wende kam der Zusammenbruch, es gab mehrere kleine linke Fraktionen. 1994 entstand dann die GUE/NGL aus den Kommunistischen und reformierten Parteien (GUE) und der nordisch-grünen Linken (NGL). Es ging bergauf. Ab 2014 waren wir so groß wie die grüne Fraktion und ein starker politischer Faktor im Parlament. Doch nun versucht der Kreis um Manfred Weber, eine proeuropäische Koalition aus der Konservativen Volkspartei gemeinsam mit Sozialisten und Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen zu schaffen – unter Ausschluss von uns Linken. O-Ton aus der grünen Fraktion: Ihr Linken seid antieuropäisch.

Statt über diese neue Situation nachzudenken, hat ein Postenschacher um die Wahl der Fraktions Spitze in der GUE/NGL begonnen. Mittels einer zu beschließenden Geschäftsordnung will sich besonders die Kommunistische Partei Portugals (PCP) ein Art Veto-Recht bei allen Entscheidungen schaffen. Dazu muss man wissen, dass bisher in der GUE/NGL immer mehr oder weniger einvernehmlich entschieden wurde, dass Minderheiten nicht von Mehrheiten überstimmt werden durften. So will sich die PCP mit weiteren Gleichgesinnten, wie der „Akel“ aus Zypern, ein Vetorecht schaffen, um personelle und inhaltliche Entscheidungen, auch gegen erdrückende Fraktionsmehrheiten, zu verhindern. So soll der von einer breiten Fraktionsmehrheit getragene Vorschlag für den Fraktionsvorsitz – Marisa Matias – verhindert werden. Marisas „größtes Verbrechen“ besteht darin, Portugiesin zu sein, jedoch gehört sie mit „Bloco“ einer anderen Partei an. Und so sind wir in einem Kulturkampf. Eine Seite blockiert jeden Veränderungsversuch in der Fraktion und drängt die andere Seite für den Erhalt der Fraktion an den Rand der Selbstaufgabe. So wird die tiefe Krise der linken Parteien in Europa offensichtlich.

Hinzu kommt, dass die Europäische Linkspartei offensichtlich erstarrt

ist. Ob wirklich Hoffnung auf Besserung besteht, wenn Melenchons „La France insoumise“ wieder in die Europäische Linke zurückkehrt, ist offen. Schließlich verließ sie die EL, weil die Mehrheit die griechische „Syriza“ nicht rauswerfen wollte. Zudem will „La France insoumise“ den Fraktionsvorsitz beanspruchen. Doch kann man einfach auf deren Mitgliedschaft „pfeifen“? Jede Spaltung würde die Linke weiter zersplittern, die gemeinsamen Kräfte und Möglichkeiten mindern.



Foto: Dr. Bernd Gönns / Wikimedia Commons / CC-BY-SA-3.0/DE

Doch das Auseinanderdriften der linken Parteien nimmt seit Jahren Fahrt auf. Ihr einst legendärer Internationalismus wird immer öfter nationalen Irrlichtern geopfert. Und so stehen wir vor der Aufgabe, Gemeinsamkeiten und Offenheit in der Linken Europas wieder zu entdecken. Vielleicht könnte auch ein neuer Fraktionsname ein Anfang sein.

Auch DIE LINKE in Deutschland hat die Europawahlen schon Jahre vor der Wahl verloren. Nicht nur ihre öffentlich zelebrierten Machtkämpfe haben viele Menschen irritiert, auch die Formelkompromisse am Ende vieler Debatten haben uns nicht weitergebracht. Aus meiner Sicht gab es in den letzten Jahren kaum neue Impulse aus unserer Partei. Kontroverses wird wie eine heiße Kartoffel erst gar nicht erst angefasst. Mit Blick auf die europäische Politik ist festzustellen: Bis heute haben wir nicht klargestellt, was wir unter einem Neustart der EU überhaupt verstehen. Mitten in der Debatte um die Zukunft Europas haben wir uns als Partei daran nicht beteiligt. Das Debattenangebot des sächsischen Landesverbandes für eine Republik Europa, das ich auch im Wahlkampf persönlich unterstützt ha-

be, wurde nur geduldet, als handle es sich um eine Fantasie von Freaks. Jedoch ging es dabei nie um eine simple Strukturdebatte, sondern um die Suche nach Wegen zu einer von links angetriebenen EU-Reform. Dass Europa und die EU sozialer werden sollen, behauptet so ziemlich jeder. Aber was ist eine soziale EU aus unserer Sicht? Die Implementierung von Junckers vorgeschlagener Sozialer Säule in die Verträge? Oder eine soziale Fortschrittsklausel, wie beim Lissabonvertrag von uns gefor-

den und kraftlos vorkommen. Ein JEIN. Das konnte weder das Spitzenduo ausbügeln noch wir anderen, selbst wenn wir im Wettbewerb der Klimaschützer meist auf Platz 1 lagen. Die uns wohlwollenden Leute haben eben leider nicht nur Klimaschutz gewählt, sondern das Gesamtpaket beschaut. Was wir in Bezug auf die Entwicklung Europas und der EU wollen, blieb vielen ein Rätsel.

Es war, wie es der sächsische Landesvorstand zu Recht feststellte, die erste wirkliche Europawahl – wo europäische Themen im Zentrum standen. Kommunale oder bundespolitische Debatten spielten keine Rolle. Jahrelang unterschätzte Themen und Positionierungen lassen sich eben nicht ein paar Wochen vor der Wahl als Kronjuwel hervorzubern. Der Bonner Parteitag fand viel zu spät statt, die Europawahlen spielten für viele im alltäglichen Geschäft eine untergeordnete Rolle, vielerorts wurde nur das „üblich Nebensächliche“ in den Europawahlkampf investiert. Es wurde nicht begriffen, dass sich in Folge der Wahl die politische Landschaft grundsätzlich verändern wird. In manchen Landesverbänden waren die Europakandidaten allein unterwegs, als sei der Europawahlkampf deren Privatangelegenheit. Glücklicherweise waren die Z-Veranstaltungen mit Gregor oder Dietmar wirkliche Höhepunkte.

Das, was rausgerissen wurde, ist den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern unserer Partei zu verdanken. Ihnen gilt mein Riesendank! Genossinnen und Genossen der Kreisverbände haben geackert und nicht zu vergessen die Linksjugend, ohne die der Wahlkampf in manchen Regionen ausgefallen wäre! Ebenso groß ist mein Dank an diejenigen Genossinnen und Genossen, die im Treck der Bundeswahlkampagne alles gegeben haben, viele Wochen lang! Auch die Büros aller sieben Europaabgeordneten haben nicht nur die eigenen Landesverbände unterstützt. So war ich viel in Rheinland-Pfalz unterwegs.

Es muss Schluss sein damit, Wahlen nach „wichtig“ oder „weniger wichtig“ einzuteilen, sonst werden wir als politischer Faktor selbst unwichtig. Wir müssen uns gerade jetzt mobilisieren, um aus dem Lähmungszustand herauszukommen. Bei den nächsten Landtagswahlen geht es um alles. Da sind wir alle gefordert. Kriegen wir das Ruder herumgerissen oder nicht? „Das Übliche“ reicht nicht, wir brauchen eine echte Mannschaftsleistung, damit DIE LINKE ein starker politischer Faktor in der Parteienlandschaft bleibt. In den Kommunen, Landkreisen, Ländern, im Bund und in Europa. Werfen wir alles nach vorn!

Die Wahlstrategie, die uns als dritte Kraft im Spiel der Mächte zwischen PRO und KONTRA EU positioniert sehen wollte, musste selbst geeigneten Bürgerinnen und Bürgern unentschie-

Lidické ovce – Die Schafe von Lidice

Am 15. Juni gedachten hunderte Kinder, Frauen und Männer aus vielen Ländern Europas der Ermordeten am Mahnmal in Lidice. Von *Peter Blechschmidt*

Nach Bekanntwerden der Vernichtung und Vertreibung der Bewohner von Lidice wegen einer vermeintlichen Unterstützung der Attentäter auf den stellvertretenden Reichsprotektor Heydrich am 10. Juni 1942 wurde im Ghetto Terezin ein Gedicht der Krankenschwester Ilse Weber „Lidické ovce – Die Schafe von Lidice“ (ermordet in Auschwitz) verbreitet. Das Gedicht wurde auch aus dem Ghetto geschmuggelt.

Es gibt sinnbildlich wieder, dass das Dorf und seine Menschen „ausgelöscht“ wurden und Teile des Tierbestandes der Bauern in das Ghetto überführt wurden. Bekannt wurde durch Augenzeugen, dass auf Anforderung der SS-Kommandantur ein „Arbeitskommando“ von 30 Häftlingen aus Theresienstadt nach Lidice befohlen wurde, um ein Massengrab auszuheben und die Leichen zu beerdigen. Einige Tage nach der Vernichtung von Lidice wiederholten ähnliche „Einsatzgruppen“ von Ordnungspolizisten Racheaktionen gegen das Dorf Lezaky. Insgesamt wurden 1.357 tschechische

Bürgerinnen und Bürger standrechtlich erschossen.

Die britische Regierung kam nach der Ausschaltung Heydrichs, aber auch angesichts des weiteren brutalen Vorgehens gegen die tschechoslowakische Bevölkerung nicht umhin, die militärische Operation der Exilregierung als erfolgreich, aber auch das Münchener Abkommen für nichtig zu erklären.

In das neue Lidice kehrten nach der Befreiung 143 Frauen zurück, nach zweijähriger Suche konnten 17 Kinder zu ihren Eltern zurückgebracht werden. Zur Erinnerung tragen acht Gemeinde und Ortsteile in der Welt und Frauen in 24 verschiedenen Staaten der Welt den Namen Lidice. Oftmals werden die Namen Lidice, Lezaky und das norwegische Telvag (Ort eines Vergeltungsaktes für eine Widerstandsaktion in Norwegen am 30.04.1942) gemeinsam genannt.

tion in Norwegen am 30.04.1942) gemeinsam genannt.

Am 15. Juni nahm eine Abordnung des Stadtverbandes des VVN – BdA mit sieben Kameradinnen und Kameraden wieder an der jährlichen Ehrung im „Lidice Memorial“ teil und reihte sich mit einem Kranz des Stadtverbandes DIE LINKE Chemnitz, Gedenkschleifen und eigenem Gebinde in die internationale Gedenkgemeinschaft ein. „Weder Auschwitz noch Oradour-sur-Glane noch Lidice verjähren jemals. Da gibt es nichts zu verzeihen, keinen Schlussstrich zu ziehen. Eine kollektive Scham muss den Nachgeborenen unbedingt bewahrt bleiben.“ (Walter Ruge 2008 in Potsdam anlässlich seiner Buchpräsentation „Wider das Vergessen“).

Wenn auch nicht alle, so konnten in der DDR Kriegs- und Naziverbrecher mit Beteiligung an „Vergeltungsaktionen“ innerhalb des Komplexes „Heydrichiade“ – dank eines zuständigen MfS-Referates und oft im Zusammenwirken mit tschechischen Behörden – verurteilt und bestraft werden.



Die falsche Vaterschaft des Ludwig Erhard

Holger Czitrich-Stahl hat einen Lesetipp zum 70. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR

Im siebzigsten Jahr der Gründung der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 und der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 werden Erfolgsberichte über die BRD und Mängellisten über die DDR eine gewisse Konjunktur erleben, zumal mit der Maueröffnung am 9. November 1989 ein weiterer Faden in die Geschichte eingeflochten wurde. Beispielsweise heißt es gern, die „Soziale Marktwirtschaft“ sei über Ludwig Erhard den Westdeutschen mehr oder weniger geschenkt worden. Dass es insbesondere ein Generalstreik der Gewerkschaften mit neun Millionen Teilnehmern war, der am 12. November 1948 den Verzicht auf eine freie Marktwirtschaft ohne Sozialbindung erzwingt, wird unterdessen gern unterschlagen.

Dass in der BRD nicht die freie, sondern die „soziale Marktwirtschaft“ durchgesetzt wurde, ist vor allem auf die Streikwellen in der „Bizone“ nach der Währungsreform vom Juni 1948 zurückzuführen. Auf die spontanen Kaufstreiks gegen die überhöhten Preise folgten lokale Demonstrationen und die Gewerkschaftskampagne „Herunter mit den Preisen“. Im Oktober erreichte die Aktionswelle regionale Ausmaße, vor allem in Mannheim, Bremen und Stuttgart. Nachdem es

dort Ausschreitungen gegeben hatte, beschlossen die Gewerkschaftsbünde für den 12. November 1948 einen 24-stündigen Generalstreik von 0 bis 24 Uhr. Das im Aufruf zum Generalstreik formulierte Zehn-Punkte Forderungs-Programm reichte von der Erklärung des „wirtschaftlichen Notstands“ über eine rigorose Steuereintreibung bis hin zur Demokratisierung, Planung und Lenkung der Wirtschaft und zur Sozialisierung der Großindustrie und der Banken. Doch diese radikalen Forderungen wurden durch ein Aktionskonzept der kompletten Arbeitsruhe ohne Streikposten und Kundgebungen flankiert, um etwaigen Ausschreitungen vorbeugen und gleichzeitig Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren. Dennoch zwang diese Massenbewegung den durch mehrfache Misstrauensanträge der SPD geschwächten Ludwig Erhard zu Maßnahmen des Einlenkens, z.B. durch die Schaffung der paritätischen Krankerversicherung und der Auflegung des preisregulierenden „Jedermann-Programms“.

Die Sozialisationsforderung indes hatten bereits am 10. November 1948 die Militärregierungen der Bizone ins Leere laufen lassen. Doch fand dieser Generalstreik parallel zu den Beratungen des „Parlamentarischen Rates“,

der das Grundgesetz des künftigen Weststaats erarbeitete, statt und trug somit zur Kodifizierung des Klassengleichgewichts (Art. 14, 15,20 GG) bei.

Nach der kurzen Phase des „Ahlener Programms“ der CDU der britischen Zone von 1947 mit seiner Sozialisierungsforderung steuerte Adenauer die CDU der Bi- und Trizone über die „Düsseldorfer Leitsätze“ vom 15.7.1949 auf die „soziale Marktwirtschaft“ um. Damit war der „Kitt“ gefunden, um eine

erneute scharfe Klassenspaltung ideologisch zu verhindern.

Dies alles eröffnet uns in verdienstvoller detaillierter Aufarbeitung die bereits 2017 erschienene Studie des in Leipzig wirkenden, in Hagen/Westfalen geborenen Historikers Uwe Fuhrmann. Gerade in diesem 70. Jahr der „doppelten Staatsgründung“ kann der kritische Betrachter der offiziell betriebenen Geschichtspolitik hier zahlreiche Informationen finden, die die falsche Vaterschaft Ludwig Erhards an der Geburt einer sozialstaatlich abgefederten Marktordnung bezeugen. Es war eine Vaterschaft wider Willen, die die organisierte Arbeiterbewegung der Bizone, später der Trizone und der BRD aufzwang. Doch was damals „soziale Marktwirtschaft“ hieß, wurde zum organisierten staatsmonopolistischen Kapitalismus als Konzession an die Arbeiterschaft. Was heute unter diesem Begriff propagiert wird, ist nichts anderes als das, was Erhard und die „Freiburger Schule“ eigentlich wollten.



Uwe Fuhrmann: Die Entstehung der „Sozialen Marktwirtschaft“ 1948/49. Eine historische Dispositivanalyse. UVK Verlagsgesellschaft Konstanz und München 2017. 359 Seiten, 39 Euro. ISBN 978-3-86764-665-9.



Geschäftsordnung

Was gehört in die Geschäftsordnung des Gemeinderats?

Seite 2

Sachkundige Einwohner

Wer sind und was machen sachkundige Einwohner?

Seite 3

Handbuch

Das Handbuch liefert einen Überblick über die Rechte und Pflichten von kommunalen Mandatsträgern

Seite 4

Nach den Kommunalwahlen II ...

Wenn demnächst die neugewählten Stadt-, Gemeinde- Kreisräte danach zu den konstituierenden Sitzungen zusammenkommen, dann werden in diesen Sitzungen die Räte vom Bürgermeister bzw. vom Landrat auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet. In der Regel werden in der konstituierenden Sitzung die Hauptsatzung der Gemeinde/des Landkreises und die Geschäftsordnung des Gemeinderats/Kreistags beschlossen.

Die Hauptsatzung

Die Hauptsatzung ist so etwas wie das *Grund- und Verfassungsstatut* einer Gemeinde. Das Besondere der Hauptsatzung im Unterschied zu allen anderen Satzungen besteht darin:

☐ sie muss mit der *Mehrheit der Stimmen aller Gemeinderatsmitglieder* beschlossen werden. Dabei zählt die Stimme des Bürgermeisters mit, da er ja stimmberechtigtes Mitglied im Gemeinderat ist. Zählt ein Gemeinderat z.B. 16 Gemeinderäte + Bürgermeister (=17), dann wäre für den Beschluss der Hauptsatzung eine Mehrheit von mindestens 9 Stimmen erforderlich.

☐ Mit dem Beschluss durch eine *qualifizierte Mehrheit* soll verhindert werden, dass die Hauptsatzung etwa durch eine im Gemeinderat gerade zufällige Mehrheit zustande kommt und auch allzu häufigen Änderungen unterworfen wird.

Mit der Hauptsatzung kann das durch die Sächsische Gemeindeordnung gesetzte Recht durch spezielle Regelungen ergänzt werden, um bestimmten Gemeindebesonderheiten (etwa der besonderen Siedlungsstruktur und Größe der Gemeinde) Rechnung zu tragen. Diese Regelungen müssen sich aber in jedem Fall in dem durch die Gemeindeordnung vorgegebenen *gesetzlichen Rahmen bewegen* und dürfen den gesetzlichen Bestimmungen nicht widersprechen.

Der Sinn kommunaler Satzungsautonomie besteht gerade darin, den Gemeinden eine eigene Gestaltungs-

freiheit zu überlassen, damit sie ihre Angelegenheiten nach eigenen Zweckvorstellungen und den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten entsprechend regeln können.

Die Hauptsatzung gilt *über die Wahlperiode hinaus*, d.h. der neugewählte Gemeinderat ist zunächst weiterhin daran gebunden. Die Änderung der Hauptsatzung kann nur durch eine Änderungssatzung erfolgen, die ebenfalls durch eine qualifizierte Mehrheit aller Mitglieder des Gemeinderats zu beschließen ist.

Die Hauptsatzung sowie Änderungssatzungen bedürfen keiner Genehmigung durch die *Rechtsaufsichtsbehörde*¹, müssen ihr aber *unverzüglich angezeigt werden*. Wie andere gemeindliche Satzungen ist die Hauptsatzung öffentlich bekanntzumachen und *tritt erst am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft*.

Werden mehrere Gemeinden zu einer neuen Gemeinde zusammengeschlossen, muss eine neue Hauptsatzung beschlossen werden, alte Hauptsatzungen aus aufgelösten Gemeinden haben keine Fortgeltung.

Gestaltungsmöglichkeiten

Die Sächsische Gemeindeordnung sieht vor, dass bestimmte Regelungen der gemeindlichen Organisation und Verfassung durch die Hauptsatzung zu beschließen sind. Außerdem wird die Möglichkeit gegeben, von den gesetzlichen Grundsatzregelungen für die Gemeinde abweichende Bestimmungen festzulegen. Sollen diese für

die Gemeinde wirksam werden, müssen sie in der Hauptsatzung der Gemeinde so beschlossen werden.

Um welche Regelungsmöglichkeiten geht es im Einzelnen:

☐ Quorum für eine Einwohnerversammlung

Eine Einwohnerversammlung ist anzuberaumen, wenn dies von den Einwohnern beantragt wird. Der Antrag muss von mindestens 10% der Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, unterzeichnet sein. Die Hauptsatzung kann ein geringeres Quorum, jedoch nicht weniger als 5% festsetzen.

☐ Quorum für Einwohneranträge

Das Quorum für Einwohneranträge, mit denen sich der Gemeinderat innerhalb von 3 Monaten zu befassen hat, kann ebenfalls durch die Hauptsatzung von 10% bis auf 5% herabgesetzt werden. In Landkreisen hingegen besteht keine Möglichkeit, das gesetzliche Mindestquorum von 10% abzusenken.

☐ Quorum für Bürgerbegehren

Ein Bürgerbegehren, das grundsätzlich von mindestens 10% der Bürger der Gemeinde unterzeichnet sein muss, kann durch die Hauptsatzung bis auf 5% herabgesetzt werden. In Landkreisen besteht keine Möglichkeit, das gesetzliche Mindestquorum von 10% abzusenken.

☐ Zahl der Gemeinderäte

Durch die Hauptsatzung kann die Gemeinde bestimmen, dass die Zahl der Gemeinderäte um die nächsthöhere Größengruppe heraufgesetzt oder auf die nächstniedere Größengruppe herabgesetzt werden kann; das gilt aber erst für die nächste Kommunalwahl. In Landkreisen besteht für die Zahl der Kreisräte eine analoge Regelung nicht.

☐ Bildung von Ausschüssen

Durch die Hauptsatzung kann der Gemeinderat *beschließende Ausschüsse* bilden und ihnen bestimmte Aufga-

bengebiete zur dauernden Erledigung übertragen.

Zur Vorberatung bestimmter Angelegenheiten kann der Gemeinderat durch Bestimmung in der Hauptsatzung *beratende Ausschüsse* bilden.

In der Muster-Hauptsatzung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages sind als beschließende Ausschüsse vorgesehen:

- der Verwaltungsausschuss und
 - der Technische Ausschuss
- sowie als beratender Ausschuss:
- der Kultur- und Sozialausschuss.

Wie viele und welche Ausschüsse jedoch gebildet werden, steht ganz im Ermessen des Gemeinderats. In kleinen Gemeinden kann auch ganz auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet werden.

☐ Vorsitz im beratenden Ausschuss

Durch die Hauptsatzung kann der Gemeinderat nach zur Vorberatung auf bestimmten Gebieten beratende Ausschüsse bilden. Durch die Hauptsatzung kann der Gemeinderat bestimmen, dass die beratenden Ausschüsse den Vorsitzenden aus ihrer Mitte wählen können, der dann insoweit die Aufgaben des Bürgermeisters wahrnimmt.

☐ Überweisung an Ausschuss

Durch die Hauptsatzung kann nach bestimmt werden, dass Anträge, die nicht vorberaten worden sind, auf Antrag des Vorsitzenden oder eines Fünftels aller Mitglieder des Gemeinderats den zuständigen beschließenden Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen werden müssen.

☐ Bildung eines Ältestenrats

Der Gemeinderat kann durch die Hauptsatzung einen Ältestenrat bilden, der den Bürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Gangs der Verhandlungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse berät.

☐ Bildung von Beiräten

Durch die Hauptsatzung können sonstige Beiräte gebildet werden, denen Mitglieder des Gemeinderats und sachkundige Einwohner angehören (z.B. Seniorenbeirat, Behindertenbeirat, Naturschutzbeirat). Sie unterstützen den Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

☐ **Hauptamtlichkeit des Bürgermeisters**

Grundsätzlich gilt: in Gemeinden ab 5.000 Einwohnern ist der Bürgermeister hauptamtlicher Beamter auf Zeit und in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern ist der Bürgermeister Ehrenbeamter auf Zeit. Jedoch kann durch die Hauptsatzung bestimmt werden, dass in Gemeinden ab 2.000 Einwohnern, die weder einem Verwaltungsverband noch einer Verwaltungsgemeinschaft angehören, der Bürgermeister hauptamtlicher Beamter auf Zeit ist.

☐ **Übertragung von Aufgaben auf den Bürgermeister**

Die dauernde Übertragung der Erledigung bestimmter Aufgaben auf den Bürgermeister kann nur durch die Hauptsatzung geregelt werden.

☐ **Beschränkungen für die Stellvertreter des Bürgermeisters**

Werden aus der Mitte des Gemeinderats Stellvertreter des Bürgermeisters bestellt, kann durch die Hauptsatzung bestimmt werden, dass sich die Stellvertretung nur auf den Vorsitz im Gemeinderat und die Vorbereitung seiner Sitzungen sowie auf die Repräsentation der Gemeinde zu beschränken habe.

☐ **Zahl der Beigeordneten**

Werden in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern hauptamtliche Beigeordnete als Stellvertreter des Bürgermeisters bestellt, so ist die Zahl der Beigeordneten nach den Erfordernissen der Gemeindeverwaltung durch die Hauptsatzung zu bestimmen – jedoch im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben entsprechend der Einwohnerzahl der Gemeinde.

☐ **Beauftragte**

Die Gemeinden können für bestimmte Aufgabenbereiche besondere Beauftragte bestellen. Zur Verwirklichung des Grundrechts der Gleichberechtigung von Frau und Mann haben die Gemeinden mit eigener Verwaltung Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen. In Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern soll diese Aufgabe hauptamtlich erfüllt werden.

Näheres dazu ist in der Hauptsatzung zu regeln, so z.B.: Der Gleichstellungsbeauftragte hat das Recht, an den Sitzungen des Gemeinderates und der für seinen Aufgabenbereich zuständigen Ausschüsse mit beratender Stimme teilzunehmen. Die Gemeindeverwaltung hat den Gleichstellungsbeauftragten bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.

☐ **Ortschaftsverfassung**

Für nach dem 1. Mai 1993 im Rahmen einer Gebietsänderung entstandene Ortsteile einer Gemeinde kann durch die Hauptsatzung die Ortschaftsverfassung eingeführt werden. Dabei können mehrere benachbarte Ortsteile zu einer Ortschaft zusammengefasst werden. Abweichend davon kann in kreisangehörigen Gemeinden durch die Hauptsatzung auch für weitere Ortsteile die Ortschaftsverfassung eingeführt werden, sofern die erstmalige Ortschaftsratswahl vor dem 31. Dezember 2024

stattfindet. Die Zahl der Ortschaftsräte ist ebenfalls in der Hauptsatzung zu bestimmen.

Durch die Hauptsatzung kann der Gemeinderat dem Ortschaftsrat weitere Angelegenheiten als schon durch das Gesetz vorgesehen, die die Ortschaft betreffen, zur dauernden Erledigung übertragen. Die Hauptsatzung kann auch bestimmen, dass Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in den Ortschaften durchgeführt werden können.

Die Ortschaftsverfassung kann durch Änderung der Hauptsatzung zur nächsten regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte aufgehoben werden, frühestens jedoch zur übernächsten Wahl nach ihrer Einführung.

☐ **Kreisfreie Städte**

Die Kreisfreien Städte können durch Hauptsatzung das Stadtgebiet in Stadtbezirke einteilen. Bei der Einteilung soll auf die Siedlungsstruktur, die Bevölkerungsverteilung und die Ziele der Stadtentwicklung Rücksicht genommen werden.

Die Zahl der Mitglieder des Stadtbezirksbeirats wird durch die Hauptsatzung bestimmt; sie darf höchstens halb so groß sein wie die Zahl der Stadträte in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl, die der von der Kreisfreien Stadt zu ermittelnden Einwohnerzahl des Stadtbezirks entspricht.

Durch Hauptsatzung können dem Stadtbezirksbeirat Aufgaben wie einem Ortschaftsrat nach übertragen werden. Der Gemeinderat kann die Angelegenheiten im Einzelnen abgrenzen und allgemeine Richtlinien erlassen. Der Stadtbezirksbeirat hat ein Vorschlagsrecht zu allen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk betreffen.

Die Geschäftsordnung

Der Gemeinderat hat zwingend seine inneren Angelegenheiten, insbesondere den Gang seiner Verhandlungen, durch eine Geschäftsordnung zu regeln. Die Geschäftsordnung regelt vornehmlich die inneren Rechtsbeziehungen der Mitglieder des Gemeinderats, darüber hinaus kann sie auch subjektiv-öffentliche Rechte der Einwohner regeln (Einwohnerfragestunde).

Wie bei der Hauptsatzung müssen sich die Regelungen der Geschäftsordnung in dem durch die Sächsische Gemeindeordnung vorgegebenen gesetzlichen Rahmen bewegen und dürfen den gesetzlichen Bestimmungen nicht widersprechen.

Im Unterschied zur Hauptsatzung ist die *Geschäftsordnung* des Gemeinderats von ihrer Natur her *keine kommunale Satzung*, sie bedarf daher nicht zwingend einer öffentlichen Bekanntmachung und ist auch gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde nicht anzeigepflichtig. Mit ihrer Beschlussfassung tritt die Geschäftsordnung unmittelbar in Kraft, das gilt ebenso für Änderungen. Die Geschäftsordnung gilt über die Wahlperiode hinaus für den nächsten Gemeinderat, soweit sie nicht ausdrücklich aufgehoben oder geändert wird.²

Die Geschäftsordnung kann jederzeit allgemein oder für den Einzelfall durch einfachen Beschluss im Gemeinderat *abgeändert werden*. Sobald der

Gemeinderat mehrheitlich einen Geschäftsordnungsbeschluss fasst, der von der bisher geltenden Geschäftsordnung abweicht, ist dann mit dieser Beschlussfassung in der Sache auch die bisherige Geschäftsordnung geändert, mit der Folge, dass die bisherige Regelung aufgehoben und die neu beschlossene Verfahrensweise wirksamer Bestandteil der Geschäftsordnung wird. Diese sogenannte ad hoc (Sofort)-Änderung der Geschäftsordnung ist allerdings umstritten.

Da die Geschäftsordnung jederzeit durch einen Gemeinderatsbeschluss geändert werden kann, besitzt der einzelne Gemeinderat nur einen bedingten Anspruch auf Einhaltung. *Verstöße gegen die Geschäftsordnung*, sofern sie nicht zugleich gegen gesetzliche Vorschriften verstoßen, haben deshalb keinen Einfluss auf die so gefassten Beschlüsse.³ Deshalb beeinträchtigt ein Verstoß gegen ihre Bestimmungen die Gültigkeit einer Entscheidung im Gemeinderat nicht, sofern nicht zugleich ein Verstoß gegen gesetzliche Verfahrensvorschriften vorliegt. Der Bürgermeister kann daher wegen eines solchen Verstoßes nicht widersprechen, die Rechtsaufsichtsbehörde kann Verstöße gegen die Geschäftsordnung nicht beanstanden.⁴

Erst wenn ein *wesentlicher Verstoß* gegen die Geschäftsordnung vorliegt, führt das regelmäßig zur Rechtswidrigkeit des ihn betreffenden Beschlusses des Gemeinderats.

Wesentlich ist ein Verstoß, wenn:

- gegen die Rechte der Mitglieder des Gemeinderats, Gruppenrechte (Fraktionen) oder Minderheitenrechte verstoßen wurde,
- gegen in der Geschäftsordnung eingeräumte Außenrechte der Einwohner und Bürger verstoßen wurde.

Inhalte

Zum Inhalt einer Geschäftsordnung des Gemeinderats gehören in der Regel folgende Punkte:

- ☐ die Ladungsfrist zu Sitzungen,
- ☐ die festen Sitzungstage,
- ☐ Fraktionsbildung und Fraktionsrechte,
- ☐ die Sitzordnung,
- ☐ das Verfahren bei Ausschluss wegen Befangenheit,
- ☐ das Verfahren zur Durchführung des Vertretungsverbotes,
- ☐ die Eröffnung der Sitzung, die Bekanntgabe der Niederschrift der letzten Sitzung, die Feststellung der Beschlussfähigkeit,
- ☐ die Abwicklung der Tagesordnung,
- ☐ Wortmeldungen und Worterteilungen, die Verteilung der Redezeiten, der Schluss der Aussprache,
- ☐ Anträge zur Geschäftsordnung,
- ☐ die Verweisung an einen Ausschuss,
- ☐ die Form der Abstimmung, die Abstimmungsreihenfolge bei mehreren Anträgen, das Feststellen des Abstimmungsergebnisses,
- ☐ der Inhalt der Niederschrift,
- ☐ Ordnungsrufe des Vorsitzenden, die Entziehung des Wortes, der Ausschluss aus der Sitzung,
- ☐ Einzelheiten bezüglich der Einwohnerfragestunde,
- ☐ Anfragen der Gemeinderäte an den Bürgermeister,
- ☐ die Zusammensetzung, der Geschäftsgang und die Aufgaben des Ältestenrates.

Gesetzliche Vorgaben

Die Gemeindeordnung sieht vor, zu folgenden Angelegenheiten gesetzliche Vorschriften durch die Geschäftsordnung auszugestalten.

☐ **Anfragerecht der Gemeinderäte**
Jeder Gemeinderat kann an den Bürgermeister schriftliche oder in einer Sitzung des Gemeinderats mündliche Anfragen über einzelne Angelegenheiten der Gemeinde richten, die binnen angemessener Frist, die grundsätzlich 4 Wochen beträgt, zu beantworten sind. Näheres ist in der Geschäftsordnung zu regeln. In der Muster-Geschäftsordnung des Sächsischen Städte- und Gemeindetags (SSG) wird dazu ausgeführt:

„Eine Aussprache über Anfragen findet nicht statt. Die Beantwortung von Anfragen hat innerhalb angemessener Frist, die grundsätzlich vier Wochen beträgt, zu erfolgen.“

Schriftliche Anfragen sind mindestens fünf Werktage vor Beginn der nächstfolgenden Sitzung des Gemeinderates dem Bürgermeister zuzuleiten. Die Beantwortung hat schriftlich zu erfolgen, wenn der Fragesteller es verlangt.

Mündliche Anfragen können nach Erledigung der Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates an den Bürgermeister gerichtet werden. Die Anfragen dürfen sich nicht auf Verhandlungsgegenstände der betreffenden Sitzung des Gemeinderates beziehen. Sie müssen kurz gefasst sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. Der Fragesteller darf jeweils nur eine Zusatzfrage stellen. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, kann der Fragesteller auf eine Beantwortung in der nächsten Sitzung des Gemeinderates oder auf eine schriftliche Beantwortung verwiesen werden.“

☐ **Fraktionen**

Die Bildung, die Stärke der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten innerhalb des Gemeinderats sind durch die Geschäftsordnung zu regeln. Außerdem kann die Geschäftsordnung vorsehen, dass Arbeitnehmer der Fraktionen zu nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse Zutritt haben.

☐ **Einberufung der Gemeinderatssitzung**

Die Geschäftsordnung hat Näheres über die Einberufung der Gemeinderatssitzung durch den Bürgermeister zu regeln. Die Einberufung hat in schriftlicher oder elektronischer Form in angemessener Frist (mindestens 7 Tage vor dem Sitzungstag) bei rechtzeitiger

Impressum

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.

Großenhainer Straße 99

01127 Dresden

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945

Fax: 0351-7952453

info@kommunalforum-sachsen.de

www.kommunalforum-sachsen.de

Red., Satz und Layout: A. Grunke

V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.



Mitteilung der Verhandlungsgegenstände und der Zustellung der für die Beratung erforderlichen Unterlagen zu erfolgen.

In der Muster-Geschäftsordnung des Sächsischen Städte- und Gemeindetags wird hierzu folgende Möglichkeit vorgeschlagen:

Der Bürgermeister entscheidet über die Form und die Übermittlung der Einladung. Die Mitglieder des Gemeinderates, die über die technischen Voraussetzungen zum Versenden und Empfangen elektronischer Post verfügen, können dem Bürgermeister schriftlich oder elektronisch eine E-Mail-Adresse mitteilen, an die Einladungen rechtsverbindlich übersendet werden können. Für den Abruf oder die Übermittlung der zur Beratung erforderlichen Unterlagen kann ein Ratsinformationssystem zum Einsatz kommen.

Sitzungsunterlagen für öffentliche Sitzungen können über das Ratsinfor-

mationssystem auch öffentlich gestellt werden, sodass die Einwohner vor den öffentlichen Sitzungen die Möglichkeit haben, sich über die in den Sitzungen zu behandelnden Angelegenheiten näher zu informieren.

□ Gang der Verhandlungen

Gemeinderat regelt den Gang seiner Verhandlungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch eine Geschäftsordnung. Zum „Gang der Verhandlungen“ gehört alles, was zwischen der Eröffnung der Sitzung und deren Schließung geschieht, also die Beratung, Beschlussfassung und Bekanntgaben zu den Verhandlungsgegenständen der Sitzung.

□ Niederschrift

In der Geschäftsordnung ist Näheres zur Niederschrift über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Gemeinderats zu regeln. Die Niederschrift muss insbesondere den Namen des Vorsitzenden, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwe-

senden Gemeinderäte unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Gegenstände der Verhandlung, die Anträge, die Abstimmungs- und Wahlergebnisse und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Der Vorsitzende und jedes Mitglied können verlangen, dass ihre Erklärung oder Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.

□ Mitwirkung im Gemeinderat und in den Ausschüssen

In der Geschäftsordnung kann Näheres bestimmt werden, wie sachkundige Einwohner und Sachverständige in die Beratungen einbezogen werden können, wie den Einwohnern oder Vertretern von Bürgerinitiativen die Gelegenheit gegeben werden kann, in einer Einwohnerfragestunde das Wort zu ergreifen oder wie bei der Vorbereitung wichtiger Entscheidungen betroffenen Personen und Personengruppen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Auffassung vorzutragen (Anhörung).

□ Ältestenrat

Wird durch die Hauptsatzung ein Ältestenrat gebildet, der den Bürgermeister in Fragen der Tagesordnung und des Ganges der Verhandlungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse berät, ist Näheres über die Zusammensetzung und den Geschäftsgang des Ältestenrats in der Geschäftsordnung zu regeln. **AG**

¹ Rechtsaufsichtsbehörde für kreisangehörige Städte und Gemeinden ist das jeweilige Landratsamt, für Landkreise und Kreisfreie Städte ist es die Landesdirektion Sachsen.

² Vgl. Gern, *Sächsisches Kommunalrecht*, 2. Aufl. Beck, München 2000, Rn.489.

³ Vgl. Hegele/Ewert, *Kommunalrecht im Freistaat Sachsen*, Boorberg 2004, 3. Aufl., S. 114.

⁴ Vgl. Menke/Ahrens, *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Kommentar*, Kohlhammer 2004, S.104.

Der sachkundige Einwohner¹

VON KONRAD HEINZE, CHEMNITZ

Die Kommune lebt vom Engagement derer, die in ihr wohnen. Ohne die vielen ehrenamtlichen KommunalpolitikerInnen wäre die kommunale Selbstverwaltung nicht denkbar. Doch brauchen sie auch Unterstützung und

de wohnen, dabei muss es sich nicht um den Hauptwohnsitz handeln. Sachkundige Einwohner müssen also nicht zwingend Bürger gemäß § 15 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) sein. Demnach können auch Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit oder EU-Bürgerschaft als

Mitglieder des Gemeinderates und Bedienstete der Gemeinde hingegen kommen regelmäßig nicht als sachkundige Einwohner infrage.⁶

Was machen sachkundige Einwohner?

Allgemein dient der Einbezug von

tigte EU-Bürger zur Mitwirkung verpflichtet werden können, so kein Ablehnungsgrund nach § 18 SächsGemO vorliegt. Einwohner, die weder Bürger der Gemeinde noch wahlberechtigte EU-Bürger sind, müssen ihr Einverständnis zur Mitwirkung erklären.

Alle sachkundigen Einwohnern ha-

Das Wichtigste im Überblick

| Sachkundiger Einwohner | Wer | Pflichten | Rechte | Gremium | Dauer |
|---|---|---|--------------------------------|---|--|
| hinzugezogen § 44 Abs. 1 SächsGemO | deutsche Staatsangehörige, wahlberechtigte EU-Bürger, Drittstaatsangehörige | uneigennützig und verantwortungsbewusste Aufgabenerfüllung, Verschwiegenheit, Nicht-Mitwirkung bei Befangenheit | „unechtes“ Rederecht | Gemeinderat, beratende und beschließende Ausschüsse | Erledigung der einzelnen Angelegenheit |
| berufen § 44 Abs. 2 SächsGemO | deutsche Staatsangehörige, wahlberechtigte EU-Bürger, Drittstaatsangehörige | uneigennützig und verantwortungsbewusste Aufgabenerfüllung, Verschwiegenheit, Nicht-Mitwirkung bei Befangenheit | Rede- und Antragsrecht | beratende und beschließende Ausschüsse | Ratslegislatur (5 Jahre) |
| bestellt § 47 SächsGemO | deutsche Staatsangehörige, wahlberechtigte EU-Bürger, Drittstaatsangehörige | uneigennützig und verantwortungsbewusste Aufgabenerfüllung, Verschwiegenheit, Nicht-Mitwirkung bei Befangenheit | Rede-, Antrags- und Stimmrecht | Sonstige Beiräte | Ratslegislatur (5 Jahre) |

Beratung, um das kommunale Mandat bestmöglich auszufüllen. Sachkundige Einwohner können dies leisten.

Wer sind sachkundige Einwohner?

Eine genaue Definition des sachkundigen Einwohners findet sich nicht in der Sächsischen Gemeindeordnung. Dafür weist die Kommentierung aus, dass sie „*Fachwissen und Sachverstand*“ einbringen.² Diese können sie in einer einschlägigen Ausbildung, während des Studiums oder mithin durch (Lebens-)Erfahrung erworben haben.

Weiterhin müssen sie in der Gemein-

sachkundige Einwohner in der Gemeinde mitwirken. Auch müssen sie nicht zwingend volljährig sein.³ Eindeutig regelt es die Hauptsatzung der Stadt Chemnitz: „*Das Mindestalter für sachkundige Einwohner beträgt 16 Jahre.*“⁴ Überdies entfällt die Verpflichtung, wenigstens drei Monate in der Gemeinde wohnhaft zu sein.

Zusammenfassend ist ein sachkundiger Einwohner „*also jemand, der in der Gemeinde wohnt und über ein gewisses Fachwissen und Sachverstand bezüglich eines für die kommunale Selbstverwaltung relevanten Gegenstandes verfügt.*“⁵

sachkundigen Einwohnern dazu, den Gemeinderat bei dessen Aufgabenerfüllung zu unterstützen. Durch ihr Fachwissen und ihre Lebenserfahrung erweitern sie den Horizont der Gemeinderatsmitglieder, sorgen für ein besseres Verständnis der zu behandelnden Sache und ermöglichen so eine informiertere Entscheidungsfindung.⁷

Welche Rechte und Pflichten haben sachkundige Einwohner?

Gemeinhin sind alle sachkundigen Einwohner ehrenamtlich tätig nach § 17 SächsGemO. Das bedeutet, dass Bürger der Gemeinde und wahlberech-

ten aufgrund ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit nach § 21 Abs. 1 SächsGemO Anspruch auf den Ersatz notwendiger Auslagen und eines eventuellen Verdienstausfalls. Die Gemeinde kann per Satzung bestimmen, dass, falls es nicht zu einem Verdienstausfall kommt, eine Entschädigung für den Zeitaufwand („Sitzungsgeld“) gewährt werden kann

Fortsetzung auf der nächsten Seite





Fortsetzung:

Der sachkundige Einwohner

(§ 21 Abs. 1 Satz 3). Ebenfalls kann sie per Satzung bestimmen, dass zusätzlich eine Aufwandsentschädigung in Frage kommt (§ 21 Abs. 2).⁸

Im Speziellen hängen die Aufgaben, Rechte und Pflichten sachkundiger Einwohner von der Art des Einbezugs und des jeweiligen Gremiums ab.

□ Hinzugezogene sachkundige Einwohner in Ausschüssen

Nach § 44 Abs. 1 SächsGemO können der Gemeinderat sowie die beratenden und beschließenden Ausschüsse jederzeit sachkundige Einwohner zur Behandlung einer einzelnen Angelegenheit hinzuziehen. Hierüber wird im jeweiligen Gremium in der Regel offen abgestimmt (nach § 39 Abs. 6 SächsGemO).⁹ Mit der Erledigung der einzelnen Angelegenheit endet auch die Mitwirkung als sachkundiger Einwohner.¹⁰ Hinzugezogene sachkundige Einwohner haben in der Angelegenheit kein Stimmrecht. Das heißt, dass sie die Gemeinderats- oder Ausschussmitglieder zwar beraten, aber die Beschlussfassung allein bei den gewählten Vertretern liegt. Auch haben sie zu der Angelegenheit kein „echtes“ Rederecht, da sie ja aufgefordert sind, sich zu einer einzelnen und konkreten Angelegenheit zu äußern. Davon unbenommen ist aber, dass sie in ihren Ausführungen weiter ausholen als auch eigene Vorstellungen einfließen lassen können.¹¹ Werden Bürger der Gemeinde oder wahlberechtigte EU-Bürger als sachkundige Einwohner hinzugezogen, gelten für sie die Pflichten der §§ 19 und 20 SächsGemO: die uneigennützig und verantwortungsbewusste Aufgabenerfüllung (§ 19 Abs. 1), die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 19 Abs. 2) sowie die Pflicht, bei Befangenheit nicht mitzuwirken (§ 20). Wird eine Person als sachkundiger Einwohner hinzugezogen, der weder Bürger der Gemeinde noch wahlberechtigter EU-Bürger ist, wird der Gemeinderat ihre Mitwirkung von der Selbstverpflichtung auf die §§ 19 und 20 abhängig machen. Stimmt der Hinzugezogene dem zu, gelten die vorgenannten Regeln für ihn entsprechend.¹²

□ Berufene sachkundige Einwohner in Ausschüssen

Nach § 44 Abs. 2 SächsGemO kann der Gemeinderat sachkundige Einwohner widerruflich als beratende Mitglieder in beratende und beschlie-

Das neue Handbuch „Das kommunale Mandat“ bietet für die neugewählten, aber auch für die erfahrenen wiedergewählten Gemeinde-, Stadt- und Kreisrätinnen und -räte ein elementares Handwerkzeug für ihre Tätigkeit in kommunalen Gremien und in kommunalen Betrieben auf dem aktuellen Stand des sächsischen Kommunalrechts. Das Handbuch gliedert sich in zwei Teile: Im I. Teil, verfasst von Achim Grunke, werden die Rechte und Pflichten behandelt, die bei der Wahrnehmung des kommunalen Mandats im Gemeinderat und seinen Gremien bestehen. Der II. Teil, erarbeitet von Alexander Thomas, befasst sich dann mit den Rechten und Pflichten kommunaler Vertreter/innen in den Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen.

rende Ausschüsse berufen. In der Regel geschieht dies in der ersten Sitzung nach der Wahl des neuen Gemeinderats, wenn die Ausschüsse neu gebildet werden. Entweder einigen sich die Fraktionen im Konsens auf bestimmte zu berufende sachkundige Einwohner oder diese werden von den Gemeinderatsmitgliedern nach dem Prinzip der Mehrheitswahl gewählt.¹³ Hier liegen die großen Unterschiede zum hinzugezogenen sachkundigen Einwohner: Erstens, nur der Gemeinderat kann über die Berufung bestimmen, nicht die Ausschüsse. Zweitens, der berufene sachkundige Einwohner ist - vorbehaltlich eines vorzeitigen Widerrufs seiner Mitgliedschaft - von Anfang bis Ende der Gemeinderatslegislatur über fünf Jahre Mitglied eines Ausschusses. Die Mitwirkung ist also von wesentlich längerer Dauer. Das Maß an Verbindlichkeit, Umfang und Professionalisierung der Arbeit steigt. Darüber hinaus haben berufene sachkundige Einwohner in beratenden und beschließenden Ausschüssen zwar kein Stimmrecht, dafür aber das volle Rede- und Antragsrecht.¹⁴ Als Ausschussmitglieder sind sie besonders zu laden.¹⁵ In beratenden Ausschüssen können berufene sachkundige Einwohner bei einer entsprechenden Regelung in der Hauptsatzung der Gemeinde sogar den Vorsitz innehaben.¹⁶ Werden Bürger der Gemeinde oder wahlberechtigte EU-Bürger als sachkundige Einwohner berufen, gelten für sie wiederum die Pflichten der §§ 19 und 20 SächsGemO: die uneigennützig und verantwortungsbewusste Aufgabenerfüllung (§ 19 Abs. 1), die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 19 Abs. 2) sowie die Pflicht, bei Befangenheit nicht mitzuwirken (§ 20). Dies gilt ebenso für berufene sachkundige Einwohner, die weder Bürger der Gemeinde noch wahlberechtigte EU-Bürger sind.¹⁷

□ Bestellte sachkundige Einwohner in sonstigen Beiräten

Nach § 47 SächsGemO können Gemeinden sonstige Beiräte bilden, denen zwingend sachkundige Einwohner angehören müssen.¹⁸ Auch wenn Ausschüsse und Beiräte zwei zu unterscheidende Gremien sind, ähneln sich die Regelungen für die Berufung und die Bestellung von sachkundigen Einwohnern. Wiederum werden die Beiräte in der Regel in der ersten Sitzung nach der Wahl des Gemeinderats gebildet. Entweder einigen sich die Fraktionen im

Konsens auf bestimmte zu bestellende sachkundige Einwohner oder sie werden von den Gemeinderatsmitgliedern einzeln nach dem Prinzip der Mehrheitswahl gewählt.¹⁹ Dies gilt ebenfalls widerruflich für die Dauer der Gemeinderatslegislatur über fünf Jahre.²⁰ Zwar haben Beiräte unter anderem die Funktion der Interessenvertretung bestimmter Einwohnergruppen, aber dennoch ist ausgeschlossen, dass Verbände oder Personengruppen die zu bestellenden sachkundigen Einwohner verbindlich wählen. Eine „direkte“ Wahl ist nur über den Umweg einer „Vor-Wahl“ möglich, bei denen die so „Vor-Gewählten“ als Wahlvorschläge an den Gemeinderat übermittelt werden, welcher sie dann verbindlich per Wahl bestellen kann.²¹ Bestellte sachkundige Einwohner sind Vollmitglieder eines Beirats. Das heißt, sie haben das Rede-, Antrags- und Stimmrecht in diesem Gremium.²² Beiratsmitglieder haben ferner das Recht, bei Erreichung eines festgesetzten Quorums eine Beiratssitzung einzuberufen.²³ Ebenso kann ein bestellter sachkundiger Einwohner den Vorsitz des Beirats innehaben. Bei der Wahl des Vorsitzes ist zu beachten, dass sie eine qualifizierte Mehrheit voraussetzt, in der die Mehrheit der bestellten sachkundigen Einwohner enthalten ist.²⁴ In der Funktion des Beiratvorsitzes hat er die Pflicht, der Verhandlung eines vom Beirat erwirkten Tagesordnungspunktes im Gemeinderat beizuwohnen. Daneben hat er zu dem Tagesordnungspunkt gegenüber dem Gemeinderat das Rede- und Antragsrecht.²⁵ Für Bürger der Gemeinde, wahlberechtigte EU-Bürger als auch Personen die weder das eine noch das andere sind, gelten wiederum die Pflichten der §§ 19 und 20 SächsGemO: die uneigennützig und verantwortungsbewusste Aufgabenerfüllung (§ 19 Abs. 1), die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 19 Abs. 2) sowie die Pflicht, bei Befangenheit nicht mitzuwirken (§ 20).

Warum will ich sachkundiger Einwohner sein und wie werde ich einer?

Verfügt man zum einen über relevantes Fachwissen und hat den Wunsch, die Kommune mitzugestalten, hat aber zum anderen wenig Zeit oder eine Gemeinderatsmitgliedschaft scheidet (noch) aus diversen Gründen aus, bietet sich eine Mitwirkung als sachkundiger Einwohner durchaus an.

Aber auch, wenn der Zeit- und Arbeitsumfang unterhalb dessen eines Ratsmitglieds liegt, ist die mit der Berufung oder Bestellung als sachkundiger Einwohner einhergehende Verantwortung nicht zu unterschätzen.

Tatsächlich bieten sich über die beratende Mitgliedschaft in Ausschüssen und Beiräten Einblicke in die Kommunalpolitik, die eventuell doch dazu ermutigen, in der folgenden Ratslegislatur für ein Vollmandat zu kandidieren.

Die zu besetzenden Plätze werden in den Amtsblättern der Gemeinden ausgeschrieben, ein aufmerksamer Blick in selbige lohnt also. Besonders aber im Wahljahr 2019 sind mit der Neukonstituierung von Ausschüssen und Beiräten auch die Plätze von sachkundigen Einwohnern neu zu besetzen. Angesichts dessen, dass sie von den Gemeinderatsmitgliedern gewählt werden,

kann ein frühzeitiges Gespräch mit der jeweilig politisch nahestehenden Fraktion nicht schaden.

¹ Die Begriffe des „Bürgers“ und des „sachkundigen Einwohners“ sind in der Sächsischen Gemeindeordnung rechtlich definiert. Selbstverständlich möchte der Autor aber Personen aller Geschlechter gleichermaßen ansprechen.

² Schaffarzik, in: Quecke/Schmid, Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar mit weiterführenden Vorschriften, 04/2019, G 44 Rn. 5.

³ Vgl. ebenda, Rn. 5. Zum Vergleich: Nach § 22 Abs. 2 Satz 3 SächsGemO ist eine Einwohnerversammlung einzuberufen, sowie der entsprechende Antrag „von mindestens 10 Prozent der Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben“ unterzeichnet worden ist.

⁴ Hauptsatzung der Stadt Chemnitz (Stand Juni 2018), § 7 Abs. 4 Satz 2.

⁵ Tetzner, Thomas: Der sachkundige Einwohner in Sachsen - Ausschussmitglied oder nicht?, in: LKV 5 (2017), S. 193.

⁶ Mit einer Ausnahme: Hat sich ein Bediensteter z.B. privat Fachkenntnis zu einer Thematik angeeignet, kann er zur Beratung einer einzelnen Angelegenheit hinzugezogen werden, sofern diese keinen Bezug zu seinem konkreten Dienstverhältnis aufweist. Siehe hierzu den Abschnitt „Welche Rechten und Pflichten haben sachkundige Einwohner?“. Vgl. Schaffarzik, in: Quecke/Schmid, Gemeindeordnung 04/2019, G 44 Rn. 9.

⁷ Vgl. ebenda, Rn. 4.

⁸ Ob und in welchem Umfang diese Regelungen umgesetzt sind, ist den „Entschädigungssatzungen“ der einzelnen Gemeinden zu entnehmen.

⁹ Vgl. Schaffarzik, in: Quecke/Schmid, Gemeindeordnung 04/2019, G 44 Rn. 11.

¹⁰ Vgl. ebenda, Rn. 13.

¹¹ Vgl. ebenda, Rn. 16.

¹² Vgl. ebenda, Rn. 19.

¹³ Vgl. ebenda, Rn. 27.

¹⁴ Vgl. ebenda, G 44 Rn. 36 und 37. Das Antragsrecht ist jedoch umstritten, da es hierzu unterschiedliche Rechtsmeinungen gibt.

¹⁵ Vgl. ebenda, Rn. 34.

¹⁶ Vgl. ebenda, Rn. 39.

¹⁷ Im Gegensatz zu den hinzugezogenen sachkundigen Einwohnern nach § 44 Abs. 1, entfällt hier die Regelungslücke, die per Selbstverpflichtung zu schließen ist.

Vgl. hierzu Schaffarzik, in: Quecke/Schmid, Gemeindeordnung 04/2019, G 44 Rn. 33.

¹⁸ Vgl. ebenda, G 47 Rn. 14.

¹⁹ Vgl. ebenda, Rn. 57.

²⁰ Vgl. ebenda, Rn. 69.

²¹ Das ist im wesentlichen das Prinzip hinter der „Direkt-Wahl“ des Ausländerbeirats in Dresden.

Vgl. hierzu Schaffarzik, in: Quecke/Schmid, Gemeindeordnung 04/2019, G 47 Rn. 47.

²² Vgl. ebenda, Rn. 16.

²³ Vgl. ebenda, Rn. 88.

²⁴ Vgl. ebenda, Rn. 71.

²⁵ Ist der Beiratvorsitzende aber ein Mitglied des Gemeinderates, hat er zu diesem Punkt zusätzlich sein Stimmrecht. Vgl. Schaffarzik, in: Quecke/Schmid, Gemeindeordnung 04/2019, G 47 Rn. 89 und 91.

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

mit einer Mammut-Sitzung hat sich der 6. Sächsische Landtag von der Bühne verabschiedet. Am 1. September haben die Wählerinnen und Wähler das Wort. Klar ist schon, dass wir bald auf verdienstvolle Abgeordnete verzichten müssen, die nicht wieder antreten. Cornelia Falken war seit 2004 unsere bildungspolitische Stimme. Kerstin Lauterbach hat fast ebenso lange die Familienpolitik bestimmt. Klaus Tischendorf hat in 20 Landtags-Jahren die Fraktion geprägt, nicht nur als Parlamentarischer Geschäftsführer. Horst Wehner war und ist als Landtags-Vizepräsident sowie als Streiter für Inklusion fraktionsübergreifend anerkannt. Auch die lakonisch-fachlichen Beiträge unserer Agrarpolitikerin Kathrin Kagelmann werden wir vermissen – ebenso die europapolitischen Impulse unserer jüngsten Abgeordneten Anja Klotzbücher.

Besonders hervorheben möchte ich Klaus Bartl. Mit ihm verlässt der letzte Abgeordnete der Opposition, der von 1990 bis heute dabei war, den Landtag. Klaus hat linke Politik für sehr viele Menschen sehr verständlich gemacht. Er tritt für Verfassungsrechte, die andere vernachlässigten. Er wollte soziale Grundrechte in die Landesverfassung schreiben, sogar dem Kleingartenwesen zu dieser Weihe verhelfen. Er war Sachsensumpf-Aufklärer, Gartenweg-Lobbyist, Schutzmacht für Datschen und Garagen, Kämpfer für Justizvollzugswärter und für die Rechte der Gefangenen. Klaus kennt wie kaum ein Zweiter beide Systeme, vor und nach 1989. Deshalb hat er uns immer wieder gemahnt, die Grundrechte jedes Menschen nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Allen sieben gebührt großer Dank für ihre herausragende Arbeit!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Für die Mitte-Links-Mehrheit im Landtag



Wer hat's gesagt? Nr. 1: „Sachsen ist ein Land voller Möglichkeiten, voller Zusammenhalt, voller Talente und Ideen, voller Begeisterung und Tatkraft. Uns geht es gut. Die Menschen sehen für sich und Sachsen eine Perspektive.“ Nr. 2: „Sachsen ist ein wunderbares Land. Deshalb werden wir den Zusammenhalt und das Miteinander in unserer Heimat weiter stärken. Wir haben die Weichen neu gestellt. Sachsen ist ein starkes Land und hat die Kraft, alle Herausforderungen zu meistern.“

Beide Zitate stammen aus Regierungserklärungen sächsischer CDU-Ministerpräsidenten vor der Landtagswahl. Welches aus Stanislaw Tillichs und welches aus Michael Kretschmers Munde stammt, wird nicht sofort klar (Auflösung: Nr. 1 stammt von Tillich, Nr. 2 von Kretschmer). Die CDU bleibt sich also treu: Sachsen geht es gut, und wenn etwas nicht läuft, sind andere schuld. Beifall bei der CDU-Fraktion.

Oppositionsführer Rico Gebhardt griff den Tillich-Nachfolger Kretschmer für dessen letzter Regierungserklärung im Landtag scharf an und warf ihm eine „Beichte ohne Inhalt“ vor: „Ja, es seien Fehler gemacht worden, das haben Sie auch jetzt wieder gesagt. Was Sie nicht sagen, wer denn nun genau welche Fehler gemacht hat – denn die CDU soll selbstverständlich makellos bleiben.“ Kretschmer sei unglaubwürdig: So fordere er einen „Volkseinwand“, obwohl die CDU stets jegliche konstruktiven Volksinitiativen blockiere. Den CDU-Abgeordneten sagte er: „Sie scheinen aus Angst vor dem Verlust Ihrer Direktmandate Ihrem Spitzenkandidaten jede Idee durchzuwinken, auch eine Idee, die Sie für bescheuert halten.“ Das Thema Russland-Sanktionen, deren Abschaffung die LINKE im Landtag mehrfach gefordert hat, habe Kretschmer ebenfalls erst im Wahlkampf entdeckt. Mit keiner Regierung der Welt sei bedingungslose Solidarität möglich, sagte Gebhardt – aber schon aus histo-

rischer Schuld habe Deutschland eine besondere Verantwortung, gegenüber Russland den Weg der Entspannungspolitik zu verfolgen.

Kretschmer unternehme zahllose Verkaufstouren und werbe mit schönen Dingen, die es noch gar nicht gibt. Die CDU-Sozialministerin präsentiere ein 20-Punkte-Programm gegen Ärztemangel, zehn Jahre nachdem ihre Vorgängerin dasselbe getan hatte, ohne dass spürbare Verbesserungen erreicht worden wären. Ständig verspreche Kretschmer auch tausend Polizeistellen, doch selbst mit allen Zuwächsen werde es die Regierung nur auf gut 14.000 Stellen bringen. „Es gab in Sachsen aber schon einmal 15.000 Polizeibeamte. Sie haben die Polizei mit Unterstützung der Koalitionspartner SPD und FDP systematisch kaputtgespart. Nun wollen Sie auch noch die Grundrechte kaputtmachen, indem Sie fehlende Beamte durch inakzeptable Überwachungsrechte ausgleichen wollen. Dagegen werden wir klagen.“



Auch durch seine ablehnende Haltung zum Volksantrages für längeres gemeinsames Lernen habe Kretschmer eine Chance vertan, Glaubwürdigkeit zu gewinnen. „Okay, damit machen wir die Landtagswahlen zur Volksabstimmung über die Gemeinschaftsschule in Sachsen“, so Gebhardt. Das sei die erste von drei zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre. „Die soziale Spaltung nach der 4. Klasse muss aufhören.“

Zweitens seien bezahlbare Wohnungen für alle zu schaffen – per Mietendeckel und Sozialwohnungsbau in den Großstädten, aber auch auf dem Lande. Barrierefreier Umbau sei zu fördern, damit ältere Menschen lange in ihren eigenen vier Wänden bleiben könnten. Gebhardt forderte Unterstützung vor allem für Wohnungsbaugenossenschaften und kommunale Wohnungsbau-Gesellschaften, inklusive deren Entschuldung von den Altlasten aus der DDR.

„Drittens: die Nahversorgung überall. Sie haben ja nicht nur die Schulen geschlossen, sondern aus ideologischen Gründen auch die Polikliniken. Sie haben die meisten Jugendclubs sterben lassen. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Menschen in vielen Orten gar keine Möglichkeit mehr haben, sich zu begegnen, sich zusammenzufinden. Das Thema Nahversorgung reicht vom Dorfladen über die Arztpraxis bis zum Begegnungszentrum.“ DIE LINKE werde weiter für bessere Lebensbedingungen in Sachsen streiten.



Gebhardts Fazit: „Herr Ministerpräsident, Sie taumeln wie ein angeschlagener Boxer durch den Boxring. Sachsen erlebt den Sommer der Versuchung, und dies aufgrund des Versagens der Sachsen-CDU. Doch ich bin davon überzeugt: Die Mehrheit wird dem widerstehen und sich für Vernunft und eine progressive Politik in diesem Land entscheiden. Sachsen braucht keinen neuen Koalitionskrückstock für den politischen Altersstarrsinn der CDU und schon gar keine weitere Rechtsverschiebung. Sachsen braucht einen Landtag mit Mitte-Links-Mehrheit, den die CDU nicht mehr dominiert.“



Sachsens Schulen modernisieren!

Es ist ermüdend. Wegen des CDU-Versagens diskutiert Sachsen seit Jahren über Stellen und Geld, wenn es um die Schulen geht – und nicht inhaltlich über gute Bildung. Dabei wäre das dringend nötig. Die Linksfraktion hat kurz dem Ende der Wahlperiode erneut darauf aufmerksam gemacht – mit der Aktuellen Debatte „Zukunft braucht gute Schule – jetzt erst recht“.

Bildungspolitikerin Cornelia Falken beschrieb nochmals die Notlage: „Massenhaft fällt Unterricht aus. An manchen Schulen unterrichten 80 Prozent Seiteneinsteiger. 1.800 Lehrkräfte sind langzeitkrank. Und das alles bei steigenden Schülerzahlen.“ Der Unterricht müsse abgesichert werden – dass das derzeit nicht möglich sei, verdanke Sachsen der CDU, die keine Personalplanung betrieben hat. „Ich möchte anmerken, dass ich persönlich seit 15 Jahren an dieser Stelle mit Zahlen und Fakten darauf hingewiesen habe, welche Konsequenzen das haben wird. Ich gebe zu: Auch ich konnte mir 2004 nicht vorstellen, dass wir jemals weit über 5.000 Personen im Schuldienst haben würden, die keinen pädagogischen Abschluss haben.“ Auch die Verbeamtung werde den Mangel nicht grundlegend lindern, sie habe vielmehr eine Zweiklassenlehrerschaft geschaffen.

Helfen könne kurzfristig eine professionellere Einstellungspraxis, die

Bewerberinnen und Bewerber nicht zu Bittstellern degradiert. „Sie müssen es schaffen, Einzelverfahren durchzuführen, und junge Kolleginnen und Kollegen nicht in Gruppenverfahren zu Einstellungsgesprächen einzuladen. Sie brauchen einen konkreten und ernsthaften Kontakt der jungen Leute mit Schulleitern und Bürgermeistern in den Regionen, in die sie gehen. Die Stellen müssen auf die jungen Leute zugeschnitten werden“, so Falken.



Bild: Frank Lämmel / flickr.com / CC BY-NC-ND 2.0

Bildungspolitik dürfe dennoch nicht damit enden, Lehrkräfte zu gewinnen und Schulgebäude zu bauen. „Es geht darum, die sächsische Schule weiterzuentwickeln. Wir brauchen komplett neue Rahmenlehrpläne. Wir brauchen andere Inhalte, wir müssen dieses Verfahren komplett neu gestalten.“

Eine Grundsatzdebatte darüber, was wie gelehrt und gelernt werden soll, sei nötig. Das zeige schon die unver-

mindert hohe Zahl junger Menschen, die ohne Schulabschluss bleiben. „Die Schülerinnen und Schüler brauchen fundiertes, gutes und individuelles Wissen. Das kann nur eine individuelle Förderung gewährleisten. Ja, wir brauchen eine Schule und ein Klima mit leistungsfördernden Elementen, wodurch es möglich ist, dass leistungsstarke und leistungsschwache Schülerinnen und Schüler gemeinschaftlich lernen. Damit können sie

fachliche und soziale Kompetenzen untereinander lernen. Wir möchten die Gemeinschaftsschule. Wir möchten das längere gemeinsame Lernen.“ Die Linksfraktion stehe zum Volksantrag des Vereins „Längeres gemeinsames Lernen“, der voraussichtlich Mitte August dem Landtag übergeben wird.

Dann hat das neue Parlament eine erste Gelegenheit, die bildungspolitische Debatte mit Inhalten zu beleben.

Existenzsicherndes Einkommen für alle

In Sachsen sind 685.000 Menschen arm – mitnichten nur arbeitslose: Deutschlandweit ist ein Drittel der armen Erwachsenen erwerbstätig, ein weiteres Viertel ist in Rente, ein weiteres Zehntel in Ausbildung. Jedes fünfte sächsische Kind lebt in Armut!

Auch in den vergangenen fünf Jahren hat die Linksfraktion viele Vorschläge gemacht, wie der Wohlstand bei allen ankommen kann – auch und vor allem bei denen, die ihn erarbeiten oder erarbeitet haben. Zum Schluss der Wahlperiode folgte ein Rundumschlag in Form des Antrages „Sozialstaat garantieren: Existenzsicherndes Einkommen für alle – Armut wirksam bekämpfen!“ (Drucksache 6/18048). Sachsen braucht eine Landesregierung, die gegen Armut

kämpft und sich nicht damit begnügt, auf die Bundesregierung zu verweisen. **LINKEN-Sozialpolitikerin Susanne Schaper** verwies auf landespolitische Möglichkeiten. „Die Regierung sollte den Landesfamilienpass ausbauen, mit dem Kulturangebote billiger genutzt werden können. Pflgende Angehörige sollten mindestens ein Landespflegegeld bekommen. Besonders von Armut Betroffene sollten günstig oder gar kostenlos mit Bus und Bahn fahren können. Auch ein Mietendeckel ist nötig. Und der Mindestlohn muss rauf auf mindestens 12 Euro – wo ist die sächsische Initiative dazu?“

Der Antrag fordert eine soziale Absicherung in allen Lebenslagen: eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro und

eine sanktionsfreie Mindestsicherung in gleicher Höhe für alle, die beruflich aus dem Tritt geraten. Das Kindergeld muss kurzfristig auf 328 Euro erhöht werden. Perspektivisch muss eine Kindergrundsicherung her. „Armut bedeutet Entbehrungen und gesellschaftliche Ausgrenzung. Armut macht krank. Das alles ist nicht neu. Dennoch hat diese Staatsregierung nicht viel unternommen“, kritisierte Schaper.

In Berlin solle Sachsen für eine verlässliche gesetzliche Renten- und Krankenversicherung streiten. „Die Beitragsbemessungsgrenzen müssen weg. Wer ein Einkommen erzielt, ob aus Arbeit oder Kapital, sollte für dessen gesamte Höhe Sozialbeiträge entrichten. Der VW-Vorstandsvorsitzende zahlt bisher nicht mehr Sozialversicherungsbeiträge als ein VW-Facharbeiter“, empört sich die Sozialpolitikerin. Die umlagefinanzierte Rente habe viele Krisen überstanden. „Aber Riester und Rürup sind Mogelpackungen und ein schamloser Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger. Das gilt übrigens genauso für die Doppelbesteuerung von Renten.“

Das CDU-Dogma lautet: Es ist allen geholfen, wenn der Wirtschaft geholfen ist. Ein Irrtum! „Der Anstieg der Armut bei brummender Konjunktur belegt das“, so Schaper. „Die einzige Partei, die sich immer für die Rechte der Armen einsetzt, ist DIE LINKE!“



Bild von cocoparisienne auf Pixabay

Selbstbestimmt leben und wählen

„Ich rede heute zu einem Gegenstand, um den wir als Fraktion seit etwa acht Jahren unter unterschiedlichen Regierungskonstellationen gerungen haben“. So eröffnete **Horst Wehner, langjähriger Landtags-Vizepräsident und Inklusionspolitiker der Linksfraktion**, seine letzte Rede im Landtag. Er warb nochmals eindringlich für sein Herzensanliegen. „Es geht um die Überarbeitung des im Wesentlichen von 2004 stammenden Integrationsgesetzes, in dem die sächsischen Prämissen für die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen festgeschrieben sind.“ Dazu hat die Linksfraktion ein „Gesetz zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ vorgeschlagen (Drs 6/13144). Die Regierungskoalition hat endlich reagiert und Gesetzesänderungen vorgenommen, die allerdings weniger weit reichen als die Vorstellungen der LINKEN. „So beschränkt sich der Geltungsbereich des Gesetzes auf Landesebene, sodass die Kommunen ausgenommen sind. Ferner fehlen Barrierefreiheitsanforderungen im Bereich Bau und Verkehr. Es fehlt auch die Beweislastumkehr im Rahmen des Benachteiligungsverbot, wodurch behinderte Menschen dem Staat nachweisen müssen, dass sie tatsächlich benachteiligt werden und nicht umgekehrt“, so Wehner. Die Linksfraktion werde auch künftig dafür streiten, dass die seit 2009 auch in Deutschland gültige UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt wird. „Menschen mit Behinderungen sind nicht als defizitäre hilfebedürftige Wesen zu sehen, sondern als Mitmenschen mit den gleichen Rechten auf ein selbstbestimmtes Leben und auf gesellschaftliche Teilhabe wie alle anderen auch.“

Dementsprechend wandte sich die Linksfraktion mit einem weiteren Gesetzentwurf gegen Wahlrechtsausschlüsse (Drs 6/17125). Zum 15. April 2019, also vor der EU- und Kommunalwahl, betraf das in Sachsen etwa 3.000 Personen, die unter Vollbetreuung stehen und deshalb aktiv beantragen mussten, wählen zu dürfen. Zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht Wahlrechtsausschlüsse für verfassungswidrig erklärt.

LINKEN-Rechtspolitiker Klaus Bartl begrüßte es, dass die Koalition wichtige Anregungen aus dem Gesetzentwurf der Linksfraktion übernommen hat, wenn auch klammheimlich und ohne das Bestreben nach einer fraktionsübergreifenden Initiative. Somit sind dennoch die Weichen gestellt für eine gesetzeskonforme Landtagswahl.

Für Entspannung statt Eskalation

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das.“

Das schrieb Egon Bahr, einer der Architekten von Willy Brandts Ostpolitik, 2013 Schülerinnen und Schülern ins Stammbuch. Sein Ausspruch trifft auch auf den Konflikt zwischen der EU und Russland zu, der sich an den Schauplätzen Krim und Ost-Ukraine entzündet hat. Vielleicht wäre das Verstehen-Wollen der Interessen der Gegenseite ein Schritt zur Lösung. Die Politik der Sanktionen und Gegensanktionen ist es jedenfalls nicht.

Friedenspolitik geht auch den Landtag etwas an – schon weil das sächsische Territorium als Aufmarsch- und Übungsgebiet der NATO-Kräfte gegen Russland missbraucht wird, wozu die Landesregierung beharrlich schweigt. Nicht nur dagegen wandte sich die Linksfraktion und forderte eine „Initiative Sachsens zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland und zur Überwindung der Russland-Sanktionen“ (Drucksache 6/18011). Die Staatsregierung solle ferner alle – jenseits wirkungsloser Sanktionen liegenden – Aktivitäten unterstützen, „die auf die Beendigung der Konflikte in der Ostukraine und um die Krim sowie auf eine Lösung der Konflikte im Interesse der dort lebenden Menschen gerichtet sind.“

Wirtschaftspolitiker Nico Brünler erinnerte daran, dass die Linksfraktion

bereits 2014 die Sanktionen kritisiert hat – fünf Jahre bevor Michael Kretschmer das Thema für den Wahlkampf entdeckte. „Die von der EU verhängten Sanktionen und die wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen Russlands zeigen Folgen auf beiden Seiten.“ Nicht nur brächen Geschäftskontakte sächsischer Unternehmen nach Russland ab, chinesische Anbieter nutzten die Lücken. Wichtiger sei die Bedrohung des Friedens: Wo Abrüstung geboten wäre, dominierten auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung. Diplomatie und militärische Zurückhaltung seien ins Abseits geraten. „Spätestens an diesem Punkt ist es an der Zeit, die gewählten Instrumente auf den Prüfstand zu stellen.“ Ohne eine Politik der friedlichen Koexistenz und der guten Nachbarschaft mit Russland werde es keine friedliche und gute Zukunft in Europa geben. „Wir sehen Deutschland angesichts des mörderischen Krieges, den es über die Sowjet-

union gebracht hat, in einer besonderen historischen Verantwortung.“ Es gehe nicht darum, jeden Punkt russischer Politik unkritisch zu befürworten, so Brünler. „Wir wissen, dass man keiner Regierung die bedingungslose Gefolgschaft verspricht. Einseitigen antirussischen Vorverurteilungen schließen wir uns jedoch nicht an. Leider folgt auch Russland – wie der Westen – geostrategischen Interessen. Wir sind jedoch der Meinung, dass Völkerrechts- oder Menschenrechtsverletzungen überall nach gleichen Maßstäben verurteilt werden sollen, ohne Scheinheiligkeit.“ Nötig seien ein kritischer Dialog, eine neue Ostpolitik Deutschlands und der EU sowie eine neue Westpolitik Russlands. „Nötig ist eine neue Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit.“

Von Egon Bahr stammt auch das Prinzip „Wandel durch Annäherung“. Wir werden dafür streiten, dass die neue sächsische Staatsregierung danach handelt.



Bild von Artur Janas auf Pixabay

Adé SachsenLB – ehrlich Bilanz ziehen!

12 Jahre ist es her, dass der Notverkauf der 1991 gegründeten Landesbank Sachsen Girozentrale (SachsenLB) an die Landesbank Baden-Württemberg den Freistaat durcheinanderwirbelte. Ursprünglich als Staats- und Kommunalbank für den Mittelstand tätig, wurde sie ab der Jahrtausendwende zur Kapitalmarktbank umgeformt und auf Eigenkapitalrendite getrimmt – mit Unterstützung des Finanzministeriums. 2006 betrug die Kapitalmarktgeschäfte etwa 41 Milliarden Euro – das Dreifache des Landeshaushaltes. Selbst die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ging davon aus, dass die Landesbank bei der kleinsten Störung auf dem Finanzmarkt in Schwierigkeiten geraten würde. So kam es auch, als die Finanzkrise von 2007/2008 begann. Die Bank kollabierte.

Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Georg Milbradt (CDU) war eine von vielen Folgen – vor allem bürgen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Verluste von bis zu 2,75 Milliarden Euro. Seitdem wurden das Vorzeige-Geldhaus abgewickelt und toxische Finanzprodukte veräußert. Dieser Prozess ist nun fast abgeschlossen. Zynisch lobte sich die CDU selbst, als klar wurde, dass der Bürgschaftsrahmen „nur“ bis zu 1,86 Milliarden Euro ausgeschöpft werden muss.

Für **Nico Brünler, Sprecher der Linksfraktion für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**, ist die SachsenLB „ein Lehrstück für unseriöse Finanzpolitik“. Nur wenige Landesregierungen hätten es „mit einer für die CDU typischen Mischung aus



Foto: Uwe-Stenbrich/Pixelio

Größenwahn und dem Glauben an die eigene Unfehlbarkeit geschafft, so nachhaltig Landesvermögen zu vernichten.“ Für die Garantieleistungen floss Steuergeld in Milliardenhöhe – es fehlt für Schulen, Straßen, Polizei-Stellen. Vor allem mit Blick auf Schlussfolgerungen hat die Linksfraktion eine Bilanz beantragt – zum Beispiel auch der Kosten für Sachverständige, Gutachten, gerichtliche Entscheidungen, Anerkennnisse oder Vergleiche sowie Kosten im Zusammenhang mit der Verwaltung des Garantiefonds. Der Rechnungshof, so der Antrag (Drucksache 6/17765) weiter, soll ebenfalls ein Gutachten vorlegen. Brünler: „Wir kennen bisher lediglich die Untergrenze des Schadens. Die ist größer als die gezogenen Garantien.“

Die CDU hat an einer Bilanz freilich kein Interesse – für **Klaus Tischendorf, früher Obmann im Landesbank-Untersuchungsausschuss**, ein Déjà-vu: „Die führenden Politiker der damaligen Staatsregierung haben ihre Aufsichtspflicht sträflich vernachlässigt. Ich kenne niemanden, der gesagt hätte, ich übernehme politische Verantwortung.“ Seit 12 Jahren hätte gegen eine Wiederholung vorgesorgt werden müssen. Von einer Regierung, die nicht einmal die Vergangenheit aufarbeiten will, kann man das wohl nicht erwarten.

Integration organisieren

Wer hier lebt, soll ein aktiver Teil der Gesellschaft sein – Integration schafft Zusammenhalt, und sie erfolgt vor Ort. Die Linksfraktion hat als Rahmen ein Integrationsgesetz vorgeschlagen – die Koalition lehnte ab. Die Forderungen aber bleiben: Es sollen mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst arbeiten, die interkulturelle Kompetenz des Personals ist zu fördern. In den Kommunen sollen Integrationszentren koordinierend wirken. In Beiräten sollen Menschen mit Migrationsgeschichte politisch wirken können. Die Mehrkosten soll der Freistaat den Landkreisen, Städten und Gemeinden erstatten und ihnen eine Integrationspauschale von 50 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Tierschutz beleben

„Wenn wir den Tierschutz weiter so dümpeln lassen, dann wird es in zehn Jahren flächendeckend kaum noch Tierheime geben.“ So kommentierte die Vertreterin des Landestierschutzbundes im Sozialschuss einen Gesetzentwurf der Linksfraktion zur Stärkung der Tierheime und Tierschutzorganisationen. Die CDU bremst weiter – und will das Thema in die nächste Wahlperiode verlagern. Dabei muss der Freistaat die Finanzierung der Tierheime dringend auf sichere Füße stellen. Die staatliche Aufgabe Tierschutz darf auch nicht länger zu Dumpingpreisen an freie Träger ausgelagert werden, die dann, wenn überhaupt, nur den Mindestlohn zahlen können. Auch müssen Baumaßnahmen gefördert werden: Mussten früher viele Tiere für kurze Zeit beherbergt werden, gibt es heute viele „Dauerinsassen“, darunter gefährliche oder exotische Tiere. Tierschutzorganisationen sollen zudem ein Verbandsklagerecht bekommen, ein Landestierschutzbeauftragter soll Beschwerden nachgehen.

Parité-Gesetz für Sachsen!

Hundert Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts war und ist kein deutsches Parlament paritätisch besetzt – in unzähligen Wahlen ist die Überrepräsentanz von Männern in der Politik nicht aufgehoben worden. Das liegt vor allem daran, dass deutlich weniger Frauen zur Wahl standen. Darauf zielt das von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte „Gesetz zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern im Sächsischen Landtag“. Er soll verankern, was bei LINKEN und Grünen geübte Praxis ist: Bei der Listenaufstellung sind ebenso viele Frauen zu wählen wie Männer. Brandenburg und Thüringen sind mutig vorangegangen – Sachsen sollte schnell folgen.



Kein Schlussstrich

Zehn Menschenleben forderte der Terror des NSU – viele weitere Opfer gehen aufs Konto des „Trios“, das eigentlich ein Netzwerk war. „Wir tun alles, um die Morde aufzuklären“, versprach die Kanzlerin 2012. Aus Sicht vieler Hinterbliebener ist dieses Versprechen gebrochen. „Ich will, dass die Angeklagten hier verurteilt werden. Aber für mich wäre weitere Aufklärung auch sehr wichtig gewesen. Warum Mehmet, warum ein Mord in Dortmund, gab es Helfer? Und was wusste der Staat? Vieles davon bleibt unbeantwortet nach diesem Prozess.“ So äußerte sich Elif Kubaşık, Frau des ermordeten Mehmet Kubaşık, nach dem Prozess in München.

Im Sächsischen Landtag tagten seit 2012 zwei Untersuchungsausschüsse zum Behördenversagen. Nach 43 Sitzungen, 100 Stunden Vernehmung und dem Studium von 1.600 Aktenbänden liegt nun der Abschlussbericht vor. Die Linksfraktion stellte dem dürren Papier von CDU und SPD ein Sondervotum von mehr als 1.000 Seiten entgegen. „Wir haben viele Erkenntnisse erlangt, aber keine einfachen Antworten gefunden. Wir müssen uns teils neuen Fragen stellen. Der NSU-Komplex ist keineswegs aufgeklärt“, so die **Sprecherin für Antifaschistische Politik, Kerstin Köditz**, in der Debatte.

Es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass der NSU durch Behörden gedeckt oder gefördert worden wäre. Allerdings habe es neben einigen versierten Beamtinnen und Beamten auch solche gegeben, „die manchmal nicht einmal



das Nötigste getan haben. Diese Feststellung beziehe ich ausdrücklich auf das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) als Ganzes.“ Es habe frühzeitig zutreffende Hinweise gegeben, welche Nazis dem Trio halfen und ihnen womöglich Unterkünfte verschafften. „Gleichwohl verliehen sich die sächsischen Behörden darauf, dass die Thüringischen Behörden allein weiterkommen würden.“ Sachsens Verfassungsschutz habe nichts unternommen, sondern Erkenntnisse aus Quellenschutzgründen weder der Polizei noch einer hiesigen Staatsanwaltschaft vorgelegt. „Das LfV hätte mehr tun können und es hätte mehr tun müssen.“ Monatelang wurden hingegen ganz regulär Akten vernichtet, kritisierte Köditz.

Die Linksfraktion hat per Entschließungsantrag wichtige Forderungen erhoben – drei der 46 Schlussfolgerungen sind besonders wichtig, auch im Kampf gegen Nazi-Netzwerke. Die Staatsregierung soll erstens endlich

Fehler ihrer Behörden einräumen und dazu beitragen, die Betroffenen und Hinterbliebenen zu entschädigen. Zweitens sollten die extreme Rechte und die Gefahren des Rechtsterrorismus insbesondere am Beispiel des NSU als regelmäßiger Lehrplaninhalt behandelt werden. Drittens braucht Sachsen ein Gesamtkonzept zur Zurückdrängung der extremen Rechten. Denn zum NSU sind längst weitere Rechtsterror-Organisationen gestoßen – die „Gruppe Freital“ und „Revolution Chemnitz“, aber auch die „Oldschool Society“. Köditz' Fazit: „Der Rechtsterrorismus ist nicht erledigt.“

Eine Reihe mutmaßlicher NSU-Unterstützer, davon acht namentlich bekannte Personen aus Sachsen, mussten sich bislang nicht vor Gericht verantworten. Einiges, womit sich auch der Ausschuss befasste, deutet darauf hin, dass der NSU weitere Helfer und Handlanger gehabt haben muss. Es kann keinen Schlussstrich geben.

Plenarspiegel Juli 2019

Die 94. und 95. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden vom 2. bis zum 4. Juli 2019 statt. Die Linksfraktion war unter anderem mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Zukunft braucht gute Schule – jetzt erst recht“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Gleichstellung, Inklusion und selbstbestimmten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen“ (Drs 6/13144)

„Gesetz zur Behebung verfassungswidriger Wahlrechtsausschlüsse in Sachsen“ (Drs 6/17125)

„Gesetz zur Verbesserung der Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sowie zur Regelung der Grundsätze und Ziele der Integration“ (Drs 6/13768)

„Gesetz zur Verbesserung des Tierschutzes in Sachsen und zur Förderung der im Bereich des Tierschutzes tätigen Vereine und Verbände“ (Drs 6/14771)

„Gesetz zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern im Sächsischen Landtag – Sächsisches Parität-Gesetz“ (Drs 6/16948)

Prioritätenantrag

„Sozialstaat garantieren: Existenzsichernde Einkommen für alle – Armut wirksam bekämpfen!“ (Drs 6/18048)

Anträge
(weitere in der **Sammeldrucksache 6/18112**)

„Wandel durch Annäherung: Initiative Sachsens zur Normalisierung der Beziehungen zu Russland und zur Überwindung der Russland-Sanktionen“ (Drs 6/18011)

„12 Jahre nach der Pleite – ehrliche Bilanz zu den wirtschaftlichen Folgen des Landesbank-Desasters“ (Drs 6/17765)

Drucksachen (Drs) unter www.edas.slt.sachsen.de

Vielen Dank für eure Arbeit!

Schweren Herzens müssen wir ab Herbst auf die nachstehenden LINKE-Abgeordneten (v.l.n.r., von oben nach unten) verzichten, die nach intensiven Jahren im Parlament nicht erneut antreten. Vielen Dank für eure wichtige und gute Arbeit für die Landtags-LINKE und alles Gute für die Zukunft!

Cornelia Falken
Im Landtag von 2004 bis 2019

Kathrin Kagelmann
Im Landtag von 2004 bis 2019

Anja Klotzbücher
Im Landtag von 2014 bis 2019

Kerstin Lauterbach
Im Landtag von 2006 bis 2019

Klaus Bartl
Im Landtag von 1990 bis 2019

Klaus Tischendorf
Im Landtag von 1999 bis 2019

Horst Wehner
Im Landtag von 2004 bis 2019



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag